STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19000203

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 28. 14. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3334) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Waberský in Hamburg.

Sonnabend, den 3. Februar 1900.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Die „starken Männer“.

Bescheidenheit ist wahrlich sonst nie eine Tugend der Konservativen gewesen, aber man könnte fast glauben, sie hätten ihre Ansprüche um einen Pflock zurückgesteckt, wenn man die Verherrlichungen liest, die Herrn von Podbielski in der konservativen Presse zu Theil werden. Der Staatssekretär im Reichspostamt hat die Gepflogenheit, sich, wo und wann es irgendwie geht, entschieden gegen die Sozialdemokratie zu erklären. Unseretwegen mag er das thun, so oft er will, es schadet uns ganz gewiß nichts. Aber die Konservativen sind von seiner „Schneidigkeit“ entzückt und sehen in ihm einen „starken Mann“, dem nach ihrer Ansicht noch eine große Rolle vorbehalten ist.

Nun, was hat denn Herr von Podbielski im Kampfe gegen die Sozialdemokratie so Großes geleistet? Die Auflösung eines Verbandes von Unterbeamten, die er glücklich erreicht hat, kann man nicht hierher rechnen, denn dieser Verband war nicht sozialdemokratisch. Aber es ist dem Herrn Staatssekretär gelungen, einen armen Postschaffner, den man im Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung hatte, durch ein Disziplinargericht versetzen und eines Theils seines kärglichen Gehalts für verlustig erklären zu lassen. Dem Manne konnte nicht nachgewiesen werden, daß er Sozialdemokrat sei, aber er hatte mit Sozialdemokraten freundschaftlich verkehrt und sich sonst einiger Handlungen schuldig gemacht, die man als unvereinbar mit seinem Amte erachtete. Das ist der ganze „positive Erfolg“, den Herr von Podbielski im Kampfe gegen die Sozialdemokratie errungen hat, und man muß wirklich bescheiden in seinen Ansprüchen sein, wenn man ihn darum als „starken Mann“ preisen will, und sich von seinen „schneidigen“ Redewendungen in Entzücken versetzen läßt.

Es ist ein alter Spruch, daß die Nürnberger Keinen hängen, bevor sie ihn haben, und so geht es dem Postgewaltigen auch. Er vermaß sich aber, die sozialdemokratische Gesinnung unter den Postbeamten ausrotten zu wollen. Nun, es giebt gewiß viele Postbeamte, die sozialdemokratische Anschauungen hegen, namentlich bei gewissen Kategorien der Subalternbeamten. Sie sind naturgemäß genöthigt, diese Anschauungen sehr strenge zu verbergen, wenn sie nicht gemaßregelt werden wollen. Aber kann denn Herr von Podbielski in das Hirn und das Herz dieser Beamten schauen? Und wenn er noch so groß thut mit seiner energischen Bekämpfung der Sozialdemokratie — hier hat seine Macht ein Ende!

Er fühlte gewissermaßen auch selbst, daß er den Mund ein wenig zu voll genommen. Nachdem er betont, daß man „grade durch“ gehen müsse, warf er den bürgerlichen Parteien vor, daß sie „zu schlapp“ seien und damit die wachsende Stärke der Sozialdemokratie verschuldet hätten. Der „schneidige“ Husar vergaß nur die Kleinigkeit, den bürgerlichen Parteien zu sagen, was sie denn thun sollen, um der Sozialdemokratie den Garaus zu machen. Das geht denn doch nicht so leicht, wie gewisse Leute glauben. Hat man denn nicht zwölf Jahre lang die Sozialdemokratie mit einem Ausnahmegesetz auf das Grimmigste bekämpft und ist sie dabei nicht groß und mächtig geworden? Und haben die Unternehmer nicht genug gethan, um die bürgerlichen Parteien in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen? Haben sie nicht die sozialdemokratischen Arbeiter gemaßregelt, wo sie nur immer konnten? Es ist Alles schon versucht worden, was man sich an Kraftmitteln gegen die Sozialdemokratie nur ausdenken konnte, und es hat Alles auch versagt. Was Herr von Podbielski vorbringt, ist Alles verbrauchte, aufgewärmte Weisheit, die von anderen erfahrenen Staatsmännern längst als unbrauchbar erkannt worden ist. Der Wahlspruch: „Grade durch!“ klingt ja ganz schön, aber sicherlich paßt er nicht in alle Situationen; z. B. wenn man sich einer glatten Wand gegenüber befindet, ist er nicht angebracht. Und die sozialdemokratische Phalanx kann unter Umständen einem Staatsmann gegenüber so fest sein, wie eine Mauer.

Die Suche nach „starken Männern“ und die kindliche Freude der Junker, wenn sie glauben, einen solchen endlich gefunden zu haben, amüsiren uns überhaupt sehr. Bald ist's Dieser, bald Jener; bald Herr von Kröcher, bald Herbert von Bismarck und bald Staatssekretär von Podbielski. Sie brauchen nur einige scharfe Worte gegen die Sozialdemokratie zu äußern und bei den Junkern lebt die freudige Hoffnung auf, der ersehnte Drachentödter sei endlich gefunden.

Gegenüber all' diesen Leuten war Bismarck groß, sehr groß, was wir gern eingestehen, wenn wir von der historischen „Größe“ dieses Mannes auch einen ganz anderen Begriff haben, als seine kritiklosen Bewunderer. Aber Bismarck stand, als er seinen Kampf gegen die Sozialdemokratie begann, auf der Höhe seiner Macht und die Sozialdemokratie war damals noch lange nicht das, was sie heute bedeutet an Ausbreitung in den Massen, an Einfluß auf die innere Politik. Und doch zog Bismarck den Kürzeren, nachdem er die Machtmittel des Staates erschöpft hatte. Seine Rechnung war eine ganz falsche. Er sah die sozialistische Bewegung ganz mit den Augen eines Reaktionärs aus der vormärzlichen Zeit an. Er hoffte, sie mit seinen Polizeischeerereien zur Verzweiflung treiben. Die Arbeiter würden, glaubte er, die Geduld verlieren und schließlich zur bewaffneten Erhebung, zum Straßenkampf nach altem Muster schreiten. Dann war der Moment gekommen, der den Sieg Bismarcks und die Vernichtung der Sozialdemokratie bringen sollte; dann bewährten sich die Disziplin und die Bewaffnung der Truppen auf's Beste; die Arbeiter mußten schnell unterliegen und ein blutiges Strafgericht über sich ergehen lassen, wie es nach dem Fall der Pariser Kommüne kam. Die Bewegung war dann allerdings um Jahrzehnte zurückgedrängt.

Aber es kam ganz anders. Die Sozialdemokratie ließ sich nicht zu Verzweiflungsstreichen treiben und der „Säkularmensch“ wartete zwölf Jahre umsonst darauf. Er stolperte schließlich über sein eigenes Machwerk, über das Sozialistengesetz, und fiel über dasselbe. Und so wird es allen „starken Männern“ ergehen, die sich an der Sozialdemokratie versuchen. Die Partei wird niemals so thöricht sein, sich selbst an das Messer zu liefern. Ja, wenn sie das thäte, dann brauchte es nicht einmal einen besonders starken Mann, um sie zu bezwingen; das könnte dann jeder General besorgen, der ein Gefecht zu leiten verstände. Denn die große Maschinerie der Armee würde vortrefflich funktioniren, wenn sich die Sozialdemokratie zu einem bewaffneten Aufstand provoziren ließe.

Sobald sich die Sozialdemokratie beifallen ließe, ihre jetzige gute Position zu verlassen, dann gäbe es starke Männer in Hülle und Fülle; so lange sie aber ihre Position nicht aufgiebt, dann ist kein Mann stark genug, um sie zu überwinden. Das lehrt der Verlauf der Dinge gegenüber dem unaufhörlichen Geschrei nach einer gewaltigen Hand, die den „inneren Feind“ niederwerfen soll.

Wir haben den großen Vortheil, daß unsere Gegner nicht wissen, was sie wollen, während die sozialistische Bewegung unbeirrt ihrem Ziel entgegenstrebt.

Moderne Staatsmänner würden es als eine Nothwendigkeit anerkennen, dieser Bewegung den Spielraum nicht zu bestreiten, den ihr die Verhältnisse selbst erschlossen haben. Aber die in Deutschland so einflußreiche Junkerschaft kann sich zu dieser Anschauung noch weniger erheben, als die liberale Bourgeoisie. Sie will die Sozialdemokratie zu einer Partei stempeln, die mit den anderen Parteien „nicht gleichberechtigt“ ist. Darüber kann man lachen. Andererseits bewirkt diese junkerliche Auffassung nur eine Verschärfung des Parteikampfes, und das kann uns recht sein. Die Regierungen haben sich in diesem Kampf immer sehr stark von den junkerlichen Anschauungen beeinflussen lassen, ohne damit etwas Anderes erreicht zu haben, als Niederlagen auf dem parlamentarischen Gebiet und außerhalb desselben.

Auch mit den „starken Männern“ ist es also nichts.

Die industrielle und agrarische Ausbeutung muß als Gegenstoß nothwendig eine Bewegung erzeugen, die darauf gerichtet ist, den Massen Brot und Freiheit zu sichern. Wären wir ein Volk von Botokuden oder Hottentotten, so würden wir den Druck der Sklaverei vielleicht ruhig hinnehmen; allein wir sind ein Volk von Kulturmenschen. Die materiellen und geistigen Wandlungen der letzten Zeiten sind an diesem Volke nicht spurlos vorübergegangen und der Kampf um Brot und Freiheit gleicht einem Naturtriebe, der durch äußere Machtmittel nicht zurückgehalten werden kann.

Die Staatsmänner der alten Schule — und andere kommen bei uns nicht an's Ruder — bemessen alle Vorgänge und Erscheinungen nach einer bekannten Schablone. Sie wollen den Klassenstaat konserviren. Wenn auch die Bourgeoisie zu den herrschenden Klassen emporgestiegen ist und sich dem Proletariat gegenüber ihre Vorrechte gesichert hat, so ist die Klassenherrschaft doch kaum weniger drückend, als im Mittelalter, einzelne moderne Errungenschaften ausgenommen. Trotzdem glauben die herrschenden Klassen und die Regierungen, den Emanzipationsbestrebungen des Proletariats überall entgegentreten zu müssen. Aber darum versagen auch die alten Mittel, denn die sozialistische Bewegung ist mit keiner anderen zu vergleichen in ihren Mitteln und in ihren Zielen.

Die Geschichtschreiber der Zukunft werden die Theorie von den „starken Männern“ mit vielem Humor behandeln, und zwar mit vollem Recht. Sie ist ein Beweis, daß man in den „staatsmännischen“ Kreisen von heute sich nicht mehr in die Zeit finden kann.

Von der Weltbühne.

Die Beredtsamkeit, die der Staatssekretär v. Podbielski im Reichstage entwickelt, bezeichnet eine Korrespondenz für Zentrumsblätter als eine fast unheimliche. Dazu werden folgende Bemerkungen gemacht:

„In den Sitzungen, in denen bisher über seinen Etat verhandelt wurde, hat er wohl zwanzig Mal das Wort ergriffen. Besonders gestern war er unermüdlich. Kaum hat irgend Jemand einen Wunsch oder eine Beschwerde vorgetragen, so antwortet er auch schon, und wenn ihm dann replizirt wird, so setzt er eine Duplik darauf und eine Triplik u. s. w. Er unterscheidet sich da erheblich von manchen seiner Kollegen, die oft reden lassen, was reden will, und nur hin und wieder das Wort ergreifen, und sich höchst selten in eine eigentliche Debatte mit ihren Gegnern verbeißen ..... Bei den Konservativen hat er einen Stein im Brette, weil er sich als „den starken Mann“ giebt, nach dem sie so dringend rufen. Die Koalitionsbewegung unter seinen Beamten hat er stark eingeschränkt, zum Theil ganz vernichtet. Nach der Darstellung der Sozialdemokraten hat er dies lediglich durch Zwang und Drohungen erreicht. Nach seiner Darstellung soll seine Ueberredungskunst einen Hauptantheil daran haben. Mit dieser allein hätte er schwerlich großen Erfolg erzielt. Aber es wird nicht zu leugnen sein, daß sein offenes, loyales, von wirklichem Wohlwollen diktirtes Verhalten den Beamten das Nachgeben erleichtert hat. Sie sahen, daß der Staatssekretär entschlossen sei, nöthigenfalls Zwang anzuwenden, um das durchzuführen, was er im Interesse der Disziplin für nothwendig hielt. Die Gefühle, die das hervorrufen mußte, wurden aber wesentlich gemindert dadurch, daß er sie auch von seiner Fürsorge für sie zu überzeugen wußte.“

Das ist eine recht merkwürdige Art, dem Herrn von Podbielski „Gerechtigkeit“ widerfahren zu lassen. Thatsächlich hat lediglich seine Drohung und nicht seine von „wirklichem Wohlwollen“ zeugende „Ueberredungskunst“ ihm den „großen Erfolg“ gebracht.

Die „Korrespondenz“ fährt fort:

„Die Konservativen sehen in seinem Vorgehen vor Allem nur das „Schneidige“; sie preisen ihn, weil er „fest zufaßte“, und stellen ihn seinen Kollegen als Vorbild hin. Graf Posadowsky und der Reichskanzler insbesondere werden daran erinnert, daß sie noch jüngst eine ganz andere Tonart anschlugen und die gleiche „Entschiedenheit“ vermissen ließen. Dabei ist jedoch nicht außer Acht zu lassen, daß Herr v. Podbielski allein ein so großes Beamtenheer kommandirt und hier für „Disziplin“ zu sorgen hat. Seine Kollegen dagegen haben es mit der Sozialdemokratie im Lande zu thun, über die sie kein Kommando führen, und der sie den Brotkorb nicht höher hängen können. Wenn der „starke Mann“ v. Podbielski an der Stelle des Fürsten Hohenlohe oder des Grafen Posadowsky stände, würde es wohl mit dem „fest zugreifen“ auch bei ihm seine Schwierigkeiten haben.

„Im Uebrigen glauben wir, daß er und die Konservativen sich über seine Erfolge doch einigermaßen täuschen. Er erklärt selbstbewußt, er könne und werde niemals dulden, daß sozialdemokratische Anschauungen in der Beamtenschaft Platz griffen; er meint, die Erfolge der Sozialdemokraten beruhten nur auf einer gewissen „Schlappheit“ der bürgerlichen Parteien; er erklärt es für unmöglich, daß ein Reichsbeamter eine sozialdemokratische Stimme abgebe. Ist er dessen wirklich so sicher? Dadurch, daß er die Organisation der Beamten gebrochen hat, hat er doch ihre Gesinnung noch lange nicht umgewandelt, und wenn Sozialdemokraten darunter waren, so sind sie damit noch nicht verschwunden. Wir vermuthen, Herr v. Podbielski würde sehr unangenehm überrascht sein, wenn er einmal die sozialdemokratischen Stimmzettel sehen könnte, die bei Reichstagswahlen von seinen Beamten abgegeben werden. Die Unterdrückung der Symptome, die er für sozialdemokratisch hält, bedeutet ebenso wenig die Ausrottung der Sozialdemokratie, wie die Verschlechterung des Landtagswahlrechtes in Sachsen das Land von der Sozialdemokratie befreit hat.“

Das stimmt!

Die Anzeichen des Umfalls in der Flottenfrage mehren sich im Zentrum. Ein gleichlautender Artikel im „Westf. Merkur“ und in der „Schles. Volkszeitung“, also wahrscheinlich der halboffiziellen Zentrumskorrespondenz entstammend, bereitet darauf vor, daß wenigstens ein Theil des Zentrums sich mit allerlei Kompromißabsichten trägt. Das Zentrum müsse, so heißt es, den rechten Mittelweg suchen zwischen den verschiedenen Interessen. Es wird zugegeben, daß die Gründe für die Flottenvermehrung recht schwache sind; aber dennoch sollen sich die Zentrumsvertreter weniger hierdon als von taktischen Erwägungen leiten lassen, von den Wahlaussichten für den Konfliktsfall, von der Volksstimmung u. dergl., und den Zentrumswählern wird bedeutet, ihre Vertreter in diesen Erwägungen nicht dadurch zu stören, daß sie den Abgeordneten vorschreiben, was sie thun sollen. Das Gleiche wird auch der Zentrumspresse angerathen. Der genügende Theil des Zentrums wird also die Sache wohl schon machen, wenn die Regierung nur einige Scheinkonzessionen gewährt, wozu sie vom westfälischen Zentrumsblatte höflichst aufgefordert wird. Zwar hat die mit dem Flottengesetz von 1898 gemachte Erfahrung die Werthlosigkeit solcher Konzessionen erwiesen, aber die höhere Geistlichkeit ist anscheinend schon an der Arbeit, das Zentrum trotz der ihm widerfahrenen Brüskirung auf den Weg der Unterwerfung unter den Regierungswillen zu verweisen. Die gestern zitirte Rede des Erzbischofs von Köln ist ein sprechendes Beispiel dafür.

Auch in der badischen zweiten Kammer hielt am Donnerstag ein Zentrumsmann, der Abgeordnete Hug bei Berathung des Etats der auswärtigen Angelegenheiten eine Rede, die sehr verdächtig klingt. Er verbreitete sich über die seit 1896 eingeführte Ueberweisungsgesetzgebung, nach welcher in der jetzigen Periode die Ueberschüsse des Reichs voll dem Reiche selbst überwiesen werden. Er hoffe, daß von 1902 an wieder ein Theil an die Einzelstaaten abgegeben werde. Wenn die Flottenvorlage Annahme finde, so habe der Reichstag die moralische Verpflichtung, die Deckungsfrage in einer Weise zu lösen, die das Reich nicht auf die abschüssige Bahn des Schuldenmachens führe. Man werde vielleicht dazu kommen müssen, die bestehenden Einnahmequellen stärker auszunützen, und hier glaube er, daß bei der Brausteuer eingesetzt werden könne. Auch die Branntweinsteuer habe sich finanziell gut erwiesen, dagegen volkswirthschaftliche Schädigungen im Gefolge gehabt durch Ausschluß gewisser Rohstoffe zur Fabrikation.

Danach rechnet man im Zentrum schon sehr stark mit Annahme der Flottenvorlage. Diese Annahme ist aber nur möglich mit Hülfe des Zentrums. Bestände bei denselben thatsächlich die entschlossene Absicht, die Vorlage abzulehnen, dann brauchte es sich über die Deckungsfrage nicht den Kopf zu zerbrechen; wenigstens wäre es nicht seine Aufgabe, Deckungsvorschläge zu machen. Das könnte es ruhig den Flottenfreunden sans phrase überlassen. Daß man es nicht thut, verräth die Absicht des Umfalles deutlich genug. Die Zentrumsfraktion wird am Montag, Dienstag und Mittwoch die Flottenvorlage berathen. Aber von einer entscheidenden Stellungnahme wird man weder dann, noch schon bei der am Donnerstag beginnenden ersten Lesung im Plenum erfahren. Dann wird erst der eigentliche Scharfer beginnen.

An die Zahlungsfreudigkeit der Flotteninteressenten appellirt der konservative „Reichsbote“. Indem er an den gestern mitgetheilten Aufruf an die Theaterdirektoren zur Veranstaltung von Vorstellungen zu Gunsten der Flotte anknüpft, schreibt er:

„Hoffentlich findet diese Aufforderung Anklang — aber nicht blos bei den Schauspielern, sondern auch bei den Großkaufleuten, Rhedern und Großindustriellen, die durch ihren Exporthandel einen besonderen Vortheil von der Flotte haben. Es würde gewiß einen sehr guten Eindruck bei der ganzen Nation machen und doch einmal eine patriotische That auch aus diesen Kreisen sein, wenn sie die Kosten zum Bau eines Linienschiffes und der dazu gehörigen großen Kreuzer übernehmen würden.“

O, wie naiv! Die Rheder, Großkaufleute und Großindustriellen wollen an der Flotte und durch die Flotte verdienen. Das Bezahlen der Milliarden aber überlassen sie selbstlos den Massen der armen Teufel. Nach ihren „Grundsätzen“ ist es Aufgabe des Staates, die Reichen noch reicher zu machen, oder, wie Bismarck einmal sagte: Millionäre zu züchten. Die Millionen der armen Bevölkerung sind grade gut genug, die Millionen zusammenzusteuern, die den Reichen zugeführt werden. Daß Jene sich den Hungerriemen noch um ein Loch fester schnallen müssen, darauf kommt es ja nicht an. Wenn's Geschäft nur florirt und das Geld im Kassenschrank sich häuft!

Von der Wahrscheinlichkeit einer Auflösung des preußischen Landtages spricht die „Kölnische Zeitung“, um ihre Parteigenossen, die Nationalliberalen, zum weiteren Ausbau der Organisation namentlich auch im Osten zu mahnen. Die konservativen Parteiführer, Graf Limburg-Stirum an der Spitze, könnten nach wie vor als die erbittertsten Gegner wie des Mittellandkanals so der erweiterten Kanalvorlage gelten. In ihren Reihen werde gradezu gehöhnt, daß man vielleicht vorläufig die Wasserstraßen im Osten bewilligen könne, den Mittellandkanal aber unter allen Umständen zurückstellen müsse. „Es wäre der schlimmste Fehler, wenn man den überklugen Beschwichtigungsräthen Glauben beimessen wollte, welche eine Auflösung des Abgeordnetenhauses wegen einer Kanalvorlage für ausgeschlossen erklären oder welche gar den Glauben zu erwecken suchen, das Interesse des Kaisers an der baldigen Verabschiedung der Kanalvorlage habe schon nachgelassen. Solchen bedenklichen Ausstreuungen fehlt jede thatsächliche Unterlage. Nach wie vor steht fest, daß die erweiterte Kanalvorlage spätestens in sechs Wochen dem Abgeordnetenhause zugegangen sein wird, und daß die preußische Staatsregierung Alles aufbieten wird, ihr die Mehrheit im Landtage zu verschaffen. Ebenso ist es zweifellos, daß eine Verwerfung dieser Vorlage gleichbedeutend sein wird mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses. Hiermit müssen unsere Parteifreunde unbedingt rechnen. Je früher sie die Waffen für diesen möglichen Kampf rüsten, um so sicherer wird der Erfolg sein.“

Sollte die „Köln. Ztg.“ wirklich so naiv sein, zu glauben, daß die preußische Staatsregierung wegen des Kanals event. einen Wahlfeldzug gegen die Konservativen führen werde? Die Herren Limburg-Stirum und Genossen wissen's besser; sie haben diese Eventualität nicht zu fürchten und rechnen mit ihr auch gar nicht.

Niedriger hängen wollen wir folgende Ausführungen, welche die „Kreuzzeitung“ in einem Artikel über „die Unfallversicherung im Reichstage“ macht:

„Die von vollkommener Unkenntniß der Grundsätze unserer Unfallversicherung strotzenden Beschwerden der sozialdemokratischen Abgeordneten Stadthagen und Molkenbuhr erfuhren auf allen Seiten des Hauses eine einmüthige abfällige Kritik, zu deren Sprachrohr sich sogar der freisinnige Abgeordnete Fischbeck hergab. Die Hauptangriffe der Sozialdemokraten liefen darauf hinaus, daß gegenwärtig nicht die volle Einbuße an der Erwerbsfähigkeit entschädigt werde, sondern nur Zweidrittel derselben. Dabei übersahen aber die Herren, daß nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts der volle erlittene Schaden doch nur von Demjenigen zu ersetzen ist, dem ein Verschulden, also Vorsatz oder Fahrlässigkeit, nachgewiesen werden kann. Da die Arbeitgeber jedoch jeden Schaden, sogar den durch Verschulden der Arbeiter selbst herbeigeführten, nach den Bestimmungen der Unfallversicherung ersetzen müssen, so kann hier, wenn die rechtliche Grundlage des Entschädigungszwanges nicht ganz und gar verlassen werden soll, das Verlangen nach einer vollen Entschädigung füglich nicht in Frage kommen.

„Das schwere Geschütz, das die sozialdemokratische Partei bei den Verhandlungen so ohne jeden greifbaren Anlaß auffuhr, soll, wenn nicht Alles täuscht, wohl auch nur zur Verschleierung der in Aussicht genommenen Zustimmung zu dem Gesetze dienen. Die Sozialdemokratie ist, wie es scheint, jetzt endlich zu der Einsicht gelangt, daß ihre ablehnende Haltung gegenüber der Arbeiterversicherung eine zu scharfe Waffe für die Gegenparteien ist. Deshalb stimmte sie bereits für das neue Invalidenversicherungsgesetz.“

Bis jetzt haben ehrliche Gegner immer noch zugegeben, daß die erwähnten sozialdemokratischen Abgeordneten, wie die Sozialdemokratie überhaupt, in richtiger Beurtheilung und Entscheidung von Unfallversicherungsfragen den sogenannten „gutgesinnten“ Elementen weit über sind. Sie verstehen von diesen Sachen mehr, als gewissen Leuten lieb ist. Es ist eine Lächerlichkeit sonder Gleichen, „vollkommene Unkenntniß der Grundsätze der Unfallversicherung“ aus dem Umstande herleiten zu wollen, daß die Sozialdemokraten einen besseren Hauptgrundsatz an die Stelle des jetzt geltenden gesetzt wissen wollen, nämlich die Entschädigung der vollen Einbuße an der Erwerbsunfähigkeit. Darüber, daß diese Forderung durchaus der Gerechtigkeit entspricht, kann auch die „Kreuzzeitung“ das Rechtsbewußtsein der Arbeiterklasse nicht hinwegtäuschen. Wenigstens sollte — in absoluter Uebereinstimmung mit dem bürgerlichen Recht — die volle Entschädigung da gezahlt werden, wo ein Verschulden der Unternehmer oder ihrer Beauftragten nachgewiesen wird.

Was den übrigen Sermon der „Kreuzztg.“ anbetrifft, so bemerken wir nur, daß die Haltung der Sozialdemokratie in Sachen der Arbeiterversicherung noch immer durchaus in Uebereinstimmung mit dem Urtheil der Arbeiterschaft gestanden hat.

Für Geschäftspapiere, ganz oder theilweise mit der Hand geschriebene oder gezeichnete Schriftstücke und Urkunden, die nicht die Eigenschaft einer eigentlichen und persönlichen Korrespondenz besitzen, soll nach einer dem Bundesrath zugegangenen Vorlage vom 1. April d. J. ab im Postverkehr eine neue Tarifirung eintreten. Sie sollen zum Drucksachenporto befördert werden. Die Gebühren für die Beförderung von Geschäftspapieren im Inlandsverkehr sollen danach betragen: bis 250 Gramm 10 Pfennig, darüber bis 500 Gramm 20 Pfennig und darüber bis 1 Kilogramm 30 Pfennig. Die Vorlage entspricht einer im Reichstage zur Postgesetznovelle am 20. Dezember 1899 angenommenen Resolution.

Die Wahlbewegung im Kreise Calbe-Aschersleben ist im vollen Gange; von Seiten unserer Parteigenossen wird bereits in der eifrigsten Weise gearbeitet. Nachdem schon vor einiger Zeit Genosse Hoffmann-Berlin eine Reihe Versammlungen im Kreise abgehalten hatte, sprachen in den letzten Tagen die Genossen Dr. Herzfeld, Albrecht und Dr. Gradnauer in Calbe, Aschersleben, Schönebek und anderen Orten. Alle Versammlungen waren gut besucht und von einem siegesfrohen Geiste durchweht. Die Gegner leisten natürlich Großes in der Verleumdung der Partei und insbesondere des Genossen Schmidt, um dessen Wiederwahl zu verhindern. Am letzten Sonntag haben von Calbe aus Flugblattvertheilungen stattgefunden, die in der besten Weise verliefen.

In der sächsischen zweiten Kammer kam am Mittwoch die konservative Interpellation über die Kontrole der gesetzlichen Fleischbeschau zur Besprechung. Die sächsischen Agrarier wollten wissen, wie sich ihre Regierung zu dem betr. Gesetzentwurf, der jetzt noch dem Reichstag vorliegt, gestellt hat, da jener Entwurf den Herren in vielen Beziehungen nicht gefällt. Die Begründung der Interpellation hatte der Abg. Töpfer, ein neubackener Parlamentarier und agrarischer Heißsporn erster Güte, übernommen. Mit einer größeren politischen und volkswirthschaftlichen Unkenntniß und Unverfrorenheit dürfte noch selten in einem Parlament geredet worden sein. Brachte es der Herr doch zum Entsetzen seiner eigenen Freunde fertig, zu behaupten, daß es grundfalsch sei, wenn man behaupte, Deutschland sei auf den Fleischimport angewiesen. Und in demselben Athemzuge, wo er die Interpellation als einzig von der Fürsorge für die Gesundheit der Konsumenten diktirt hinstellte, erklärte er, daß der betreffende Reichsgesetzentwurf ein Schlag in's Gesicht des Produzenten sei u. s. w. Den Gipfel der Unverfrorenheit erreichte der Herr aber entschieden, als er behauptete, man sei es schon gewöhnt, daß der Bundesrath durch Ausführungsverordnungen alle der Landwirthschaft wirklich günstigen Gesetze verderbe. Der gut vorbereitete Minister von Metzsch hatte einer solchen „Begründung“ gegenüber natürlich leichtes Spiel. Mit nicht unglücklicher Ironie wies er an der Hand von Thatsachen die Interpellation als zwecklos zurück. Fast spöttisch wies er darauf hin, daß die Einführung von 3 113 000 Schweinen und 453 000 Rindern im Jahre 1898 doch „einige Beachtung“ verdiene, und daß man „später einmal“, wenn wir nicht mehr so auf den Import angewiesen sind, für schärfere Maßregeln bei der Fleischbeschau eintreten könne. Natürlich nahm der Minister auch den Bundesrath in Schutz. Den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat unter Genosse Fräßdorf.

Die Kohlennoth in Oesterreich in Folge des großen Bergarbeiterstreiks, bei dem sich die Kohlenbarone wieder in ihrer ganzen Schäbigkeit und Brutalität zeigen, hat den Wiener Gemeinderath veranlaßt, sich zu einem radikalen Antrag aufzuschwingen. Er beschloß die Einbringung einer Petition beim Ackerbauministerium behufs Expropriation der Kohlengrubenbesitzer, Sequestration der Kohlen des Bergbaubetriebes und auf Einbringung einer Petition beim Eisenbahnministerium wegen Ermäßigung der Kohlentarifsätze nebst einem Zusatzantrag, der die Regierung dringend um Regulirung der Arbeitszeit in den Kohlengruben und der Löhne der Kohlengrubenarbeiter ersucht, sowie darum, eine Festsetzung der Kohlenverkaufspreise zum Wohle der Bevölkerung schleunigst durchzuführen. Wenn die Kohlengrubenbesitzer den Anordnungen der Regierung nicht Folge leisten würden, seien sie neben Geldstrafe noch mit Freiheitsstrafen zu belegen, um die Durchführung der behördlichen Anordnungen zu unterstützen.

Natürlich weiß die antisemitische Klique, die im Wiener Gemeinderath herrscht, sehr genau, daß die Regierung sich auf diese Wünsche nicht einläßt. Aber es ist doch eine so schöne Gelegenheit, vor der von der Kohlentheuerung betroffenen Bevölkerung den Radikalen zu spielen.

Das Wahlgeheimniß soll endlich in Dänemark sichergestellt werden. Das Landsthing hat nun auch das betreffende Gesetz in der Form, wie es das Folkething im Vorjahr annahm, angenommen. Als der Folkethingsantrag mit der Bestimmung, daß die Wahlzettel in einem abgeschlossenen Raum vom Wähler in ein Kouvert gesteckt und dann verschlossen abgegeben werden sollen, im Vorjahr an das Landsthing kam, änderte es diese Bestimmung dahin, daß der kouvertirte Wahlzettel mitgebracht werden sollte. Da das Folkething hiermit nicht einverstanden war, wurde eine Kommission eingesetzt, die sich dem Antrag des Folkething anschloß und sogar noch einige Bestimmungen zur Sicherung des Wahlgeheimnisses hinzufügte: Bestrafung versuchter Beeinflussung der Wähler seitens des Wahlvorstandes, auch in dem Fall, daß nur den Wählern Rath, Anweisung oder Hinweisung betreffs der Stimmabgabe gegeben wird. Diese Anträge sind nun auch vom Landsthing bewilligt.

Die Adreßdebatte im englischen Unterhause, bei der ja dieses Mal die Kriegsfrage alle anderen Fragen in den Hintergrund drängt, wurde auch am Donnerstag fortgesetzt. Nur nebenbei streifte der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, die indische Hungersnoth und theilte mit, die Zahl der Personen in Indien, die wegen der Hungersnoth Unterstützungen empfingen, habe Ende Januar 3¼ Millionen betragen, die von der Hungersnoth betroffene Bevölkerung belaufe sich auf 49 Millionen, von denen 22 Millionen auf britisches Gebiet und 27 Millionen auf das Gebiet der eingeborenen Fürsten entfielen. Das betroffene Gebiet umfasse 550 000 Quadratmeilen. Die Ausgaben in Folge der Hungersnoth seien bis Ende März d. J. auf drei bis vier Karor (je 10 Millionen Rupien) zu schätzen.

Charles Dilke erklärte, der Krieg werde noch schmachvoller geführt als der Krimkrieg; den einzigen Trost bilde der persönliche Muth und die Tapferkeit der Offiziere und Mannschaften. Die Regierung sei sich noch jetzt nicht einmal klar über den Ernst des Krieges und das Gewicht ihrer Verantwortlichkeit. Er könne keine Entschuldigung dafür finden, daß die Regierung die Stärke der Boeren unterschätzt und die Haltung des Orange-Freistaats falsch beurtheilt habe. Die Verantwortlichkeit hierfür falle nicht auf das Nachrichtenbüreau, sondern müsse dem Kabinet zugeschoben werden. (Beifall bei der Opposition.)

Der Parlamentssekretär des Kriegsamts Wyndham vertheidigte eingehend die Haltung der Regierung; dem britischen Militärsystem seien gewisse Grenzen gezogen. Die Regierung habe sich bemüht, in der Periode tiefen Friedens dieses System zu erweitern. Wenn die Regierung Unrecht damit gethan haben sollte, daß sie die Absendung der Truppen verzögerte, entgegne er, daß er dies in der richtigen Absicht gethan habe, der Diplomatie Zeit zu lassen. Binnen kurzer Zeit würden, abgesehen von der achten Division und der vierten Kavallerie-Brigade 180 000 Mann Infanterie, Kavallerie und Artillerie in Südafrika stehen mit 36 Belagerungsgeschützen, 38 Marinegeschützen, 36 fünfzölligen Haubitzen, 54 Kanonen reitender Artillerie und 234 Feldgeschützen. 1898 seien die Streitkräfte der beiden Republiken zusammen auf 59 000 Mann und 110 Geschütze veranschlagt. Unter den Geschützen befanden sich 16 große Creusot-Geschütze und 19 erbeutete englische Kanonen. Lord Wolseley habe in seiner im November gehaltenen Rede nicht die Richtigkeit der von der Nachrichtenabtheilung gelieferten Informationen über die Kriegsstärke der beiden Boerenrepubliken in Frage gestellt, sondern nur ausdrücken wollen, daß die von den Boeren gezeigten militärischen Fähigkeiten höheren Ranges seien, als man angenommen habe. (Beifall bei den Iren.) Er glaube, das Nachrichtenbüreau habe gute Dienste geleistet. Der Regierung werde Langsamkeit der Aktion vorgeworfen; Lord Methuen habe aber den Oranjefluß in kürzerer Zeit erreicht, als die deutsche Armee gebraucht habe, um an die französische Grenze zu kommen. Die Zahl der aus Südafrika selbst stammenden Mannschaften habe bis vor vierzehn Tagen 26 000 betragen und wachse mit jedem Tage. Je schneller das Haus den Antrag Fitzmaurice erledigen werde, um so schneller werde es zu praktischen Vorschlägen schreiten können. Er bedaure den Antrag, da dieser eine Verzögerung für die Arbeiten des Hauses bedeute. Wer das parlamentarische Leben kenne, werde den Antrag verstehen, aber weder die Kolonien noch die im Felde stehenden Soldaten würden ihn verstehen. Daran möge das Haus denken; er appellire an dasselbe, den Antrag als unnöthig abzulehnen. (Beifall.) Er wolle schließlich noch an das Haus die Bitte richten, der Regierung weiter Beistand zu leisten, damit das System der militärischen Vertheidigung auf eine gesunde, bessere Grundlage gestellt werde. Wenn der Antrag Fitzmaurice angenommen werde, werde das älteste Parlament der Welt dem Gelächter der ganzen Welt preisgegeben. (Beifall.)

Edward Grey führt aus, einige Staatsmänner und auch einige Zeitungen suchten den Eindruck zu erwecken, als wäre es unmöglich gewesen, diese Debatte zu veranlassen und fortzuführen, wenn jene, die daran theilnehmen, den Ernst der Lage des Landes würdigten. Allein gerade die ernste Lage des Landes habe die

Debatte hervorgerufen. Die Rede Wyndham's habe der Regierung wieder mehr Halt gegeben und einiges dazu gethan, die düstere Stimmung, von der das Land befallen sei, zu beheben. (Beifall.) Grey bestreitet, daß es die Absicht des Antrages sei, Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Opposition zu verdecken. Die Opposition könne mit ihrem Tadel für das Vergangene nicht zurückhalten, aber sie sei bereit, der Regierung ihre Unterstützung in Zukunft zu leihen. „Wir sind bereit", fährt Redner fort, „den Krieg bis zum Ende durchzuführen. Balfour versuchte, den Werth der Hülfe, die wir zu leisten beabsichtigen, herabzusetzen und unterstellt uns, wir beabsichtigen dem Kriege Einhalt zu thun, sobald die Boeren aus britischem Gebiet vertrieben seien. Mein Parteigenosse Asquith erklärte in einer Versammlung, der Krieg müsse durchgeführt werden, bis die britische Flagge in Pretoria und Johannesburg gehißt sei."

Balfour unterbricht Redner mit den Worten: „Wenn dies die Politik der Opposition darstellt, habe ich nichts daran auszusetzen." (Beifall.) Grey fährt fort: Die Ziele, die ich erreicht sehen möchte, und bei deren Erstrebung ich der Regierung meine äußerste Unterstützung leihen werde, sind hauptsächlich zwei, erstens, gleiche Rechte zwischen den Weißen in Südafrika. (Beifall.) — Das zweite Ziel ist, daß nie wieder in Südafrika ein Arsenal oder die Ansammlung von Kriegsmaterial unter einer anderen Kontrole als der britischen, soll zu Stande kommen können. (Lauter Beifall.) Wenn diese Ziele, die erreicht werden müssen, die Ziele der Regierung sind, wird sie meine Unterstützung haben. Die Regierung hat keinen ungerechten Krieg provozirt, auch ist es nicht wahr, daß in diesem Kriege die Boerenregierung der Kämpfer für die Freiheit ist. Das Amendement ist durch die Reden der Minister veranlaßt und der gegen ihr Verhalten gerichtete Tadel berechtigt."

Evans bemerkt, er nehme an, daß Chamberlains Aufmerksamkeit auf die Briefe und Telegramme gelenkt sei, die zwischen Fairfield, Hann und Hawksley gewechselt und in der „Indépendance Belge" vom 5. Januar veröffentlicht seien. Er fragt, ob eine Untersuchung über die Authenzität der Briefe und Telegramme angestellt sei, ob die Telegramme authentisch und richtig seien, und wenn dies der Fall, ob Chamberlain davon Kenntniß gehabt habe zu der Zeit, aus der sie datirten, oder zu welcher anderen Zeit sie zuerst zu Chamberlains Kenntniß gekommen seien.

Auf diese Fragen erwidert endlich Chamberlain: Meine Antwort auf die erste Frage, ob eine Untersuchung angestellt sei, ist: ja! Auf die zweite erkläre ich: Meine persönliche Kenntniß erstreckt sich nur auf zwei oder drei Briefe Fairfields und auf einen an das Kolonialamt. Diese sind dem wesentlichen Inhalte nach zutreffend, aber meines Erachtens unzutreffend bezüglich des Wortlauts. Was die übrigen Stücke betrifft, so theilte mir Hawksley mit, daß jüngst zu seiner Kenntniß gekommen sei, daß sie aus seinem Büreau von einem im Oktober 1897 kurzer Hand entlassenen Schreiber gestohlen worden seien. — Meine Antwort auf die dritte Frage ist: Ich hatte einige Tage vor der Veröffentlichung keine Kenntniß von dem Vorhandensein der Briefe und Telegramme. — Auf die weitere Frage bezüglich der Briefe Fairfields erwidert Chamberlain: Ich glaube nicht, daß ich sie zu der betreffenden Zeit gesehen habe; sie wurden aber zweifellos nach meiner Instruktion geschrieben.

Mac Neil fragt, welche Schritte beabsichtigt seien Angesichts des Umstandes, daß ein Mitglied des Kabinets der Unehrenhaftigkeit in Bezug auf seine Person und der Lüge in öffentlichen Angelegenheiten bezichtigt worden sei. — Minister Balfour erwiderte: Meine Ansicht ist, daß solche Anschuldigungen mit Verachtung behandelt werden sollten. (Beifall.)

Kriegsgefahr? Das Pariser „Siècle" erhält aus England einen Brief eines dort ansässigen Franzosen, der mit dem Pseudonym Praesagus zeichnet. Dieser neue Mitarbeiter spricht die Furcht aus, es könnte in Folge des Transvaalkrieges ein Krieg zwischen England und Frankreich ausbrechen, den die verständigen Leute in beiden Ländern mit allen Mitteln zu verhindern suchen müssen. In England sei die imperialistische Partei zwar nicht allmächtig, aber wenn der südafrikanische Krieg für England unglücklich ausgehen sollte, so würde ihr Einfluß vielleicht ausreichen, um im englischen Volk das Bedürfniß eines großen Seekrieges zu erwecken, der sich naturgemäß zuerst gegen Frankreich wenden würde. Ein großer Sieg zur See würde die Niederlage des Landheeres in Afrika ausgleichen. Es bestehe nun leider auch in Frankreich eine Partei, die diesem Bedürfniß entgegenkommen würde, nämlich die der Nationalisten. Diese von den Klerikalen geleitete Partei bedarf eines Krieges, mag er auch unglücklich sein, um zur Herrschaft zu gelangen. Die meisten Führer der Armee seien ihr ergeben. „Dies ist die Gefahr," fährt Praesagus fort; „sie liegt noch fern, ist aber keine Chimäre. Einsichtige Leute haben sich in Frankreich und England mit ihr beschäftigt. Hier und dort ist es Zeit, „Halt!" zu rufen, denn hinter den bewußten und unbewußten Führern des englischen und des französischen Nationalismus stehen viele rechtschaffene und wirklich patriotische Bürger, denen man zeigen muß, wohin man sie führt und welchem Abgrund sie blindlings entgegengehen."

Der Pariser Korrespondent der „National-Zeitung" meint, der Inhalt dieses Briefes stimme so genau mit den persönlichen Ansichten von Yves Guyot überein, daß man fast versucht sei, Praesagus für ein neues Pseudonym des politischen Direktors des „Siècle" anzusehen.

Nachklänge zum Dreyfus-Prozeß. Der Prozeß gegen Zola wegen Beleidigung des Esterhazy-Kriegsgerichts soll nach dem Pariser „Journal" Ende Februar vor dem Versailler Schwurgericht beginnen, während der Prozeß der Frau Henry gegen Reinach vor den Pariser Geschworenen am 19. März folgen soll. Diese Dispositionen seien im Einvernehmen mit der Regierung getroffen worden, wodurch das Gerücht bestätigt würde, daß die Regierung auf die Amnestie verzichtet habe.

Die Fixirung des Kriegsbüdgets für eine Reihe von Jahren nach deutschem Muster ist auch in Italien geplant. In der Begründung der am Donnerstag der Deputirtenkammer zugegangenen bezüglichen Vorlage, nach welcher die außerordentlichen Militärausgaben für die nächsten fünf Jahre festgelegt werden sollen, wird unter den Mitteln, mit denen die Ausgaben bestritten werden sollen, der Verkauf von 1 500 000 alten Gewehren aufgeführt. Die Regierung bemerkt hierzu, sie habe zahlreiche Angebote erhalten; die Verhandlungen seien zur Zeit mit Rücksicht auf die Neutralität Italiens in dem südafrikanischen Kriege abgebrochen.

Bedenkliche Nachrichten für England kommen aus Egypten. Nach einer Meldung der „Daily Mail" aus Kairo hat folgendes Ereigniß die eilige Abreise des Sirdar Wingate nach Omdurman veranlaßt. Die eingeborenen Offiziere der egyptischen Armee im Sudan haben schon seit einiger Zeit Zeichen von Unwillen gezeigt. Nach den Niederlagen der Engländer in Südafrika ist ihre Sprache deutlicher und ihre Haltung drohend geworden. Briefe von Einwohnern von Omdurman schilderten mit einigem Schrecken die wachsende Feindseligkeit und die Regierung beschloß darauf, den Truppen die Munition zu entziehen, welche Maßregel von den Einwohnern als klug betrachtet wurde. Zwei sudanesische Bataillone in Omdurman weigerten sich aber, ihre Kugelpatronen zurückzugeben. Da die schwarzen Truppen loyal, aber leicht durch Fanatismus zu mißleiten sind, hält man es für unwahrscheinlich, daß sie die Insubordination begangen hätten, ohne dazu aufgestachelt zu sein. Man hofft, daß durch die Anwesenheit Wingates in Omdurman die Bewegung im Keime erstickt werde. Es soll eine Untersuchung eingeleitet werden, um die Rädelsführer zu entdecken.

Das englische offiziöse Reuter'sche Büreau setzt diesen Mittheilungen folgendes Dementi entgegen: Die Nachricht, daß die Truppen in Omdurman gemeutert hätten, ist unzutreffend. Das Gerücht ist auf die Thatsache zurückzuführen, daß zwei Bataillone den Befehl auf Zurückziehung der scharfen Patronen, weil sie darin den Ausdruck eines Mißtrauens erblickten, unwillig aufnahmen, ohne sich aber der Ausführung des Befehls thätlich zu widersetzen. Sonst ist nichts vorgekommen, was die allgemeine Disziplin der Garnison berührt.

Sonst nichts! Aber das, was zugegeben wird, ist grade bedenklich genug. Ohne Grund wird man doch Truppen, die in einem noch nicht einmal ganz von eben besiegten Feinden gesäuberten Landstrich stehen, nicht die scharfe Munition entziehen. Das offiziöse Dementi scheint also nur den Zweck zu haben, die gegenwärtige schlimme Situation Englands nicht noch schlimmer erscheinen zu lassen.

Die Sympathien für die Boeren treten in den offiziellen Kreisen der Vereinigten Staaten immer deutlicher hervor. Im Repräsentantenhause bemerkte am Donnerstag Shaffroth von der Partei der Silberleute, es sei Pflicht der Vereinigten Staaten, vermittelnd in den südafrikanischen Krieg einzugreifen; kein rechtlich denkender Mann könne die südafrikanische Streitfrage prüfen, ohne die Ueberzeugung zu gewinnen, daß England im Unrecht und Transvaal im Recht sei. Die Rede wurde lebhaft applaudirt.

Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten berieth die von Mason beantragte Resolution zu Gunsten der Boeren. Die Mitglieder erklärten sich fast einstimmig gegen eine Aktion des Senats.

Der Krieg in Südafrika.

Der „Schles. Ztg." geht aus Brüssel eine offenbar von der Transvaalgesandtschaft inspirirte Zuschrift zu, worin es heißt: Die Thatsache ist als feststehend zu betrachten, daß General Warrens Niederlage zu einer vollständigen Katastrophe geworden ist. Denn nach den hier eingetroffenen Kabeldepeschen aus Pretoria existirt zur Zeit eine Division Warren überhaupt nicht mehr. Vielmehr sammeln sich die Trümmer dieses Heeres, auf welches die Engländer noch vor einer Woche so große Hoffnungen gesetzt hatten, südlich vom Tugelaflusse. Daß der fluchtartige Rückzug nicht ohne gewaltige Verluste erfolgt ist, versteht sich von selbst, thatsächlich geben die Depeschen aus transvaalischer Quelle den Gesammtverlust allein der Division Warren auf nicht weniger als 3000 Mann an, mit Einschluß der Gefangenen. Das Londoner Kriegsamt bestreitet, daß die Boeren dem General Warren 17 Kanonen abgenommen haben. Nach den hier eingetroffenen Nachrichten wird die Zahl der von den Boeren erbeuteten Kanonen zwar nicht angegeben, aber es wird berichtet, daß General Warren auf der Flucht nicht blos seinen gesammten Artilleriepark, sondern auch seinen aus fast 5000 Wagen bestehenden Wagenpark zurücklassen mußte. Daß derselbe in die Hände der Boeren gefallen ist, kann wohl nicht bezweifelt werden. Diese Katastrophe bedeutet natürlich auch die Besiegelung des Schicksals von Ladysmith. Die hiesige Transvaal-Gesandtschaft glaubt, ohne sich deshalb einem übertriebenen Optimismus hingeben zu wollen, daß auf den Schlachtfeldern am Tugela in den letzten Tagen die Entscheidung des Krieges gefallen ist. Von einer Invasion des Territoriums der beiden Republiken durch die Engländer kann wohl nicht mehr die Rede sein. Denn die stärkste englische Armee unter General Buller ist aktionsunfähig, und England hat bereits seine Kerntruppen geopfert. Was nachkommt, besitzt nur noch geringen militärischen Werth. Wollen die Engländer wirklich die fast uneinnehmbare Stellung der Boeren vor Ladysmith stürmen, so brauchen sie dazu allein eine Armee von 150 000 Mann, und an die Aufbringung einer solchen Heeresmacht ist gar nicht zu denken. So wird über kurz oder lang wohl doch eine internationale Friedensintervention in Thätigkeit treten, von der England bisher nichts hatte wissen wollen. Nur glaubt man hier, daß die Boeren mit der steigenden Siegesgewißheit auch ihre Forderungen steigern werden. Vor den Kämpfen am Spionkop konnte England noch einen billigen und vortheilhaften Frieden haben; die Präsidenten Krüger und Steijn hatten sich mit der Bürgschaft für die Unabhängigkeit ihrer Staaten begnügen wollen, wofür sie den Uitlanders im Goldminendistrikt Johannesburg die schon Chamberlain gegenüber in Aussicht gestellten Rechte gewährt hätten. Nach der jetzigen Niederlage werden die Engländer nicht so leichten Kaufs davon kommen. Die hiesige Transvaalgesandtschaft glaubt, daß die Republiken nur unter den folgenden Bedingungen zum Friedensschlusse geneigt sein werden: 1) Revision des englisch-transvaalischen Vertrages von 1884, dem zufolge die Transvaalrepublik alle mit auswärtigen Staaten, den Oranje-Freistaat ausgenommen, abgeschlossenen Verträge der großbritannischen Regierung zur vorherigen Genehmigung unterbreiten muß. 2) Abtretung des nördlichen Kaplandes mit der Diamantenstadt Kimberley, sowie eines Gebietstheiles von Natal, welches der Transvaalrepublik gestattet, eine Verbindung mit dem Meere herzustellen. 3) Volle Freiheit, die Uitlanderfrage nach den Interessen der Republik zu regeln. 4) Zahlung einer angemessenen Kriegsentschädigung. — Wenn England diese Bedingung nicht annimmt, werden die Boeren die Waffen nicht niederlegen, und dann laufen die Engländer im Falle weiterer Niederlagen ernstlich Gefahr, alle südafrikanischen Kolonien zu verlieren.

Einer gestern veröffentlichten Depesche zufolge hätte Buller den Tugela überschritten und es hätte sich eine Schlacht entsponnen. Ueber den Verlauf dieser Aktion will das Kriegsamt noch nichts wissen — nach den bisherigen Erfahrungen ein schlechtes Zeichen für die Engländer. Dagegen meldet Reuters Bureau noch einmal die Rodomontade des englischen Feldherrn: General Buller hielt eine Ansprache an die Truppen, worin er sagte, er hoffe, Ladysmith binnen einer Woche zu erreichen.

Um dem Jingopublikum eine Freude zu machen, wird wiederum die Behauptung verbreitet, General Joubert sei bei Ladysmith von einer Granate getödtet worden.

Dundonalds Kavallerie führte am 30. Januar eine Rekognoszirung westwärts gegen Hongerspoort (identisch mit Junckles) aus. Der Feind wurde nicht gesehen; man fand zwei Joche einer im Bau befindlichen Brücke bei Giles (?) zerstört vor.

Das Kriegsamt vervollständigt die Verlustberichte vom Spionkop. Danach werden insgesammt 215 Mann vermißt. Diese Mannschaften sind wohl in die Gefangenschaft der Boeren gefallen.

Aus dem Boerenlager von Ladysmith wird vom 25. Januar dem Büreau Dalziel gemeldet, daß Berichte eingelaufen seien, welche zu bestätigen scheinen, daß Jameson durch ein Artilleriegeschoß schwer verwundet ist. Man sagt, er liege im neutralen Hospital von Bulwana.

Zu der angeblichen Zerstörung der Granatenfabrik in Johannesburg äußerte sich der jetzt in London befindliche frühere Vorsitzende des Uitlander Council Herr Hasken dahin: Er nehme die aus Durban gemeldete Nachricht über die Explosion in Johannesburg nicht zu ernst. Er sagte, außer Begbies Fabrik seien noch zwei andere große ähnliche Fabriken in Johannesburg, in denen man ebenfalls Geschosse herstellen könne; außerdem seien einige Minen, z. B. Robinsons, mit Einrichtungen versehen, die man zum Gießen von Geschossen benutzen könne. Etwas Anderes wäre es, wenn die Boeren etwa ihre sämmtlichen Vorräthe in Begbies Fabrik aufgespeichert gehabt haben sollten.

Tages-Bericht.

Freitag, 2. Februar 1900.

Hamburg.

Ein Stimmungsbild aus Hamburgischen Kaufmannskreisen mit Bezug auf die Flottenvorlage veröffentlicht die „Köln. Volksztg.". Es heißt da u. A.: „Eines weiß der Hamburgische Kaufmann ganz genau: daß Handel und Verkehr durch nichts mehr gestört und behindert werden, als durch kriegerische Verwicklungen, sie mögen heißen, wie sie wollen. Frieden und zuverlässige stabile Verhältnisse sind die Grundbedingungen für lohnenden Handel. Die Auffassung, als ob friedliche Handelsverhältnisse dadurch begünstigt wären, daß Deutschland sich auf dem ganzen Erdball durch Vermehrung des Kolonialbesitzes aller Orten und Enden politisch engagire, wird nirgends weniger getheilt, als in den Kreisen der Hamburgischen Kaufmannschaft. Denn durch solchen ausgedehnten Kolonialbesitz, meint man vielfach, wird die Gelegenheit zu Streit mit anderen benachbarten Kolonialmächten vergrößert und zugleich das Mutterland Deutschland wirthschaftlich stärker und stärker belastet durch die Erfordernisse an Steuern zur Erhaltung einer immer größeren Flotte, um die eventuell immer größer werdenden politischen Kolonialzänkereien zu beherrschen. Hamburger Kaufleute kennen fast ausnahmslos aus eigener Anschauung und Lebenserfahrung alle Gegenden der Erde, und wenn man bedenkt, wie gering die Betheiligung Hamburgischen Kapitals und Hamburgischer Geschäftsfirmen in den bisherigen deutschen Kolonialgebieten ist, im Verhältniß zu den ungeheueren Kapitalien und Handelsinteressen, welche Hamburger Kaufleute in allen anderen außerdeutschen Kolonien besitzen, so muß diese Thatsache doch wohl stutzig machen. Selbst die in regelmäßigen Zwischenräumen durch Revolutionen durchwühlten und am Rande des Staatsbankerottes stehenden kleinen, südamerikanischen Republiken erscheinen dem Hamburgischen Kaufmanne noch größere Chancen für die Bethätigung seines Erwerbsfleißes zu haben, als die deutschen Kolonien; am meisten bevorzugt derselbe allerdings ohne Weiteres Alles in englischem Besitz befindliche Kolonialland. Die Gubernöre englischer Kolonien sind meistens praktische Kaufleute, die der deutschen Kolonien sind meistens Assessoren oder Leutnants. Auch die Art, wie die jetzige, doch schon recht respektable deutsche Flottenmacht verwandt oder vielmehr nicht verwandt wurde, um deutsche Handelsinteressen im Auslande zu schützen, begegnet einer ungünstigen Kritik. Man verstehe uns richtig: Nicht tadelt man es, daß unterlassen wurde, einen Seekrieg zu beginnen, den wohl manche Mitglieder des Alldeutschen Verbandes herbeisehnen. Nein — es wird betont, daß eine kleine Machtentfaltung zum Schutze genügt hätte, aber nicht eintrat. Wie leicht oft mit geringen Mitteln ein Erfolg zu erzielen ist, sah man bei Haiti; eines unserer Schulschiffe (schwimmendes Gymnasium, wie es im Scherz genannt wird) mit seinen noch nicht einmal erwachsenen Mitgliedern der deutschen Marine reichte aus, um sofort den deutschen Interessen die erwünschte Sicherung vor den gewaltthätigen Gelüsten der sich bekämpfenden Parteien zu geben. Dagegen wurden kürzlich bei Puerto Cabello die deutschen Interessen durch S. M. Schiff Stosch nur ungenügend wahrgenommen. Der Protest der dort seßhaften Deutschen wurde von einer ganzen Anzahl deutscher Zeitungen abgedruckt. Die Venezuelahäuser Hamburgs wandten sich durch die Handelskammer an das Auswärtige Amt in Berlin mit der Petition um Sendung eines Kriegsschiffes in die venezuelanischen Gewässer; die Antwort des Auswärtigen Amtes zirkulirt augenblicklich unter den betreffenden Firmen: man vertröstet dieselben, daß baldthunlichst ein Schiff vom ostasiatischen Geschwader designiert werden soll, welches bekanntlich den Prinzen Heinrich auf seiner Repräsentationsreise nach Kiautschou begleitete. Auch daß man gegenüber den Vorkommnissen an der ostafrikanischen Küste, wo die Hamburgischen Postdampfer mit Beschlag belegt wurden, keine größere Voraussicht bewiesen, erweckt vielfache Mißbilligung. Seit September vorigen Jahres ist der Krieg in Transvaal ausgebrochen, in allen diesen nachfolgenden Monaten hätten längst von dem beachtenswerthen Bestande unserer Flotte einige Schiffe an die Küste gesandt werden können, an welcher die Entladung eines Gewitters bevorstand, und das mußte um so eher geschehen, als der Verkehr dorthin sich wesentlich auf deutschen Schiffen vollzieht. Es ist aber keines von den hundert Schiffen, die wir bereits besitzen, dorthin geschickt worden. Hätten die Dampfer der Ostafrika-Linie sich unter die Kanonen eines deutschen Kriegsschiffes flüchten können, so hätte dessen Kommandör kraft der ihm zustehenden Machtbefugnisse die Vermittlung mit dem revidirenden englischen Kriegsfahrzeuge übernommen, und er hätte jedenfalls anders mit den kommandirenden Kameraden der befreundeten englischen Kriegsfahrzeuge reden können, wie der deutsche Handelsschiffskapitän; auch würden die diplomatischen Schritte von mehr Nachdruck begleitet gewesen sein, wenn einige deutsche Kriegsschiffe am Ort der Verwicklungen vorhanden gewesen wären, der „Bundesrath" wäre ganz sicher sofort freigegeben worden. Man fragt sich vielfach, wie groß der Bestand der deutschen Flotte denn erst sein muß, damit einige Schiffe abkömmlich sind, um in solche Gegenden gesandt werden zu können, in denen deutsche Handelsinteressen gefährdet werden. Dies sind einige Beispiele von der in Hamburger Kaufmannskreisen bestehenden Anschauungen. Fragt man nun, weshalb diese Anschauung nicht mehr an die Oberfläche tritt und den Außenstehenden sich erkenntlich macht, so wird geantwortet: der Hamburgische Handel hänge doch gar zu sehr mit der Politik in Berlin zusammen, als daß man sich getrauen würde, mit maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin in Konflikt zu gerathen. Die wahre Meinung werde vermuthlich nur dann hervortreten, wenn, was ja unausbleiblich ist, der Handel einen wesentlichen Theil der Kosten der Flottenvermehrung zu tragen hätte.

Gebrauch von Gaskochapparaten und Tischlampen. In Veranlassung eines auswärts vorgekommenen größeren Unglücksfalles wird von der Direktion der Gaswerke darauf hingewiesen, daß bei dem Gebrauch von Tischlampen und Gaskochapparaten, welche mittels Schlauchverbindung an der Gasleitung befestigt sind, die Hahnen direkt an der Letzteren geschlossen werden müssen, nicht nur, wie es häufig geschieht, nur der Hahn an der betreffenden Lampe oder dem Kocher. Es kommt öfters vor, daß die Schläuche undicht werden, springen oder von dem Hahn abgleiten, so daß Gasausströmungen in den betreffenden Raum eintreten. Besonders ist vor dem Offenlassen der Hahnen zu warnen bei den neuerdings mehrfach ausgeführten Einrichtungen von Leuchtgas in Petroleumlampen. Bei diesen befindet sich meist der Hahn schwer zugänglich an der Decke, von welcher ein Schlauch hinunterführt zu der Lampe. Es ist hier eine durchaus bequeme Hebel- oder Kettenzugvorrichtung zu verlangen, welche es ermöglicht, den Hahn direkt an der Leitung zu schließen. Da die Herdkochapparate häufig auf dem Kochherde stehen, so ist hier als Verbindung mit der Gasleitung Metallschlauch zu empfehlen, da Gummischlauch durch die Hitze des Herdes zu leicht weich wird und schmilzt. Bei etwaigem Vorfinden einer solchen Gasentweichung ist der Haupthahn an dem Gasmesser zu schließen und durch Oeffnen, wenn möglich der oberen Fenster ohne Benutzung von Licht, eine gute Lüftung des Raumes zu veranlassen.

Anmeldungen zum Dom. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß für die Anmeldungen zum Dommarkt ein Schlußtermin auf den 15. November jeden Jahres festgesetzt worden ist. Nach diesem Zeitpunkt werden Anmeldungen nicht mehr entgegengenommen.

Im Gewerbegericht waren nach der vom Vorsitzenden veröffentlichten Uebersicht im Monat Januar 456 Klagen (davon 203 aus den Vormonaten übernommen) anhängig. Von den 253 neu angestrengten Klagen wurden angebracht von Arbeitgebern gegen Arbeitnehmer 15, gegen Lehrlinge 2, von Lehrlingen gegen Arbeitnehmer 2, und von Arbeitnehmern 234 gegen Arbeitgeber. Es fanden 25 Audienzen und 402 Verhandlungen statt, zu welchen 423 Ladungen ergangen sind. Erledigt wurden 122 Klagen durch Vergleich, 21 durch rechtskräftiges Versäumnißurtheil, 1 durch Anerkenntnißurtheil, 22 durch rechtskräftiges Urtheil zu Gunsten des Klägers, 44 zu Gunsten des Beklagten, 13 durch Zurücknahme und 13 durch Verzichtleistung ꝛc. Von den im Ganzen erledigten 265 Klagen wurden 197 im 1., 42 im 2., 19 im 3. und 7 im 4. und weiteren Termin beendet.

Aus dem Wochenbericht über die medizinische Statistik des Hamburgischen Staates. A. Stadt. In der Woche vom 14. Januar bis 20. Januar 1900 wurden hierselbst 322 lebendgeborene (Abnahme gegen die Vorwoche 38), 16 todtgeborene (Zun. 3), darunter 298 eheliche (Abn. 29) Kinder angemeldet. — Es erkrankten in der Woche vom 21. Januar bis zum 27. Januar 1900: An Scharlach 35 (Abn. 1), an Masern und Rötheln 53 (Zu. 5), an Keuchhusten 12 (Abn. 28), an Unterleibstyphus 2 (Abn. 0), an Diphtherie und Croup 19 (Zun. 3), an Kindbettfieber 4 (Zun. 1), an Wechselfieber 2 (Abn. 0), an Brechdurchfall 1 Kind bis zu fünf Jahren (Abn. 4) und 1 Erwachsener (Zun. 1). Gemeldete Erkrankungen an Influenza 279 (Zun. 216) Personen. Es starben in der Woche vom 21. Januar bis zum 27. Januar 1900: 234 (Zun. 7) Personen, darunter im ersten Lebensjahre 56, auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet in der Berichtswoche 17,6, in den Jahren 1881 bis 1890: 25,9. Todesursachen waren: an Scharlach 3 (Zun. 2), an Masern und Rötheln 0 (Abn. 0), an Keuchhusten 0 (Abn. 2), an Unterleibstyphus 1 (Zun. 1), an Diphtherie und Croup 1 (Zun. 1), an Kindbettfieber 0 (Abn. 5), an Schwindsucht 21 (Abn. 12), akuten Erkrankungen der Athmungsorgane 42 (Zun. 14), akuten Darmkrankheiten 1 (Abn. 3), darunter 1 Kind bis zu einem Jahre (Abn. 2), an allen übrigen Krankheiten 148 (Zun. 1), an gewaltsamem Tod 17 (Zun. 10) Personen. — B. Landgebiet. Es wurden in der Woche vom 14. Januar bis 20. Januar 40 lebendgeborene und 2 todtgeborene, darunter 37 eheliche Kinder angemeldet. — Es erkrankten 12 Personen, darunter 2 an Influenza; es starben 13 Personen, darunter 4 Kinder im ersten Lebensjahre.

Städtisches Leihhaus St. Pauli, Herrenweide 27, Eingang Langereihe 83. Auktion am Donnerstag, 15. und Freitag, 16. Februar, sowie am 22. und 23. Februar d. J., über die in der Zeit vom 1. August 1898 bis Ende Januar 1899 versetzten und weder eingelösten noch prolongirten Kleidungsstücke, Leinen, Drelle, Pretiosen, Gold und Silbersachen. Prolongationen dieser Pfänder sind bis zum 8. Februar d. J. zulässig. Die Auktion beginnt 9½ Uhr Morgens. An den Auktionstagen ist das Leihhaus für Annahme und Einlösung von Pfändern nur Abends von 6—8 Uhr geöffnet.

Aus der Theaterwelt. Im Hamburger Stadttheater wird am Sonntag in einer Mittagsvorstellung bei ermäßigten Preisen der Schiller-Cyklus mit „Wallensteins Lager" und „Piccolomini" fortgesetzt und am Abend Wagners „Tannhäuser" wiederholt. — Die Oper „Fedora", von U. Giordano wird, nachdem in Folge der Unpäßlichkeit einiger Opernkräfte die Wiederholungen eine Unterbrechung erfahren hatten, zunächst am Dienstag kommender Woche wieder in Szene gehen.

Das dritte Volksschüler-Konzert, veranstaltet vom Verein Hamburgischer Musikfreunde, findet am Sonntag, 4. Februar, Nachmittags 2 Uhr, im „Konzerthaus Hamburg" statt. Dirigent ist Herr Professor Rich. Barth. Das Programm weist eine Ouvertüre von Franz Schubert, zwei Joseph Haydn'sche Symphonien und die vom Hamburger Lehrer-Gesangverein vorgetragenen Volkslieder „Auf der Wacht", „Das zerbrochene Ringlein", „Aennchen von Tharau" (von Friedrich Silcher) und „Das deutsche Lied" (von Kalliwoda) auf.

w. **Vom Hafen und von der Schifffahrt.** Der Postdampfer „Sibiria" hat gestern Abend, nachdem er seine geleichterte Ladung wieder übergenommen hatte, die Reise nach Ostasien angetreten. — Der von hier nach Buenos Aires bestimmte Dampfer „Argentina" ist gestern Abend, von hier abgehend, bei Mojenhörn auf der Unterelbe fest geworden. Zwei Schleppdampfer versuchten vergebens, das Schiff abzubekommen. Heute Morgen wurde ein weiterer Versuch von drei Schleppdampfern gemacht, der ebenfalls mißlang. Voraussichtlich muß der Dampfer geleichtert werden. — Der Schleppdampfer „P. Brehm", welcher beim Stadtdeich auf Grund sank, wird von dem Taucher Ad. Wichmann gehoben. — Ein Schleppdampfer der Oesterreichischen Nordwest-Dampfschifffahrts-Gesellschaft hat in der Einfahrt zur Konkave eine Pfahlgruppe angerannt und umgeworfen. — Der Schleppdampfer „Elbe" hat eine mit Ballen beladene Schute angerannt und zum Sinken gebracht. Eine Anzahl der Ballen sind von mehreren Schleppdampfern aufgefischt worden. — Als der Schleppdampfer „Lorenz Harms u. Ko." heute Morgen mit mehreren Schuten im Tau elbabwärts fuhr, kam der Schleppdampfer „Wichmann" aus dem Reiherstieg, um ebenfalls elbabwärts zu fahren. Als er hierbei einem anderen Schleppdampfer ausweichen wollte, rannte er eine Schute des erstgenannten Schleppdampfers an, so daß diese leck sprang. Durch den Anprall fiel der Ewerführer über Bord, konnte jedoch von der Besatzung des letztgenannten Dampfers gerettet werden. — Der Dampfer „Pelotos" ist im Reiherstieg-Dock provisorisch reparirt und neben dem Dockkasten festgelegt. Man erwartet den Hintersteven, der in einer Fabrik in Deutschland angefertigt wird.

w. **Ertrunken.** Ein auf dem Fischdampfer „Dr. Giese" bediensteter Heizer ist gestern beim Ascheausschütten auf der Unterelbe über Bord gefallen und ertrunken. Seine Leiche fischte man auf und brachte sie mit dem Dampfer nach hier. Hier wurde ein anderer Heizer angeheuert, worauf das Schiff sofort wieder seewärts fuhr.

w. **Der Fährdampfer „Altona"** ist von dem Taucher Beckedorf gehoben und nach provisorischer Dichtung nach der Werft von H. C. Stülcken Sohn gebracht, woselbst er auf Slip gezogen werden soll. Einige Kriminalbeamte besichtigten das Schiff.

w. **Die deutsche Bark „Theodor",** Kapitän Kühne, zur Rhederei G. A. Schiff in Elsfleth gehörig, am 28. Januar von Hamburg mit Stückgut nach Montevideo abgegangen und, wie berichtet, am 30. Januar, Abends, bei Winterton Neß auf Strand festgerathen, ist total als Wrack zu bezeichnen. Die aus zwölf Mann bestehende Besatzung ist gerettet. Das Rettungsboot holte die Leute und die Frau des Kapitäns von Bord des Schiffes ab. Das Schiff ist bereits aufgebrochen, so daß die Ladung an den Strand spült. Die Bark „Theodor" ist im Jahre 1868 in Sunderland aus Eisen erbaut und 410 Registertons groß.

w. **Unglücksfälle.** Beim Löschen von Zement von dem Leichter „Tommy" brachen die Krösen eines Zementfasses, worauf das Faß auf den Leichter zurückfiel und den Leichterschiffer Bollmann traf. Der Verunglückte hat einen komplizirten Bruch des rechten Beines erlitten und ist dem Seemannskrankenhause zugeführt worden. — Im Freihafen am Kehrwieder wurde heute Morgen der Kutscher Wolff über's rechte Bein gefahren, so daß er eine starke Quetschung erlitt. Man brachte den Verletzten nach seiner Wohnung.

w. **Eine Brieftaube eingefangen** hat der Kapitän Meyer vom Dampfer „Bamberg" am 29. Januar bei Antifer an der Nordküste von Frankreich. Das Thier hat um den linken Fuß einen Ring mit dem Zeichen A. S. P. 1899. 90. . Der Dampfer ist gestern Abend, von Ostafrika kommend, hier im Hafen eingetroffen. Die Taube befindet sich an Bord.

w. **Der Leichter „Lorenz u. Schmidt"** ist von der gleichnamigen Firma an die Firma J. H. Hinck verkauft worden.

Ihren Verletzungen erlegen ist eine Frau, die vor vier Wochen bei einer Lampenexplosion im Hause Silbersackstraße 34 in St. Pauli Brandwunden erlitten hatte.

Unglücksfälle. Die am Schaarsteinweg wohnende Wäscherin Johanna Katharina Eichelbeck erkrankte Abends am Stubbenhuk. Man brachte sie in's Kurhaus. — In's Eppendorfer Krankenhaus brachte man einen Malergehülfen aus der Jakobstraße in Altona, der sich im Schlafe einen Knöchelbruch am rechten Ellbogen zugezogen hat. — Ein Eisendreher, Bleicherstraße 2 in Altona wohnhaft, der vor seinem Hause zu Fall kam und einen Knöchelbruch erlitt, fand Aufnahme im Israelitischen Krankenhause in St. Pauli.

r. **Arbeiterrisiko.** Einen Beinbruch erlitt gestern der bei dem Hafenbau auf Kuhwärder beschäftigte Erdarbeiter Thomas Dluziak, wohnhaft in Wilhelmsburg, dadurch, daß er mit dem rechten Bein in die Bremse eines mit Erdmassen beladenen Transportwagens gerieth. Der Verletzte wurde nach dem Seemannskrankenhause befördert.

Zu dem Straßenbahnunglück, das sich gestern Morgen Ecke Quickborn- und Mansteinstraße in Eimsbüttel ereignet hat, woselbst ein Straßenbahnwagen der Linie Hoheluft—Rödingsmarkt mit einem Gassenkummerwagen kollidirte und sich dabei den Vorderperron zertrümmerte, wird mitgetheilt, daß der Schaffner Kluske (nicht Pulske, wie gestern irrthümlich berichtet wurde), welcher dabei eine schwere Brustverletzung erlitten hat, inzwischen im Eppendorfer Krankenhause verstorben ist.

In bewußtlosem Zustande fand man Abends einen unbekannten Mann im Brookthorhafen bei der Lohsebrücke treibend vor, fischte ihn auf und brachte ihn in's Kurhaus. In seinem Besitz fand man einen Dolch und einen Revolver. Ueber dem linken Auge hatte er eine Wunde. Später fischte man im Brookthorhafen noch ein Paar Krücken auf, die dem Manne zu gehören scheinen. Der Unbekannte ist heute Morgen im Kurhause verstorben.

In eine Kellervertiefung stürzte gestern Abend gegen 7 Uhr in der Süderstraße eine Wittwe, die daselbst von einem unbekannten Manne angerempelt wurde. Die Frau trug eine schwere Kopfverletzung davon. Nach Anlegung eines Nothverbandes brachte man die Verunglückte in's Allgemeine Krankenhaus.

Diebstähle. Gestohlen wurden: einer Frau, die auf dem Schweinemarkt vor einem Hotel stand und vorfahrende Hochzeitsgäste betrachtete, ein Portemonnaie mit M. 2; einem in der Steinstraße wohnenden Musiker aus Altona, der Nachts in St. Pauli eine Bierreise machte, eine silberne Remontoiruhr nebst Kette und ein Portemonnaie mit M. 18—21; Marienstraße 41 eine silberne Herrenuhr; vor dem Tietz'schen Waarenhause am Großen Burstah einer Frau das Portemonnaie mit M. 25; einer Frau am Stephansplatz beim Besteigen eines Straßenbahnwagens ein Portemonnaie mit M. 282 und einem goldenen Trauring mit der Inschrift: „J. Hühne, 14. Mai 1875."

Darlehen unter koulanten Bedingungen werden in Zeitungsinseraten Personen aller Stände angeboten. Adressen unter „A. B. 123" befördert Rudolf Mosse in Wien. Den Darlehensangeboten gegenüber ist Vorsicht zu beobachten, da es sich vielfach um sehr zweifelhafte Manöver handelt.

Feuermeldungen. Gestern Abend um 6¼ Uhr Innocentiastraße 1 Schornsteinbrand; um 6¾ Uhr Arndtstraße 12 Schornsteinbrand; heute Nachmittag um 3¼ Uhr Eckhofstraße 4 in Hohenfelde Brand eines Bettes.

Altona.

Die ordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Altona fand gestern Abend in den „Blumensälen" in der Großen Freiheit statt. Zunächst gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die Thätigkeit des Vorstandes und des Vereins, wobei er mittheilte, daß die Mitgliederzahl zu Anfang des vorigen Jahres 1930 und am Schluß desselben 2088 betrug, und daß im verflossenen Jahre dem Vertrauensmann M. 3000 zur Agitation überwiesen worden seien. Der Kassirer theilte die Abrechnung für das verflossene Jahr mit, wonach eine Einnahme von M. 8199,69 und eine Ausgabe von M. 4937,30 zu verzeichnen war. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Auf Antrag wurde beschlossen, von dem am Schlusse des Jahres 1899 verbliebenen Kassenbestande von M. 3262,39 dem Vertrauensmanne M. 2000 zur Landagitation zu überweisen. Die Vorstandswahl hatte das Resultat, daß der bisherige Vorstand, bestehend aus den Genossen Emil Fels, erster Vorsitzender, A. Henke, zweiter Vorsitzender, A. Brauer, erster Kassirer, Th. Möller, zweiter Kassirer, und C. Arnold, Schriftführer, einstimmig wiedergewählt wurde. Außerdem fanden noch die Wahlen der Distrikts- und Bezirksführer, der Revisoren und der Thürkontrolöre statt.

Eine Polizeistation gedenkt die Stadtverwaltung auf der alten Exerzierweide zu errichten. Zu diesem Zwecke soll dort eigens ein Beamtenhaus erbaut werden. Den dort stationirten Beamten soll dann gleichzeitig die Aufsicht auf den Verkehr der Friedhöfe mit übertragen werden, was eine Entlastung der verschiedenen Kirchengemeinschaften bedeutet. Diese sollen aber gehalten sein, zu den Kosten des Beamtenhauses beizutragen.

Eine Untersuchung wegen falscher Beurkundung ist gegen einen Kellner eingeleitet worden. Er hat im Oktober v. J. auf dem hiesigen Standesamt ein Kind als ein von seiner Frau geborenes angemeldet, während es in Wirklichkeit von einem in Hamburg wohnenden Mädchen geboren ist.

Sie wollte 'mal reisen. Ein fünfzehnjähriges Mädchen, das vor einigen Tagen seinen in Stuttgart wohnenden Eltern ausgerückt ist, wurde hier gestern angehalten. Sie gab an, sie hätte 'mal reisen wollen, weshalb sie ihre Sparbüchse geleert und mit der Bahn nach hier gedampft sei. Einen anderen Zweck als den angegebenen hätte sie nicht verfolgt. Die Eltern wurden sofort telegraphisch benachrichtigt und heute ist bereits der Vater eingetroffen, um seine Tochter heimzuholen.

Ungetreuer Lehrling. Ein Wagenbauer Am Felde in Ottensen ließ einen Lehrling verhaften, weil derselbe ihm wiederholt Werkzeuge und andere Gegenstände gestohlen haben soll.

Unerhörter Frevel. In der letzten Zeit sind in den Straßen der Stadt verschiedentlich Pferden die Schweife abgeschnitten worden. Der Polizei wurde in drei Fällen darüber Anzeige gemacht. Die Thäter beabsichtigen jedenfalls, die abgeschnittenen Schweife zu verkaufen.

Diebesgut? In dem in der Unzerstraße befindlichen Logis eines kürzlich verhafteten angeblichen Artisten wurden zahlreiche Pfandscheine über versetzte Ueberzieher, und mehrere Taschentücher mit verschiedenen Monogrammen beschlagnahmt. Die wieder herbeigeschafften Ueberzieher und die Taschentücher rühren zweifellos von Diebstählen her, doch sind der Polizei über die betreffenden Diebstähle keine Anzeigen zugegangen. Die Bestohlenen können ihr Eigenthum auf dem Polizeiamt zurück erhalten.

Gestohlen wurde aus der Wohnung einer Frau in der Friedrichsbaderstraße, die mittels Nachschlüssels geöffnet worden ist, eine silberne Uhr mit schwarzer Kette und eine Korallenbrosche.

Ein schlimmer Gauner, der im vorigen Sommer hier und in Hamburg eine größere Anzahl Personen betrogen hat, stand heute vor der Strafkammer I des Landgerichts. Es ist der angebliche Fabrikant Gustav Key aus Stockholm. Im vorigen Sommer tauchte er hier auf und setzte sich mit verschiedenen Personen in Verbindung, denen er vorredete, er beabsichtige, in Hamburg eine große schwedische Punschfabrik zu eröffnen. Er markirte den ollen ehrlichen Schweden und verstand es, die betreffenden Leute für sich einzunehmen. Diese zweifelten gar nicht daran, wenn er ihnen erzählte, er habe aus Schweden für sein Unternehmen eine große Summe Geldes zu erwarten. So glückten ihm zunächst Logisschwindeleien und bald darauf erbeutete er auch durch seine falschen Vorspiegelungen Waaren, namentlich Weine und Liköre. Er verfolgte dann eifrig den Annoncentheil der Zeitungen, und fand er Stellengesuche von solchen Leuten, die Kaution stellen wollten, so wendete er sich an die Leute und bot ihnen Stellen als Lagermeister an. Waren sie bereit, ihm Kaution zu leisten, so engagirte er sie auch, obwohl sein ganzes Lager nur aus kleinen Quantitäten zusammengeschwindelter Weine und Spirituosen bestand. Die ihm übergebenen Kautionen in Höhe von M. 200 bis M. 500 hat er für sich verbraucht. Zunächst aber hatte er mit den Goldstücken noch einige Leute lecker gemacht und sie veranlaßt, ihm auf Pump Waaren zu liefern, die er später auch nicht bezahlt hat. Wenn er glaubte, daß er als Punschfabrikant die beabsichtigten Schwindeleien nicht ausführen konnte, so gerirte er sich auch als Oberinspektor einer Versicherungsgesellschaft. Anfangs Oktober kam auf Anzeige die Behörde hinter seine Schwindeleien und nun wurde durch seine Verhaftung seinem Treiben ein Ende gemacht. Heute krümmte er sich auf der Anklagebank wie ein Wurm und suchte sich aus der Schlinge zu ziehen, indem er behauptete, die besten Absichten gehabt zu haben. Er wollte glauben machen, daß eine Dame in Schweden, die er natürlich nicht nennen darf, ihm eine große Summe zur Verfügung gestellt habe, womit er Alles regeln wollte. Seine Verhaftung sei ihm aber ein Strich durch die Rechnung geworden. Alle Ausreden nützten ihm aber nichts. Er wurde schuldig befunden und zu 2½ Jahren Gefängniß verurtheilt.

Seinem Leben ein Ende zu machen versuchte in Bahrenfeld der Sohn eines Fabrikanten, der auch Reserveoffizier ist. Obwohl er drei Schüsse auf sich abfeuerte, sich über die Pulsader schnitt und sich einen Stich in den Leib beibrachte, erreichte er doch nicht seinen Zweck. Sein Zustand aber ist ein Besorgniß erregender.

Wandsbek.

× **Zur Lohnbewegung der hiesigen Bauhandwerker.** Gestern hat die Lohnkommission der Maurer und Zimmerleute der Innung „Bauhütte" die Forderungen der Bauhandwerker überreicht. Die Arbeiter fordern den Neunstundentag und einen Stundenlohn von 70 ₰. Wie verlautet, wollen verschiedene Meister den 9½stündigen Arbeitstag und den Stundenlohn von 65 ₰ bewilligen. Die „Bauhütte" wird sich demnächst mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

× **Aus dem Schöffengericht.** Das Opfer von Wahnvorstellungen ist ein hiesiger Maschinenfabrikant geworden, welcher öffentlich behauptet hat, daß ihm seine ebenfalls schon in vorgerückten Jahren stehende Ehefrau die eheliche Treue gebrochen habe. Die Frau soll, davon ist der Mann nicht abzubringen, einem öfter an seinem Hause vorüberfahrenden Kaufmann H. aus Hamburg Zusammenkünfte gewährt haben. Der mißtrauische Ehemann erschien mehrfach im Hause des Kaufmannes und bat dessen Ehefrau wie Tochter, ihm zur Wiedererlangung seines häuslichen Glückes behülflich zu sein. Als H. sich vor den Angriffen des ihn stetig verfolgenden Fabrikanten nicht mehr retten konnte, nahm er die Hülfe des Gerichts in Anspruch. Schon ein Mal stand in dieser Angelegenheit Termin an, der jedoch ausgesetzt wurde, da das Gericht beschloß, den Angeklagten, in dessen Kopf das tollste Zeug herumwirbelte, auf seinen geistigen Zustand untersuchen zu lassen. Auch in der letzten Sitzung dieses Gerichts, die mehrere Stunden in Anspruch nahm und zu der ein großer Zeugen-Apparat aufgeboten war, erzählte der Angeklagte abermals seine ganze Leidensgeschichte. Aus der Verhandlung ging hervor, daß unterschiedliche getreue Nachbarn sich einen Scherz mit dem alten Mann gemacht haben. Eines Tags stand ein Wagen vor seiner Hausthür, mit dessen Besitzer seine Frau, wie ein Nachbar pflichtschuldigst berichtete, gesprochen haben soll. Dieses Fuhrwerk war, wie sich in der Verhandlung herausstellte, nicht der Jagdwagen des Kaufmannes, sondern ein Bauernwagen. Der Kaufmann sah vor den Schranken des Gerichts die „begehrenswerthe", jetzt in Magdeburg lebende Frau zum ersten Mal. Der Vorsitzende gab sich die redlichste Mühe, den mißtrauischen Alten von der Haltlosigkeit seiner Behauptungen zu überzeugen; alle Mühen waren vergebens. Der Sachverständige, Kreisphysikus Dr. H., sagte aus, daß der Angeklagte an einer krankhaften Störung seiner Geistesthätigkeit leide, die seine freie Willensäußerung beschränke. Der Kaufmann trat selbst für die Freisprechung des Angeklagten ein, in welchem Sinne das Gericht auch entschied.

× **Diebstahl.** Am Donnerstag Abend wurden einem in der Litzowstraße wohnenden Geschäftsmanne zwei Anzüge und ein Kaisermantel im Gesammtwerthe von M. 160 gestohlen. Den Diebstahl soll ein junger Mensch ausgeführt haben, welcher gesehen wurde, als er mit einem großen Packet das Haus verließ.

× **Was Alles gestohlen wird.** Am Sonntag Abend erschien auf einem Maskenball ein junger Mensch, dem es die Masken angethan zu haben schienen. Um auch für einen Narren gehalten zu werden, eignete er sich einen Harlekin-Anzug an, der einer im Nebenzimmer sich aufhaltenden Maskenverleiherin gehörte. In diesen

gestohlenen Maskenanzug gekleidet begab er sich gestern auf eine Maskerade, wo seine Anwesenheit Sensation erregte, welche dadurch hervorgerufen wurde, daß die Maskenverleiherin in Begleitung eines Polizeibeamten erschien und den die tollsten Sprünge machenden Harlekin verhaften ließ.

× **Festgenommen** wurde hier am Freitag Morgen ein von der Staatsanwaltschaft in Flensburg steckbrieflich verfolgter Schachtmeister J., welcher sich wegen verschiedener Strafthaten zu verantworten hat. J. wurde dem Amtsgerichtsgefängniß zugeführt.

Hamburger Landgebiet.

t. **Bergedorf.** Ein Feuer entstand heute Morgen kurz vor 7 Uhr in einem erst neuerbauten Schuppen der Chemischen Fabrik von Dr. Lindemann. Das größtentheils aus Holz aufgeführte Gebäude, in welchem Chemikalien lagerten, brannte fast völlig nieder. Das Fabrikgebäude blieb vom Feuer verschont.

Harburg und Wilhelmsburg.

r. **Sitzung des Wilhelmsburger Gemeindeausschusses** am 1. Februar. Nach Verlesung des Protokolls theilt Hauptvorsteher Jux die Mandatsniederlegung des Dr. Wolff, der bisher im Gemeindeausschuß war, aber niemals kam, mit und das Ergebniß der Neuwahl in Stillhorn IV. Eingeschrieben waren 1441 Stimmen, abgegeben wurden 1064 Stimmen; es erhielten Gastwirth Wülfken 533 Stimmen, Eisenbahnsekretär Corallus 531 Stimmen. Rentmeister Wittern beantragt Ablehnung der Mandatsniederlegung des Dr. Wolff. Der Antrag ruft eine Debatte darüber hervor. Es wird beschlossen, nicht zu widersprechen und die Neuwahl März oder April vorzunehmen. — Bei der Wahl in Stillhorn IV haben einige Wähler, die nicht Großgrundbesitzer sind, sich vertreten lassen und zwar durch Vertreter, die nicht ansässig sind, was ungültig sein soll. Deshalb hat der Hauptvorsteher bei der Feststellung des Wahlergebnisses 22 Stimmen für Corallus und 64 Stimmen für Wülfken gestrichen. Nach Abzug dieser Stimmen hat Corallus 509, Wülfken 469 Stimmen. Herr Jux erklärt Corallus demnach für gewählt. Gehrkens widerspricht, indem er sich auf den prinzipiellen Beschluß der vorigen Sitzung beruft, nach dem der Gewählte in der Sondergemeinde wohnen muß und erklärt, daß Corallus überhaupt nicht wählbar sei. Es kommt nach längerer Debatte zur Abstimmung: 4 Stimmen sind für Wählbarkeit des Herrn Corallus, 13 Stimmen gegen Wählbarkeit. Die eine Stimme, die diesmal mehr für Wählbarkeit abgegeben wird, stammt von dem das vorige Mal fehlenden Herrn v. Drateln. Mit ihm stimmten Jux, Wittern und Theil. Damit ist das Mandat für ungültig erklärt. Herr Wülfken kann, da Hauptvorsteher und Ausschuß uneinig sind, erst eintreten, wenn die Sache in höherer Instanz rechtskräftig entschieden ist.

Aus der Strafkammersitzung in Stade vom 31. Januar. Dem Angeklagten, Pastor Karl Ludwig Beer in Wilhelmsburg, wird zur Last gelegt, am 10. Mai 1899 in Wilhelmsburg bezw. Hamburg in Beziehung auf den Postagenten Hermann Wolter in Wilhelmsburg nicht erweislich wahre Thatsachen behauptet, welche geeignet sind, denselben in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen bezw. ihn beleidigt zu haben. Die Hauptverhandlung hat Folgendes ergeben: Im April 1899 richtete der Angeklagte eine Eingabe an die kaiserliche Oberpostdirektion in Hamburg, worin er über den beim dortigen Postamt als ständigen Postgehülfer angestellten Schmidt sich beschwerte. Er behauptete in der Eingabe, daß Schm. seiner bei ihm in Dienst damals befindlichen Catharine Mamerow gegenüber sich in sittlicher Hinsicht ungehörig betragen habe. Die Folge des Schreibens war, daß die Catharine M. ersucht wurde, sich bei dem Postagenten W. einzufinden, um über den Sachverhalt vernommen zu werden. Nachdem die Oberpostdirektion den Beschwerdeführer davon in Kenntniß gesetzt, daß sie sich auf Grund der ermittelten Thatsachen zu einem disziplinarischen Einschreiten gegen den betreffenden Unterbeamten nicht veranlaßt sehe, theilte ihr — so behauptet der Angeklagte B. — kurze Zeit darauf die M. mit, daß der Postagent W. sie bei Abfassung des Protokolls am Arme gezupft und geschoben habe und daß sie, obwohl das Protokoll in keiner Weise den wirklichen Hergang der Sache schilderte, gleichsam durch das moralische Uebergewicht des Letzteren zur Unterzeichnung des Schriftstückes bewogen worden sei. Der Pastor nahm nun ein Protokoll mit der Dienstmagd auf, worin die letzerwähnten Vorwürfe standen, versah es, nachdem die M. es mit ihrem Namen unterzeichnet, mit dem amtlichen Siegel und sandte es an die Oberpostdirektion. Die mündliche Verhandlung hat jedoch ergeben, daß alle diese erhobenen Beschuldigungen jeder thatsächlichen Grundlage entbehren. Der Postagent W. hat bei Abfassung des mehrerwähnten Protokolls vollkommen korrekt gehandelt, in keiner Hinsicht die Zeugin beeinflußt, und sein Bestreben war, wahrheitsgetreu das von der M. Bekundete niederzuschreiben. Das Gericht hat indes die Angabe des Angeklagten, er habe in gutem Glauben gehandelt, indem er den Erzählungen des Mädchens Glauben schenkte, bei den schwankenden und unzuverlässigen Depositionen der M. nicht als widerlegt angesehen. Indem der Gerichtshof weiter annimmt, daß dem Angeklagten, der bei der ganzen Stellung zu seiner seinem Schutze anvertrauten Hausgenossin an dem Ausgang des fraglichen Disziplinarverfahrens ein reges Interesse hatte, der Schutz des § 193 Str.-G.-B. zuzubilligen ist, erfolgt seine Freisprechung, da ferner weder aus den Umständen noch aus der Form der Eingabe das Vorhandensein einer Beleidigung zu folgern ist.

h. **Vermißt** wird seit einigen Tagen eine etwa 25jährige Büffet-Dame, welche seit längerer Zeit im hiesigen Wiener Café thätig war. Dieselbe soll mit ihrer Vorgesetzten in Zwistigkeit gerathen sein, hat sich hierauf entfernt und ist bis heute weder in ihre Stellung, noch zu ihren hier wohnenden Verwandten zurückgekehrt. Ueber das Verschwinden dieser Büffet-Dame sind viele Gerüchte in der Stadt in Umlauf gesetzt. Was daran Wahres ist, konnte bis heute noch nicht festgestellt werden.

Bremen.

Flottenredner Röpe wäscht sich im „Bremer Courier" in einer längeren Zuschrift rein. Er stammt aus Oldenburg, hat lange in englischen Kolonien gelebt, dann als Vertreter verschiedener Firmen zahlreiche Reisen gemacht und sich schließlich in Oldenburg als Sprachlehrer niedergelassen; die Offiziere der Oldenburger Regimenter und der Wilhelmshavener Marine hätten ihm „stets dankbare Anerkennung" für seine Bemühungen in seinem Fache gezollt. Für einen besonderen Redner habe er sich nie gehalten, aber wenn sein Vortrag als „Biertischgeplauder" bezeichnet worden sei, so stellt er dem entgegengesetzte Urtheile zur Seite und erinnert daran, daß der jetzige Kanzler des Flottenvereins, Herr von Beaulieu, sich nach einem seiner Berliner Vorträge erhoben und ihm die Hand geschüttelt habe mit den Worten: „Ich danke Ihnen für den schönen Vortrag, Herr Röpe. Ich sehe, Sie sind unser Mann." Dann erklärt er sein bekanntes Pech mit folgenden Worten:

„Ich hatte mich, dem Flottenverein gegenüber, kontraktlich verpflichtet, 10 bis 12 Vorträge per Monat zu halten und wenn man bedenkt, daß solche propagandamachende Vorträge mit Wärme und Enthusiasmus gehalten werden müssen, so wird man einsehen, daß 10 oder gar 12 Vorträge per Monat, die nöthigen Reisen einbegriffen, ganz genügend für einen Redner sind. Ich war jedoch kaum bei dem Verein eingetreten, so erhielt ich einen Reiseplan übersandt, nach welchem ich in Meklenburg, in 32 aufeinander folgenden Tagen, in 32 verschiedenen Orten, 32 Vorträge zu halten hatte. Da ich nun mit Leib und Seele bei der Sache bin, so fing ich auch, ohne zu Murren, an und vom 16. November bis zum 18. Dezember habe ich denn auch die 32 Vorträge, mit großem Erfolg, gehalten und dem Vereine zahlreiche neue Mitglieder zugeführt, an einem Abend traten 77 Herren, in Folge des Vortrags, ein. Dann fuhr ich nach Berlin und hoffte während der Feiertage mich ausruhen zu können. Jeder Redner wird wissen, wie entzündet mein Hals nach einer so anstrengenden Arbeit gewesen sein muß. Aber ich wurde aufgefordert, auch in Berlin noch drei Vorträge zu halten und zwar am 28., 29. und 30. Dezember. Noch muß ich nebenbei bemerken, daß ich meine Vorträge durch ein Diorama erläuterte, das in jedem Orte auf den verschiedenen Bühnen errichtet werden mußte und mich stundenlang in Anspruch nahm. Nun erhielt ich einen Reiseplan, der in Hannover ausgearbeitet war und nach welchem ich, am 1. Januar anfangend, in der Provinz Hannover, in 34 aufeinander folgenden Tagen 38 Vorträge — sage und schreibe — 38 Vorträge zu halten hatte. Ich muß gestehen, daß ich verblüfft war und die mir Nahestehenden riethen mir, zu erklären, daß es mir unmöglich sei, eine solche Aufgabe zu erfüllen, dazu seien Guttaperchalungen und Stimmorgane nöthig. Aber mir war gesagt worden, daß alle Vorbereitungen in den verschiedenen Orten gemacht seien und daß man überall auf mich warte."

Schließlich sind ihm die Kräfte ausgegangen, der Appetit zum Essen ist zum Teufel gewesen, Portwein hat auch nicht mehr geholfen, er war „wie ein altes Droschenpferd abgetrieben" und dann kam das bekannte Fiasko in Dannenberg. Die „Herren Militärs, die jetzt im Flottenverein an der Spitze stehen", haben inzwischen den Herrn Röpe, den sie Anfangs sogar verleugnet haben, „abgehängt". Aber Herr Röpe will Vergeltung üben. Er kündigt neue Enthüllungen über den Flottenverein an? Seine Zuschrift schließt: „Auch giebt es Dinge im Flottenverein, von welchen das Publikum in seiner Philosophie nicht träumt. Vieles davon wird über kurz oder lang an die Oeffentlichkeit kommen."

Losgeschossen! Hoffentlich läßt sich Herr Röpe nicht irgendwie verführen, seine Memoiren in der Tasche zu behalten. Jedenfalls beweist seine Zuschrift aber, wie künstlich die Flottenbegeisterung aufgebauscht ist, die aus der Bevölkerung heraus der Flottenvorlage den Weg erleichtern soll. Nicht einmal rednerische Kräfte hat der Verein in genügender Anzahl und nun werden die vorhandenen Kräfte abgehetzt wie Thiere, um den Eindruck einer „Volksbewegung" zu Stande zu bringen. Röpes Bericht ist ganz dienlich zur Beleuchtung der Mache, die von den Kommandanten des Flottenvereins getrieben wird.

Schleswig-Holstein.

t. **Sande.** Wahlberechtigt zu den Schulvorsteherwahlen sind auch alle Diejenigen, welche aus der Landeskirche ausgetreten sind, wenn die sonstigen Voraussetzungen zur Wahlberechtigung vorliegen, also hat auf eine Beschwerde des Maurers G. dieser Tage der Landrath entschieden. Der Genannte wurde am 8. Dezember v. J. durch den Gemeindevorsteher aus dem angegebenen Grunde von der Wahl zurückgewiesen und legte daraufhin Beschwerde ein. Nach der landräthlichen Mittheilung soll auch der Gemeindevorsteher sich nachträglich davon überzeugt haben, daß diese Zurückweisung irrthümlich geschehen ist.

Schleswig. Der Provinziallandtag der Provinz Schleswig-Holstein ist zum 18. Februar nach der Stadt Schleswig berufen worden.

Hannover.

Lüneburg. Am Donnerstag erfolgte die Strafkammerverhandlung gegen den Bankier Paul Behrens, in Firma Mansfeld Wittwe in Lüneburg, wegen Vergehens gegen das Depotgesetz, Konkursvergehens, Untreue und Unterschlagung. Der Staatsanwalt beantragt 3 Jahre 6 Monate Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte wurde wegen Konkursvergehens, Betruges in vier Fällen, Untreue in Verbindung mit Unterschlagung in einem Falle und Vergehens gegen das Depotgesetz in 6 Fällen zu 4 Jahren Gefängniß und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Altenbruch. In Lüdingworth sind die von den Familien Heinsohn, Bergmann, Albinus und Lachmann bewohnten vier Häuser niedergebrannt.

Auswärtiges.

Ein Schulhaus für fünf Mark! Aus Sieversdorf im Kreise Lebus berichtet unser Brandenburger Parteiblatt: Nachdem hier ein neues Schulhaus erbaut und jetzt bezogen worden ist, hat man das alte Schulhaus meistbietend zum Abbruch verkauft. Dabei wurde der kolossale Preis von fünf Reichsmark erreicht. Und in diesem Hause hat bis vor Kurzem ein Lehrer mit seiner Familie gewohnt!

Allerlei Militaria. Der Infanterist Rokowsky, der den Fabrikanten Laemmert in Köln hinterrücks überfiel und durch Bajonettstiche derart verletzte, daß der Tod eintrat, wurde vom Kreisgericht zu vier Jahren Festung, sein Genosse Keßler zu einem Jahr Festung verurtheilt. Laemmert hatte ein Mädchen beschützt, das von Soldaten angegriffen worden war. — Am Sonntag Abend wurde in Koblenz der Arbeiter W. Müller von einem Soldaten überfallen und durch einen Säbelhieb schwer am Kopfe verletzt. Der Exzedent wurde in der Person des Musketiers Klein I. der 7. Kompagnie des 68. Infanterie-Regiments ermittelt und in Untersuchungsarrest gebracht. — Der Oberfeuerwerker Eckmann von der königl. Geschoßfabrik in Spandau, der vor ungefähr einem Vierteljahr verhaftet wurde, weil er in militärischen Angelegenheiten mit einer auswärtigen Regierung (angeblich der Türkei) in Verbindung getreten war, ist, wie in Spandau verlautet, zu einer Gefängnißstrafe von drei Monaten verurtheilt worden, welche durch die Untersuchungshaft verbüßt sein dürfte. Ein Landesverrath hat also in keiner Weise vorgelegen. — Soldatenselbstmorde: In einer Scheune zu Queichheim (Pfalz) erhängte sich der Gefreite Gebhardt der 1. reitenden Batterie des 5. Feldartillerie-Regiments. — Nachdem sich erst erst kürzlich in Worms ein Soldat der 10. Kompagnie des dortigen Infanterie-Regiments vom Zuge überfahren ließ, hat sich am 30. Januar wiederum ein Soldat derselben Kompagnie mittels Revolvers erschossen. — In Oels in Schlesien haben in den beiden letzten Tagen des Januar drei Personen Selbstmord verübt, ein Rekrut, der Bursche eines Rittmeisters vom Dragoner-Regiment und die Geliebte des Burschen, die sich aus Gram über diesen Verlust erhängte.

Das Zollboot aus Brake kenterte auf einer Dienstfahrt auf der Unterweser. Zwei Zollbeamte, Mueller und Schulenberg ertranken.

Gegen die Tanzluft der Geistlichen hat der Bischof von Königgrätz Zirkulare erlassen unter Androhung der Suspendirung vom Amte.

Ein „zielbewußter" Gottesmann. Das Landgericht Weiden verurtheilte den katholischen Pfarrer Max Reger von Rothenstadt wegen Urkundenfälschung zu einer Woche Gefängniß. Der Thatbestand ist folgender: Die ledige Lehrerstochter Strobl gebar im Mai 1894 ein Kind. Der Vater dieses Kindes war Bartl Kick, Gastwirth aus Rothenstadt. Kick, der Kirchenpfleger war, wollte die Vaterschaft überhaupt nicht anerkennen; Pfarrer Reger legte sich in's Mittel und brachte es dahin, daß sich Kick verpflichtete, die Vaterschaft anzuerkennen und jährlich *M.* 120 Alimente in vierteljährlichen Raten à *M.* 30 zu zahlen. Die Strobl'schen Eheleute verpflichteten sich, die Angelegenheit geheim zu halten. Wer etwas davon verlauten lasse, sollte eine „schwere Sünde" begangen haben. Die Uebermittlung des Alimentengeldes übernahm Reger. Unter dieses famose Schriftstück setzte Reger seinen Namen sowie das Pfarramts-Siegel. Im November 1895 wurde die Sache bekannt und Pfarrer Reger ließ sich das von ihm angefertigte Schriftstück geben (es hatte dieses der Lehrer Strobl in Verwahrung), veranlaßte Kick, selbst ein ähnliches abzufassen und zu unterzeichnen und vernichtete das erste, von ihm abgefaßte. Im Jahre 1896 theilte Reger selbst dem Amtsrichter die Sache mit und erst dann wurde amtlich die Alimentationspflicht geregelt, wobei Kick die Vaterschaft anerkannte. Der Staatsanwalt unterzog das Gebahren Regers in moralischer Hinsicht einer scharfen Kritik und beantragte eine Woche Gefängniß, welchem Antrage der Gerichtshof auch stattgab. Voriges Jahr fand gegen Reger Verhandlung wegen Falscheides statt; er streifte damals mit dem Aermel das Gefängniß, dieses Mal ist er aber hängen geblieben.

Die Verhaftung eines Millionärs, des Gastwirthes und mehrfachen Hausbesitzers Rudolf Krautstofel, erregt in Wien ungeheures Aufsehen. Sein Vermögen wird auf mehr als eine Million geschätzt. Sein Wirthsgeschäft in der Himbergerstraße (Favoriten) ist eine wahre Goldgrube und hat ihn zum Millionär gemacht. Und seine Verhaftung hat deshalb das größte Erstaunen verursacht. Sie erfolgte auf Anordnung des Sicherheitsbüreaus der Polizeidirektion und hat zwei Ursachen: Vorerst wird dem reichen Mann ein Verbrechen zur Last gelegt, das allen Gesetzen, allem Fühlen Hohn spricht. Dem Gastwirth wird nämlich vorgeworfen, daß er seit vielen Jahren an seiner nunmehr 34jährigen Tochter schwere Sittlichkeitsdelikte begangen hat, die die Tochter mitschuldig erscheinen lassen. Deshalb ist zugleich mit der Verhaftung des Vaters auch die der Tochter im Laufe des Tages erfolgt. Die Beziehungen des Vaters zur Tochter sollen schon um 15 Jahre zurückdatiren. Aloisia Krautstofel war damals ein 18jähriges Mädchen. Der Wirth hat mehrere Kinder, seine Gattin lebt noch; es ist haarsträubend, wenn man hört, daß Aloisia Krautstofel schon im Jahre 1886 mit einem Kinde niederkam, dessen Vater ihr eigener Vater war! Und nebenher hielt sich der reiche Mann noch mehrere Geliebte. Er fuhr in der Equipage, und sein Vermögen wuchs fast über Nacht in's Unermeßliche. Krautstofel selbst, der mit seinen Mätressen das Geld verjubelte, hatte für seine arme unglückliche Tochter, die er zur Verbrecherin gemacht, kein Geld. Schließlich jagte er Aloisia Krautstofel aus dem Hause und verstieß sie vollständig aus der Familie. Die Unglückliche war ganz ohne Mittel, und in dieser Stimmung hat sie dem Vormund das Geheimniß verrathen. — Klein hatte Krautstofel begonnen. Ein kleines Wirthshaus war sein erster Posten — drei Tische standen darin; und das Geschäft florirte. Von Jahr zu Jahr wurde es größer — bis Krautstofel innerhalb kaum zweier Dezennien Inhaber eines großen Etablissements und eines auf eine Million geschätzten Vermögens war. Und da setzt eben die zweite Beschuldigung ein. Es heißt, daß es Krautstofel bei der Erwerbung dieses Vermögens nicht ganz genau genommen habe, und auch in dieser Beziehung ist es eine der schimpflichsten Beschuldigungen, die man gegen ihn als Arbeitgeber erhebt, die, daß er die eigenen Angestellten übervortheilt hat, und daß sein Wohlstand zum großen Theil aus den sauer errungenen Kreuzern des Personals resultirt, um die der Chef die Angestellten betrogen. So lange sein Geschäft besteht, soll er Kassirerinnen, Speisenträger und Zahlkellner durch Mehraufschreibungen benachtheiligt haben. Auch in dieser Beziehung wird die landesgerichtliche Untersuchung Klarheit bringen. Rudolf Krautstofel ist zu Wien geboren und 55 Jahre alt. — Im Zusammenhang mit dieser Affäre steht die auf Requisition des Wiener Gerichts vorgenommene Verhaftung der in Lassee bei Marchegg ansässigen Brigitta Sauer. Die Person ist Hebamme und war schon im Jahre 1886 diplomirt. Damals stand sie, schon Hebamme, als Hausbesorgerin in den Diensten Krautstofels. Sie soll intervenirt haben, als Aloisia Krautstofel damals niederkam; sie hat um das entsetzliche Geheimniß gewußt und seither darüber geschwiegen. Welche Rolle sie sonst noch in dieser grauenhaften Affäre gespielt hat, muß erst die Untersuchung ergeben.

Was ein preußischer Hofbühnen-Zensor alles verlangt. Von den Erfahrungen, die Ernst Wichert mit dem königlichen Schauspielhaus zu Berlin gemacht, erzählt die „Volks-Ztg." ein weiteres Histörchen. Wichert hatte, als sein harmloses und daher vollkommen schauspielhaus-reifes Lustspiel „Ihr Taufschein" bereits aufgeführt war, eine Unterredung mit dem literarischen Salomo der Hofbühne, mit dem er wegen der Einreichung eines neuen Stückes unterhandelte. Der Hofbühnen-Zensor rieth ihm, „um Himmelswillen kein Trauerspiel zu bringen; es fehle dafür beim Publikum durchaus an Theilnahme. Allenfalls ein modernes Schauspiel, am liebsten wieder ein Lustspiel, das aber nicht politisch sein, kirchliches Gebiet nicht berühren und sich von jeder Satire gegen die höhere Gesellschaft freihalten müsse." — Es ist gut, daß Schiller „Kabale und Liebe" im 18. Jahrhundert geschrieben hat!

Schutz vor Schutzleuten. Die Strafkammer in Bamberg verurtheilte den Schutzmann Müller wegen Körperverletzung, begangen an einem Infanterie-Sergeanten, zu 4 Monaten 8 Tagen, den Hülfsschutzmann Linsner wegen des gleichen Reates zu 4 Monaten Gefängniß. Ein dritter Schutzmann wurde freigesprochen.

Der Polizei-Inspektor Wilhelm Baumann aus Katowitz wurde von der Beuthener Strafkammer wegen Beiseiteschaffung amtlicher Schriftstücke zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Aus „höchsten" Kreisen. Gegen den Prinzen Philipp von Koburg ist gegenwärtig in Wien eine neue Klage anhängig. Klägerin ist die Pariser Firma Josselin, welche die Prinzessin Luise während zweier Jahre mit Miedern und anderen intimen Toilettenstücken versah und dafür eine Rechnung von 22 000 Frcs ausstellte, in der Klage aber alle Gegenstände sowie die Qualität der Façons und das Maß aufzählte. Der Prinz bestritt seine Zahlungspflicht für den exorbitanten Aufwand und erklärte, die Prinzessin habe stets Baargeld zum Bezahlen ihrer Rechnungen gehabt. Ein Gutachten von Sachverständigen jedoch sprach sich zu Gunsten der Firma aus.

Sprechsaal.

Zur Besprechung von Angelegenheiten, welche von allgemeinem Interesse sind, steht dem Publikum der Sprechsaal zur Verfügung, soweit es der Raum gestattet, doch lehnt es die Redaktion ab, irgend eine Verantwortung dem Publikum gegenüber für die in Sprechsaalartikeln geäußerten Ansichten zu übernehmen. Bedingung für die Aufnahme von Sprechsaalartikeln ist es, daß der Verfasser der Redaktion Namen und genaue Adresse nennt.

In dem in Nr. 24 d. Bl. befindlichen Versammlungsbericht der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter wird versucht, mich durch folgenden Satz zu diskreditiren: „Gebert bringt zur Sprache, wie der Gastwirth Saß, Große Reichenstraße 34, unseren Verband schädigt. Wo er aushülfsweise war, arbeiteten ebenfalls Einige vom Lokalverein. Er fragte diese, wodurch sie dahin gekommen, worauf sie antworteten, sie seien vom Zentralverband, wonach sie gefragt und worin sie eintreten wollten. Saß habe ihnen gesagt: Ja wohl, das sei bei ihm recht." Ich erkläre hierzu, daß ich nach oben erwähnter Aushülfsarbeit, die vom Arbeitgeber direkt beim Verein der Hausknechte, Kontorboten, Packer und Berufsgenossen angemeldet wurde, Leute hingeschickt habe, welche schon längere Zeit Mitglied des Vereins waren, also von mir auch gar nicht erst unter Vorspiegelung falscher Thatsachen veranlaßt sein konnten, obigem Verein beizutreten. Einen Beweis dafür, daß ich Leute, welche in den Zentralverband eintreten wollten, irreführte und in den Lokalverein aufnahm, können jene Herren, welche mich, seitdem ich an Stelle des Zentralverbandes den Arbeitsnachweis des Vereins der Hausknechte, Kontorboten, Packer u. s. w. zu mir nahm, auf alle erdenkliche Weise verdächtigen, überhaupt nicht erbringen.

Carl Sass, Große Reichenstraße 34.

Die Unterzeichneten, welche vom Verein der Hausknechte, Kontorboten u. s. w. mit der im Versammlungsbericht der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter erwähnten Aushülfsarbeit betraut wurden, erklären, nie eine derartige oder ähnliche Aeußerung, wie die im Bericht erwähnte, Herrn Gebert gegenüber gethan zu haben.

F. Burmann, K. Gerck, P. Wulff,
W. Prehn.

An sämmtliche Klubs und Vereine von Hamburg, Altona und Umgegend.

Unterzeichneter Verein hatte beschlossen, Weihnachten ein Vergnügen zu veranstalten, und zwar bei Herrn Eschke (Borgert's Gesellschaftshaus) in Hamburg, Schauenburgerstraße. Nachdem wir uns mit diesem Herrn über die nöthigen Arrangements u. dergl. geeinigt hatten, stellte er dem Verein sein Lokal (großer Saal) zum 2. Weihnachtstag von 3 Uhr an zur Verfügung. Als nun am genannten Tage, Nachmittags, das Festkomite erschien, um noch einige Sachen zu ordnen — das Fest sollte erst um 6 Uhr beginnen — erhielt dasselbe die überraschende Mittheilung, daß der Saal noch an einen anderen Verein vergeben sei, das Vergnügen daher nicht stattfinden könne, oder der Klub müsse sich mit dem daselbst befindlichen kleinen Saal (etwa 50 Personen fassend) begnügen. Dieses Anerbieten anzunehmen, war jedoch unmöglich, weil zu dem Vergnügen über zweihundert Personen kommen wollten. Daher mußte also das Vergnügen unterbleiben. Jeder wird sich das Unangenehme, besonders für die Damen, vorstellen können, die weitere Wege bei nassem, kalten Wetter vergebens machten. Und das Alles wegen des eigenartigen Handelns eines Wirthes, welcher wohl glaubte, bei Ueberfüllung seines Lokals (Herr Eschke hatte nämlich sein Lokal auch noch an einen dritten Verein, „Oberon von 1885", vergeben) auf Kosten des Publikums ein enormes Geschäft zu machen. Zu alledem kommt noch hinzu, und das ist der eigentliche Zweck dieser Veröffentlichung, darauf aufmerksam zu machen, daß ein Verein einen solchen Wirth für gehabte Auslagen u. s. auch nicht belangen kann, da nach § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein Verein nur dann gerichtlich vorgehen kann, wenn derselbe die Rechtsfähigkeit einer juristischen Person besitzt. Und das dürfte wohl bei den wenigsten Vereinen der Fall sein.*) Zu näheren Auskünften ist gerne bereit

Der Vorstand
des Klubs der Zigarren-Sortirer von 1885.
J. A.: **R. Bäthge,**
1. Vorsitzender,
Billwärder a. d. Bille 118.

*) Bei nicht eingetragenen Vereinen empfiehlt es sich, wenn nur eine Person die Abmachungen, und zwar schriftlich und auf seine Rechnung und Gefahr trifft. Diese Person kann in Fällen, wie der vorliegende, sehr wohl auf Schadenersatz klagen. Die Redaktion.

Vereine und Versammlungen.

Barmbeker Arbeiter-Turnverein von 1893. Generalversammlung am 18. Januar im Vereinslokal, Am Markt 29. Anwesend waren 65 Mitglieder. Den Kassenbericht erstattete Dietzold. Danach war die Jahreseinnahme *M.* 1307,20, die Ausgabe *M.* 1127,61. Dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß wir ein ziemlich günstiges Jahr gehabt haben. Es fanden statt 10 Monats-, 2 Generalversammlungen und 14 Vorstandssitzungen. Mitgliederbestand 90 Turnende und 38 passive Mitglieder. Geturnt haben an 90 Turnabenden 3813 Mitglieder, im Durchschnitt 42. Turnfahrten fanden 4 statt. Betheiligung durchschnittlich 52 Turner. Sämmtliche Vorstandsmitglieder wurden hierauf entlastet. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Alb. Reinhold, 2. Turnwart R. Mai, 1. Kassirer P. Mai, 1. Schriftwart H. Horn, 1. Zeugwart A. Jansen, 2. Schriftwart Gust. Beckmann, 2. Zeugwart Stegmann, 2. Vorsitzender E. Eggers, 2. Turnwart L. Holland, Revisoren: Matthießen, Sander und A. Oettinger, Hülfskassirer: F. Bötz, E. Voigt und A. Walter. Der Name des Vereins lautet jetzt: „Barmbeker Turnverein von 1893". Als Delegirte zum Bezirksturntag in Hamburg wurden H. Horn und J. Sander gewählt. Auf Antrag des Vorstandes wurden dem Trommler- und Pfeiferkorps jährlich *M.* 40 aus der Vereinskasse bewilligt.

Tapezierer. Oeffentliche Versammlung vom 23. Januar. Pempel, Altgeselle, erklärt, daß sich der Gehülfenausschuß beschwerdeführend an die zuständige Behörde gewendet hat. Ihm wurde die Antwort zu Theil, daß die Innung zu ihrem Vorgehen vollkommen berechtigt sei, also der Gehülfenausschuß zu ihren Maßnahmen überhaupt nichts zu sagen habe; ferner, daß der Ausschuß nicht berechtigt sei, sein Mandat niederzulegen, sondern seine Amtsdauer auszuhalten hat und jedes Zuwiderhandeln bis zu *M.* 30 à Person bestraft werden kann. Redner erklärt hierauf, daß es nun an den Kollegen selbst liege, zu handeln, wo sich die Situation so zugespitzt habe. M. machte hierauf bekannt, daß, um die Meinung eines Jeden zu hören, kein Vortrag auf die Tagesordnung gesetzt ist. Er bittet die Kollegen, sich recht rege an der Diskussion zu betheiligen und führt nachdem aus, daß wir leider nicht in der Lage gewesen sind, den Schlag der Zwangsinnung sofort zu pariren, weil wir nicht genügend organisirt gewesen sind, da der größte Theil der Kollegen dem kleinen organisirten Häuflein theilnahmlos zugesehen hat. Das Vorgehen der Innung ist nun der Lohn dafür; sie hat angefangen, uns den Fuß in den Nacken zu setzen und besitzt die Macht, mit uns zu machen, was sie will; sie kann die Arbeitszeit verlängern, den Lohn reduziren, und alles dies hätten sich die Kollegen selbst zuzuschreiben. Es kommt nun darauf an, was wir zum Frühjahr machen wollen. Wollen wir nur gegen die Machenschaften der Zwangsinnungsmeister betreffs des Arbeitsnachweis-Büreaus vorgehen, oder wollen wir noch anderweitige Forderungen daran knüpfen? M. macht den Vorschlag, eine Lohnkommission zu wählen. B. bezweifelt, daß das nöthige Interesse der Gehülfenschaft da ist, da die letzte öffentliche Versammlung so schwach besucht war. An der Debatte betheiligen sich die Kollegen sehr lebhaft und bringen Mißstände der verschiedensten Art vor. In der einen Werkstätte arbeiten die Kollegen 11—12 Stunden bei einem wöchentlichen Verdienst von 17 bis 18 Mark, in der anderen müssen sie Sonnabends Abends Ueber- ja selbst Nachtstunden machen, allerdings unbezahlte, nur um ihren Lohn zu bekommen. Den Höhepunkt erreichte ein Meister, der seinem Gehülfen zumuthete, doch seine Uhr zu versetzen, damit er Franzen für das in Arbeit befindliche Stück Möbel kaufen könne. Der Vorschlag, eine Lohnkommission zu wählen, wurde hierauf einstimmig angenommen und dazu 19 Kollegen gewählt. Zur Deckung der Tageskosten ergab eine Tellersammlung *M.* 16,35.

Deutsche Gärtner-Vereinigung, Zahlstelle Altona. Mitgliederversammlung am 20. Januar bei Wüpper. Nach Genehmigung des Protokolls hält Abauctus einen 1½stündigen interessanten Vortrag über Heinrich Heine. Er gab eine Biographie über den Dichter und zitirte mehrere Stellen aus dessen Werken. Er schloß seinen Vortrag, welcher durch reichlichen Beifall gelohnt wurde, mit den Worten Heines: „Ein Posten ist vakant! — Die Wunden klaffen — Der Eine fällt, die Andern rücken nach — Doch fall' ich unbesiegt und meine Waffen — Sind nicht gebrochen — Nur mein Herze brach." Haucke dankte für den Vortrag und ermahnte zu reger Agitation für das Frühjahr. Hierauf wurde die Abrechnung pro 4. Quartal verlesen, von den Revisoren bestätigt und dem Kassirer Decharge ertheilt. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erledigt, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Eine öffentliche Gärtnerversammlung tagte aus Anlaß der bevorstehenden Generalversammlung der deutschen Gärtner-Vereinigung am 27. Januar bei Fick, Rosenstraße. Kollege Reitt sprach an Stelle des verhinderten Kollegen Müller über das Thema: „Auf welchem Wege können wir am erfolgreichsten unsere Lage verbessern?" Referent führt u. A. aus, daß die eigentliche Veranlassung zu diesem Thema der Antrag Janzon (Anschluß an den Allgemeinen deutschen Gärtner-Verein) gegeben hat. Er könnte diesem Antrage keinen Geschmack abgewinnen, denn wenn man die beiden Organisationen betrachte, so sei doch ein gewaltiger Unterschied vorhanden. Die deutsche Gärtner-Vereinigung sei zwar die schwächere Organisation, doch stehe derselben die ganze klassenbewußte Arbeiterschaft zur Seite, da sie auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, während die andere sich so stark brüstende Organisation nur dahin bestrebt ist, die Bahnen zu wandeln, in welchen den Herren Prinzipalen nicht zu nahe getreten wird. Darum sei Redner für ein Zusammenschmelzen beider Vereinigungen nicht zu haben. Auch für den Elfstundentag wird jetzt im Lager des Allgemeinen recht kräftig in's Horn gestoßen, doch soll dieser mit den Herren Arbeitgebern geregelt werden, bis sie selbst bewilligen. Doch dies kann lange dauern. Kollege P., der zweite Redner, bedauert unser Zusammengehen mit jenen Leuten in Betreff der Sonntagsruhe, da wir mit Leuten, die auf ein so tiefes Niveau herabgesunken sind, nicht zusammengehen dürfen. Der Vorsitzende Behrbohm richtet, nachdem noch Pätz, Albrecht und Rieke im Sinne des Referenten gesprochen, noch einen kräftigen Appell an die Anwesenden, endlich einmal den alten Dünkel abzulegen, und in die deutsche Gärtner-Vereinigung einzutreten. Dies sei die einzige Organisation, mit der die Gärtner auf eine Verbesserung ihrer Lage hinarbeiten können. Er schloß mit den Worten Heinrich Heines: „Ein neues Lied, ein bess'res Lied" u. s. w., die von zirka 150 Personen besuchte Versammlung. Eine Tellersammlung ergab die Summe von *M.* 7,65.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 2. Februar. (W. T. B.) Der Polizeipräsident veröffentlicht im „Reichsanzeiger" eine Bekanntmachung, wonach das am 24. Januar in Folge Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche erlassene Verbot, Schweine aus dem Berliner Viehhof abzutreiben, aufgehoben wird.

Prag, 2. Februar. (W. T. B.) Die Lage im Ausstandsgebiete ist nahezu unverändert. In Bruck ist die Thätigkeit der Ortsgruppe des Fachverbandes der Bergarbeiter Böhmens wegen Einflußnahme auf die Streikbewegung behördlich eingestellt worden. Gegen zwei Mitglieder des Streikkomites in Unter-Reichenau wurde wegen Bedrohung Arbeitswilliger das Strafverfahren eingeleitet. Die Ruhe ist nirgends gestört.

Budapest, 2. Februar. (W. T. B.) Die Maul- und Klauenseuche ist, wie das „Ung. Corr.-Bür." meldet, in Ungarn jetzt vollständig erloschen.

Rom, 2. Februar. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Auf die Anfrage des Deputirten Jocci (radikal), warum die Regierung das Erscheinen des Studentenmanifestes, das den antiklerikalen Universitätenkongreß nach Rom einberief, verhinderte, erklärt der Unterstaatssekretär Bertolini, die Regierung verbot das Manifest und den Kongreß nicht nur aus Rücksicht auf das heilige Jahr, sondern auch, weil Anarchisten an dem Kongreß theilgenommen haben würden. (Beifall.)

Konstantinopel, 2. Februar. (W. T. B.) Gestern Nachmittag wurde ein mit dem Postzuge eingetroffener und an die französische Post adressirter Briefbeutel mit Einschreibebriefen erbrochen aufgefunden. Die an hiesige Bankhäuser adressirten Briefe waren erbrochen und des Inhaltes beraubt. Welche Beträge geraubt wurden und wo die That verübt worden ist, ist noch nicht festgestellt.

Der Krieg in Südafrika.

Berlin, 2. Februar. (H. C.) Die „Central News" melden aus Durban vom Montag: Von der Armee des Generals Buller beginnen jetzt die in den Gefechten vom 23. und 24. Januar verwundeten Soldaten von der Front hier mit der Eisenbahn einzutreffen. Der erste Transport bestand aus 30 Offizieren und 115 Mann.

Bei Kimberley wurde Jordaan, der Privatsekretär von Cecil Rhodes, gefangen genommen und nach Bloemfontein gebracht. Er war der Träger mündlicher Botschaften.

Die Sammlungen des Rothen Kreuzes für die Pflege der verwundeten Boeren haben bisher eine Summe von *M.* 175 000 ergeben.

Budapester Meldungen zufolge ist aus Temesvar Leutnant Belapuhl nebst 30 Kameraden mit Erlaubniß des Ministers nach Transvaal zur Boerenarmee abgereist.

Briefkasten.

Streitende Frauen. Göttingen gehört zur preußischen Provinz Hannover.

Scholeser, Herderstraße. Lassen Sie die Geschichte nur jetzt ruhen; es kommt doch nichts mehr dabei heraus, und Sie und Ihre Frau hätten nur Laufereien und sonstige Scheereien.

333. Die Zinsen gehen bis zur vollständigen Tilgung der Schuld weiter, werden aber natürlich immer geringer, da die Schuldsumme kleiner wird.

Unwissender aus Altona. Wenden Sie sich wegen der Angelegenheit an Herrn M. Harm, Altona, Wilhelmstraße 11, II.

Ein vergnügter Sachse. 1) Nein; der Sohn kann mit Eintritt der Volljährigkeit (21 Jahre) sein Geld selbst verwalten. 2) Mit 25 Jahren.

Heitmannstraße. 1) Gift verordnen Beide, Allopathen in größeren, Homöopathen in sehr geringen Dosen. Vergessen Sie aber nicht, daß nicht jede Medizin Gift ist. 2) 1. Mai.

Justitia. In der Antwort in gestriger Nummer befindet sich ein Druckfehler. Es muß nicht heißen „angenommen" sondern „angemeldet".

J. Wenn Sie das Zirkular, in welcher Sie sich zu monatlicher Vorausbezahlung der Miethe verpflichten sollten, unterschrieben haben, dann müssen Sie auch jetzt die Februarmiethe zahlen, oder Sie haben Klage auf Zahlung eventuell auf sofortige Räumung zu gewärtigen. Daran wird auch dadurch nichts geändert, daß Sie noch in Kündigung nach dem alten Recht stehen.

F. D. Sie sind schuldig, bis zum Ablauf der Kontraktsdauer zu zahlen, auch wenn kein schriftlicher Kontrakt abgeschlossen worden ist.

Nr. 1. Mittels Beils, nicht Fallbeils.

W. Dämel. Wenn nichts abgemacht, dann besteht 14tägige Kündigung.

Ein Vorsichtiger. 1) In erster Linie können Sie Anzeige bei der Polizei machen, auch durch Klage ein Verbot erzielen, dessen Uebertretung bestraft wird, und dann — Ihre Mobilien u. s. w. gegen Feuer versichern. 2) Wenn darüber nichts Anderes abgemacht ist, dann müssen Sie Ihre Wohnung zwecks anderweitiger Vermiethung entweder an drei Tagen in der Woche je zwei Stunden, oder an zwei Tagen je drei Stunden besichtigen lassen.

Im Voraus Dankender. Invaliditätsversicherungspflichtig sind nur gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigte.

J. St. 500. Sie sind zur ganzen oder theilweisen Gewährung von Unterstützung an Ihre Mutter verpflichtet, soweit Ihnen dies möglich ist, ohne dadurch Ihrer Familie Nothwendiges zu entziehen. — Verpflichtet können Sie zum Erscheinen nicht werden. — „1899" ist wohl nur ein nichtsbedeutender Schreibfehler.

Eimsbüttel. Ist fraglich, wie die Gerichte in solchen Fällen erkennen werden; wir glauben, daß dies Recht mit 1899 sein Ende erreicht hat.

H. Kröger. Die Veröffentlichung Ihres Eingesandt müssen wir ablehnen. Wer dem betreffenden Verein beitreten will, wird sich von den Gründen, die Sie vorgebracht haben, die übrigens auch schon von den Gründern und den Agitatoren des Vereins besprochen worden sind, sicher nicht davon abhalten lassen. Wir würden nach Abdruck Ihres Manuskripts auch von einer Fluth von Einsendungen überschüttet werden, in denen die bereits zum Ueberdruß breitgetretene Sache immer noch breiter getreten würde, ohne daß etwas Neues zu Tage käme.

H. K., Barmbek. Wenn der Gerichtsvollzieher die Sachen Ihres Einlogirers mit versiegelt, trotzdem Sie ihm gesagt haben, daß sie dem Einlogirer gehören, dann bleibt weiter nichts übrig, als daß Letzterer die Klage auf Herausgabe der zu Unrecht gepfändeten Sachen beim Amtsgericht anstrengt, wenn eine Aufforderung zur Freigabe an den Gläubiger erfolglos war.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und ausgehende Schiffe.
(Deutscher Reichstelegraph.)
(Nachdruck verboten.)

Cuxhaven, 2. Februar, Vormittags.

Angekommen am 1. Februar.	Kapt.	Von
N. 9,30 Sultan (D.)	Truman	Hull
2. Februar.		
V. 8,10 Viola (D.)	Toaspern	London
„ Tinos (D.)	Starte	Odessa
9, 5 Iris (D.)	Lidstone	London
9,25 Ella Woermann (P.-D.)	Henneberg	Westafrika
9,40 Ethelbert (D.)	Wood	—

Tinos und Ella Woermann ankern hier. — 10 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 2. Februar.	Nach
V. 5,30 Maas (D.)	Rotterdam
8,30 Louis (norw. Bk.)	Pensacola
„ Blitz (Schlepper)	Bremen
„ Weserzeitung (Leichter)	do.
9,40 Primula (norw. Scho.)	—

Louis wurde durch Fairplay II bugsirt.
Wind: NO., mäßig. Wetter: bedeckt. — Barometer: 758. Thermometer: Null (R.).
Helgoland meldet: Wind: Ost, mäßig. Wetter: bedeckt. See: leicht bewegt.

Cuxhaven, 2. Februar, Nachmittags.

Angekommen am 2. Februar.	Kapt.	Von
V. 5,30 Federation (D.)	Sherwood	Goole
N. 12, 5 Urpeth (D.)	Kerslake	Newcastle
12,20 Minerva (D.)	v. Spreckelsen	London
„ Abington (D.)	Ravenburn	Blyth
12,55 Holderneß (D.)	William	Shields
1,25 Woodhorn (D.)	Watson	Blyth
1,45 Breslau (D.)	Browne	Leith
2,10 Minna (D.)	—	—

Von hier auf: 10½ Uhr Dampfb. Tinos; 12 Uhr Postdampfb. Ella Woermann; 12½ Uhr: Schlepper Fairplay; 2 Uhr Schlepper Tell. — Ferner auf: 1 Uhr Fischerfahrzeuge H. F. 164, 189, 140. — Eingekommen: Fischerfahrzeuge H. F. 39, 166, 15, 107, 163, S. B. 71. — 4 Uhr: Dampfboot in Sicht.

In See gegangen am 1. Februar.	Nach
N. 2,— Alnmere (D.)	Newcastle
2. Februar.	
V. 10,35 Sommerfeld (D.)	Algoa-Bay
11,50 Silvana (D.)	Helgoland
N. 12,55 Mercur (Schlepper)	Bremen
„ Nr 57 u 68 (Kähne)	do.
2,10 Ucayali (D.)	Iquitos

Ferner seewärts: Schlepper Neptun. — Abwärts gekommen: Schlepper Gnat, Goliath. — Aus See zurück: Schlepper Norderney, Fairplay 2, Albatros.
Wind: Ost, mäßig. Wetter: bedeckt. — Barometer: 758. Thermometer: Null (R.).

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

2. Februar	Kapt.	Von
V. 10,30 Margaretha (Segler)	Behrens	Aarhuus
„ Palmira (Segler)	Krautmann	Flensburg
„ Oat (Segler)	Stov	Nakskov
„ Wohlfahrt (Segler)	Schnoor	Sonderburg

Helgoland meldet: Wind: Ost, frisch. Wetter: bedeckt. See: mäßig bewegt.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

„Auguste Victoria", Kapt. Kaempff, ist am 1. d., 6 Uhr Nachm., von New-York in Funchal angekommen. — „Columbia", Kapt. Vogelgesang, ist am 1. d., 10 Uhr Morg., von Genua nach New-York abgegangen. — „Francia", Kapt. Kubls, am 30. Jan. in Havre angekommen, hat am 1. d., 12 Uhr Mittags, von dort die Reise nach St. Thomas rc. fortgesetzt. — „Andalusia", Kapt. Schoenfeldt, auf der Heimreise von Ostasien, ist am 1. d. in St. Nazaire angekommen. — „Savoia", Kapt. Jäger, auf der Ausreise nach Ostasien, ist am 2. d. in Penang angekommen. — „Herodot", Kapt. Woegens, ist ausgehend am 1. d. von St. Vincent weitergegangen. — „König", Kapt. Doherr, ist auf der Heimreise am 2. d. von Rotterdam abgegangen. — „Bruxellesville", Kapt. Heldt, ist auf der Ausreise am 1. d., 6 Uhr Nachm., Vlissingen passirt. — „Lothar Bohlen", Kapt. Rieck, ist auf der Heimreise am 1. d. in Lagos eingetroffen. — „Marie Woermann", Kapt. Schade, ist auf der Heimreise am 2. d. in Lagos eingetroffen. — „Meißen", Kapt. Bierck, von Hamburg und Antwerpen nach Australien, ist am 1. d. in Kapstadt angekommen. — „Alpha", Kapt. Lieuwen, ist ausgehend am 1. d., Nachm., in Rio Grande do Sul eingetroffen. — „Italia", Kapt. Scharmberg, von Hamburg nach New-York, passirte am 2. d., 10 Uhr Vorm., Dungeneß. — „Drachenfels" ist von Cardiff nach Colombo und Scharlachberger von Calcutta nach Hamburg gedampft. — „Ilaro", Kapt. Barrow, auf der Heimreise von der Westküste Afrikas, ist am 31. Januar von Sierra Leone abgegangen. — „Petropolis", Kapt. Feldmann, ist ausgehend am 31. Jan., 9 Uhr Abends, Vigo passirt. — „Rabenstein", Kapt. Geerdes, ist ausgehend am 1. d., Mittags, in Oran angekommen. — „General", Kapt. Gaube, ist auf der Ausreise am 1. d. in Delagoa-Bay eingetroffen. — „Reichstag", Kapt. Christiansen, ist auf der Ausreise am 1. d. in Vlissingen eingetroffen. — „Cintra", Kapt. Duken, ist am 1. d. in Oporto angekommen. — „Sachsen", Kapt. Mentz, von Ostasien kommend, ist am 1. d., Nachm., in Shanghai angekommen. — „Preußen", Kapt. Heintze, von Ostasien kommend, ist am 1. d., Vorm., in Suez angekommen. — „Prinz Heinrich", Kapt. Suomer, hat am 1. d., 7 Uhr 30 Min. Morgens, die Reise von Southampton nach Antwerpen fortgesetzt. — „Hannover", Kapt. Jantzen, ist am 1. d., 8 Uhr Morgens, in Baltimore angekommen. — „Ellen Rickmers", Kapt. Dewers, ist am 1. d., 8 Uhr Morgens, von Baltimore nach der Weser abgegangen. — „Bamberg", Kapt. Mayer, von Ostasien kommend, ist am 1. d., Vorm., in Hamburg angekommen. — „Königsberg", Kapt. Christiansen, von Ostasien kommend, ist am 1. d., Vorm., in Havre angekommen. — „Prinz-Regent Luitpold", Kapt. Walter, nach Australien bestimmt, ist am 1. d., 2 Uhr Nachm., in Antwerpen angekommen. — „Bremen", Kapt. Nierich, hat am 1. d., 1 Uhr 30 Min. Nachm., die Reise von Southampton nach Antwerpen fortgesetzt.

Anzeigen.

(Für den Anzeigentheil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Spreche hiermit allen Verwandten, Bekannten, dem Verband der Hafenarbeiter Deutschlands, Sektion der Schauerleute, sowie seinen sonstigen Kollegen für die Theilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank aus.

Frau Claussen Wwe.

Unterstützungs-Institut in Sterbefällen Nr. 41.

Gegründet 1873.

General-Versammlung

am Sonnabend, 24. Febr., Abds. 8½ Uhr, bei A. Kammeyer, Zeughausmarkt 31.

Tages-Ordnung:

1) Kassenbericht. 2) Wahl des Vorstandes. 3) Wahl der Revisoren. 4) Verschiedenes.

Der Vorstand.

Das Mitgliedsbuch ist am Eingange vorzuzeigen.

Arbeitsmarkt

Gesucht für dauernd

6 bis 8 tüchtige Bootsbauer,

selbstständige Arbeiter, im Ruderboots- u. Holzbarkassenbau erfahren, in eine neuerrichtete Bootsbauerei mit masch. Betrieb **für sofort** bei hohem Lohn.

Gefl. Offerten sind an die Bootsbauerei von **Karl Friedrich, Bad Kösen an der Saale,** zu richten.

Ein Sohn anständ. Eltern, der Ostern die Schule verl., w. d. Zigarrenmachen zu erlern. **Voss,** Gr. Brunnenstr. 162 a, I., Ottensen.

Ein 16jähr. Knabe, Sohn ordentl. Eltern, w. Ostern die Schule verl., w. d. Zigarrenmachen, mögl. i. d. Nähe d. Rödingsmarktes, zu erlernen. Rödingsmarkt 48, K. **Saggau.**

Ges. Rapperstr. ½ T. M. 5,50. Vereinsstr. 29, III. l.

Ein Zigarrenm. w. Hausarbeit geg. Kaution n. Sande bei Bergedorf. 2. Durchschnitt 24.

Ges Zig.-Arb. M. 14. Breitestr. 114, I., Altona.

Verbands-Kollegen Altonas.

Morgen, Sonntag, Nachmitt. 3 Uhr, findet das Prüfungsschneiden des Zuschneidekursus statt im Lokale der Wittwe Ebler, Norderstraße Nr. 37. Nach dem Prüfungsschneiden gemüthlicher Unterhaltungsabend. Sämmtliche Kollegen nebst Damen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Die Kommission.

Jetzt

im

Saison-Ausverkauf

bietet sich eine günstige Gelegenheit, gute Waaren zu billigen Preisen zu kaufen.

Es sollen und müssen

schnellstens geräumt

werden:

Herren-Anzüge	jetzt nur M.	8 an
Herren-Anzüge	jetzt nur M.	12 an
Herren-Paletots	jetzt nur M.	6 an
Herren-Paletots	jetzt nur M.	12 an
Herren-Hosen	jetzt nur M.	2 an
Herren-Jackets	jetzt nur M.	3 an
Burschen-Anzüge	jetzt nur M.	4 an
Knaben-Anzüge	jetzt nur M.	2 an

Salon- und Gehrock-Anzüge, sowie Peterinenmäntel in großer Auswahl zu jedem nur annehmbaren Gebot.

Fracks, Kellnerjacken, schwarze Hosen **spottbillig.**

Kaufhaus Germania

15 Stadthausbrücke 15.

Abends bis 10 Uhr geöffnet.

Wir empfehlen:

Lichtstrahlen der Poesie.

Gedicht-Sammlung, ausgewählt von **Max Kegel,** illustrirt von **Otto Emil Lau.** In elegantem Prachtband mit Goldschnitt M. 3.—

Deutsche Arbeiter-Dichtung.

Eine Auswahl Lieder und Gedichte deutscher Proletarier.

1. Band: Gedichte von **W. Hasenclever, K. E. Frohme** und **Rdolf Lepp.**
2. Band: Gedichte von **Jakob Audorf.**
3. Band: Gedichte von einem Namenlosen.
4. Band: Gedichte von **Max Kegel.**
5. Band: Gedichte von **Andreas Scheu.**

Preis pro Band elegant gebunden M. 1,—.

Gedichte von Wilhelm Houtz.

In elegantem Prachtband M. 1,50.

Gedichte von Albert Dulk.

Ausgewählt aus seinem Nachlaß. In elegantem Prachtband M. 1,50.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.

Große Theaterstraße 44

Sozialdemokratischer Verein für den I. Hamburger Wahlkreis.

Distrikts-Versammlungen.

1. Distrikt: Freitag, den 9. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Fiek,** Rosenstraße 37.

2. Distrikt: Donnerstag, den 8. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale der Wittwe **Hahnkamm,** Niedernstraße 79.

3. Distrikt: Dienstag, den 6. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Bernau,** Bei den Mühren 81.

4. Distrikt: Donnerstag, den 8. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Kröger,** Brennerstraße 25.

5. Distrikt: Dienstag, den 6. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Kröger,** Brennerstraße 25.

6. Distrikt: Donnerstag, d. 8. Febr., Abds. 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Hannemann** (Wend's Klub- u. Ballhaus), Bauksstr. 51/53.

7. Distrikt: Freitag, den 9. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale von **Speicher's Klub- und Ballhaus,** Grünerdeich.

Tagesordnung in sämmtlichen Versammlungen:

1) Vortrag. 2) Abrechnung und Bericht. 3) Wahl der Distriktsführer und der Bezirksführer, sowie deren Stellvertreter. 4) Organisation und Agitation.

Um recht zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand.

Hamburg-Altonaer Anstalt für Naturheilverfahren.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Hamburg, St. Pauli, Altonaerstr. 10. **Hamburg, St. Georg,** Böckmannstr. 37.

Wir zeigen hierdurch an, daß an Stelle des Herrn Dr. Heinr. Schmidt Herr Dr. L. Linkenheld die ärztliche Leitung unserer Anstalten mit übernommen hat. Sprechstunden von 4 bis 5 Uhr in der Anstalt St. Georg. Sonntags von 9½ bis 10½ Uhr.

Neustraße 36/40, Hohenfelder Park,

jetzt Isfiandstraße, sind noch

per 1. April und 1. Mai

einige Wohnungen à 3 Zim. nebst Zubeh. à M. 320—350 zu verm. Näh. das.

Soeben erschien in unserem Kommissionsverlage:

Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe

von 1865 bis 1890.

Zusammengestellt, bearbeitet und herausgegeben von

Heinrich Bürger.

576 Seiten stark. Preis broschirt **3 Mk.**

Das Buch dürfte nicht allein in Hamburg-Altona und Umgegend, sondern überall in der Gewerkschaftswelt lebhaftes Interesse erwecken und besonders auch dem Sozialpolitiker sehr willkommen sein.

Auszug aus dem Inhaltsverzeichniss:

1. Organisationen und Bewegungen in Hamburg vor 1865. 2. Lohnbewegungen des Jahres 1865. 3. 1866 bis 1871. 4. Unter der Gründerperiode. 5. Unter der Krise. 6. Die wirthschaftlichen Verhältnisse 1879 bis 1889. 7. Der sozialpolitische Kurs. 8. Entwickelung der Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe in den achtziger Jahren. 9. 1890. 10. Polizei und Gerichte im Kampfe gegen Gewerkschaften. 11. Unternehmerkoalitionen. — Schlusswort. — Ausserdem: Sachregister, Einführungsartikel, Tabellen und eine graphische Darstellung.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Wiederverkäufern hohen Rabatt!

In Ausstattung und im Preis der Bände des Hauptwerkes erschien das

Erste Jahres-Supplement zu

MEYERS KONVERSATIONS-LEXIKON.

Vermöge ihrer eigenartigen Einrichtung und Bearbeitung entsprechen die Meyerschen Jahres-Supplemente vollkommen der Bestimmung, das in fünfter Auflage abgeschlossene *Hauptwerk bis auf die unmittelbare Gegenwart fortzuführen.* Meyers Konversations-Lexikon wird somit auch weiterhin

das vollständigste und neueste Konversations-Lexikon

sein. Mit der archivalischen Aufstapelung, peinlichen Sichtung und klaren Anordnung des vielseitigen Stoffes ist aber auch zugleich eine umfassende

= Encyklopädie des Jahres =

geschaffen worden für alle, welche über die treibenden Kräfte und Strömungen ein Urteil gewinnen, sich über die Fortschritte auf allen Gebieten unterrichten wollen.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Herren-Garderoben

nach Maass.

Die **Stoff-Abtheilung** ist mit sämmtlichen Neuheiten der Frühjahrs-Saison versehen und empfehle Neuheiten in

Jacket-Anzügen nach Maass .	zu	39	44	51	u.	56 M.
Frühjahrs-Paletots nach Maass	zu	33	42	49	u.	54 M.
Herren-Hosen nach Maass . .	zu	9^{50}	12^{25}	14^{50}	u.	18 M.
Konfirmanden-Anzüge n. Maass	zu	25	32	39	u.	44 M.
Rock-Anzüge n. Maass in schwarz und farbig	zu	42	49	56	u.	62 M.

Jedes Maassstück wird nur in bester Verarbeitung und gut sitzend geliefert.

S. Meier, Posthof, Steinstrasse 104-108 neben Jacobikirche.

Reste in **Buckskin, Kammgarn** und **Cheviot,** 1—2 Meter, **sehr billig.**

Für e. Maler u. Zimmermann,

welche außerhalb Hamburgs selbstständig werden möchten u. über M. 1000—2000 verfügen, bietet sich e. nicht wiederkehr. Gelegenh. Zu erfr. nur Sonntag. Alt.-Ottensen, Holl. Reihe 101, Zig.-G.

Billig! Billig!

Neue u. getragene Herren-Garderoben sind zu Spottpreisen zu verkaufen im Lager Niedernstraße 65.

Empfehle mich den Zigarren-Hausarbeitern zur Annahme von kleinen Fuhren. A. Gerken, Fischers Allee 48.

Neue und elegante getrag.

Herren-, Damen- und Kindergarderoben aus nur herrschaftl. Häusern in großer Auswahl sollen jetzt zu nur **wirklichen Schleuderpreisen** verkauft werden. **Bartelsstraße 47, Ecke Susannenstraße, u. Schaarmarkt 24, Ecke Eichholz.**

Frau Schwarz.

Ia Engl. Leder-Hosen,

sowie sämmtliche **Arbeiter-Artikel,** nur eigene Anfertigung, empfiehlt zu bill. Preisen

Röhrendamm 100. Ph. Daltrop,

und **Erste Klosterstraße 16, am Meßberg.**

Margarine, feinste Marke, 50 bis 55 ₰ „Vitello", ff. geröstete Kaffees 60 ₰ bis M. 1,60, Thee M. 1,20 bis 4, Kakao M. 1,10 bis 2,—, neue Pflaumen 20 ₰, Brünellen 70 ₰, Pfirsiche 32 ₰, Aepfel 25 ₰, Birnen 40 ₰, feinkochende Hülsenfrüchte, gutes Weizenmehl 10 ₰, kleine Rosinen ohne Steine 30 ₰, Sukkade 50 ₰, Brennsprit Fl. 25 ₰, Ia. Maisstärke 20 ₰, Oelseife 14 ₰, 4 ℔ Soda 10 ₰. Rabatt-Bücher.

Henrik Schmidt & Co., Steindamm 85, Ecke Bergstr. I. Klosterstr. 2. Eppendorfer Landstr. 95, neben Ecke Martinistr. Hamm. Eilbeck, Conventstr. 6. Uhlenhorst, Canalstr. 34. Barmbeck, Ecke Hamburger- u. Wilhelminenstr.; Ecke Holst. Kamp. u. Vogelweide.

Jeder versuche Pedol, das unbedingt Beste bei Schweissfüssen und zur Fusspflege. Beseitigt den hässlichen Geruch der Füsse. **Pedol** Pedol schützt vor Erkältung. Originalflasche à M. 1.50, Probefl. à 50 Pfg., in Apotheken u. Drogenhandl. Gen.-Verte. Böninger & Berg, Hamburg, Neust., Neustrasse 6. Telephon 2233.

Klein-Flottbeker Park.

Sonntag: Grosser Maskenball

der Liedertafel „Fortuna", Kl.-Flottbek,

mit Aufführung. Anfang 7½ Uhr.

Es ladet freundlichst ein **Das Festkomite.**

Die Hammonia-Bierhalle in Eimsbüttel, Fruchtallee 108,

neben dem Vereinslokal, werde ich heute, Sonnabend, neu eröffnen. Jedermann wird es fortan bei mir gemüthlich finden. Nur gute Speisen und Getränke werden verabfolgt. Ich bitte die früheren werthen Gäste des Lokals, meine Freunde, Bekannte und Nachbarn, sowie das geehrte Publikum, mein Unternehmen unterstützen zu wollen und zeichne mit Hochachtung

P. Gilbert.

Alle Leute

die auf ihre Gesundheit achten, sollten an Stelle des schädlichen Bohnenkaffees Kathreiner's Malzkaffee trinken, oder doch zum Mindesten den Kaffee zur Hälfte mit Kathreiner mischen.

Warnung!

An Stelle des unübertroff. unübertrefflichen echten

Dr. Thompson's Seifenpulver

werden den Hausfrauen von den Händlern oft minderwerthige Produkte unterschoben. Man achte genau auf die Schutzmarke **„SCHWAN".**

Alleiniger Fabrikant:

Ernst Sieglin, Düsseldorf.



½ natürl. Grösse.

Vexir-Portemonnaie

mit fein vernickeltem Bügel, braun Moutonleder, 3 Fächer, sehr schön und solid gearbeitet, nur vom Eigenthümer zu öffnen, per Stück **Mk. 1,50.**

Mit Namen des Bestellers in Golddruckschrift 25 Pfg. mehr.

Gebrauchs-Anweisung liegt bei. Versand gegen Nachnahme.

Haupt-Katalog, 212 Seiten stark, über Stahlwaaren, Waffen, Werkzeuge, Haushaltungsgeräthe, Lederwaaren, opt. Waaren, Pfeifen, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Gold- u. Silberwaaren, Uhren etc. in gr. Auswahl umsonst u. portofrei.

E. von den Steinen & Cie., Wald bei Solingen 162

Stahlwaaren-Fabrik und Versandgeschäft.

Alte Garderoben.

In größter Auswahl! Merkur Reinigungs-Institut.

Neuer Steinweg 40. Feste Preise, kein Handeln.

1 Posten za. 50 Stück fast neue Stoffhosen, in Cheviot, Kammgarn 2c.	M. 2,—		
1 Posten za. 40 Stück fast neue Herren-Jackets in prima Stoffen .	„ 3	bis	5
1 Posten za. 25 Gehrock-Anzüge in Tuch, Cheviot und Kammgarn.	„ 8	„	13
1 Posten za. 27 einzelne Gehröcke und Salonröcke	„ 4	„	6
1 Posten za. 90 komplete Saison-Anzüge in Jacket-Form	„ 6	„	12
1 Posten za. 30 Stück hochfeine Satinhosen und Modestreifen.	„ 3	„	4

Neuester Glückserfolg!

Laut soeben erhaltenen **Telegramms** wurde meiner Filiale in Lübek **wiederum der grösste Haupttreffer** der **Wohlthätigkeits-Lotterie** zur Erhaltung des Siebengebirges von

Mk. 125000

auf Nr. **141529**

zu Theil.

Bekanntlich hatte ich nicht nur in verschiedenen Klassenlotterien schon **viele, viele Male das Vergnügen, meinen werthen Interessenten** die

„Prämien" und „Grossen Loose"

auszuzahlen, sondern auch in den z. Zt. stattgefundenen Ziehungen dieser Wohlthätigkeits-Lotterien wurde meine glückliche Kollekte mit den ersten Haupttreffern bedacht, als:

M. 600000	Anti-Sklaverei-Lotterie,	M. 400000	Trierer Geld-Lotterie,
M. 300000	Schlossfreiheit-Lotterie,	M. 202000	Lamberti-Lotterie,
M. 150000	Anti-Sklaverei-Lotterie,	M. 90000	Marienburger Lotterie,
M. 75000	Kölner Dombau-Lotterie,	M. 40000	Weseler Lotterie
u. s. w.		u. s. w.	

und kann ich mit Recht meine Kollekte zu einem Glücksversuch wiederholt auf's Angelegentlichste empfehlen.

Rob. Th. Schröder,

Bank- und Lotterie-Geschäft,

Altenwallbrücke 2—4. Filiale: St. Pauli, Reeperbahn 145.

Schröder's Glück ist kolossal!

Schröder's Glück war wiederum kolossal! Schröder's Glück war wiederum kolossal! Schröder's Glück ist kolossal!

Gebrauchte Möbel jeder Art sind zu billigen Preisen zu verkaufen im Lager Niedernstraße 65.

Hochzeitslieder, Toaste, Festspiele u. s. w. Arnoldstr. 59, pt. r., Ottensen. Sprechz. b. 5 Uhr.

Prima Oelseife in Dosen von 3 ℔ und 5 ℔ **frei Haus, pr. ℔ 18 ₰.**

Gebr. Paepcke,

Holst. Kamp 24.

Telephon 1337, Amt III.

Heute, sowie jeden Sonnabend: **Preis-Skat.** **F. W. Rienau,** Feldstr. 53, St. P.

Heute, sow. jed. Sonnabend: **Gr. Preis-Skat.** **E. Bergmann,** Stiftstr. 52, St. G.

Gr. Geld-Preis-Skat

heute, Sonnabend, Abds. 8½ Uhr. C. Brunsendorf, Gastwirthschaft, **Barmbek,** Ecke Rönnhaid- u. Diederichstraße.

Heute Abend 9 Uhr:

Gr. Preis-Skat.

Ernst Timm,

Ecke Allee und Georgstraße, Altona.

Preis-Skat

heute, Sonnabend, 3. Februar, Abends 9 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein **Chr. Reverey,** Große Brunnenstraße 57, Ottensen.

Heute, Sonnabend, Abends 9½ Uhr:

Preis-Skat.

G. Krüger, Silbersackstraße 16.

Bürgerlicher Mittagstisch 60 ₰, Frühstück u. Abendessen v. 30 ₰ an. Klubzimmer. Kurt Fröhlich, Fuhlentwiete 21, vis-à-vis Amelungstraße.

Im- und Export-Schlachterei,

Ecke Werftstraße und Groß-Neumarkt.

Ochsenfleisch	50 ₰
Rollfleisch	70 ₰
Ia. Dünne Lang	70 ₰
Beefsteak	1 M.
Steertstück u. Ochsenrippe	60 ₰
Ochsenhack	50 ₰
Schweinefleisch u. Schinken	60 ₰
Karbonade	75 ₰
Hammelfleisch	55 u. 60 ₰
Keule	65 ₰
Kalbfleisch	60 u. 65 ₰
Kalbskeule	70 ₰
Karbonade	80 ₰
Flohmen	45 ₰

Halbfette Kalbskeulen

30, 35, 40 und 45 ₰ per Pfund. 6 Brüderstraße 6, 4. Haus von der Werftstraße rechts.

Empfehle allen Genossen, Freunden und Bekannten meine

Destillation u. Bierlokal

Reeperbahn 123.

Peter Krassmann.

Theater.

Sonnabend, den 3. Februar:

Stadt-Theater. Mittags-Vorstellung. Anfang 1½ Uhr. **5. Vorstellung klassischer Werke f. Schüler. Die Nibelungen,** ein deutsches Trauerspiel, von Friedrich Hebbel. 1) **Der gehörnte Siegfried,** Vorspiel in 1 Akt. 2) **Siegfrieds Tod,** Trauerspiel in 5 Akten. Ueber sämmtliche Plätze des Theaters ist bereits verfügt. — Abends 7½ Uhr: **Margarethe,** Oper in 4 Akten, von Gounod. Große Preise.

Thalia-Theater. Doktor Klaus, Lustspiel in 5 Akten, von L'Arronge. Zu ermäßigten Preisen. Anfang 7½ Uhr.

Altonaer Stadt-Theater. Ramadon, Schwank in 1 Akt, von Emil Peschkau. Hierauf: **Onkel Toni,** eine Komödie in 4 Akten, von C. Karlweis. Mittel-Preise. Anfang 7 Uhr.

Carl Schultze-Theater. Anf. 7½ Uhr. **Gastspiel** des Herrn **Ferry Sikla-Silberberg** vom Stadttheater in Hannover. **Boccaccio,** Operette in 3 Akten, von Fr. v. Suppé.

Sonntag, Anf. 7½ Uhr: **Waldmeister.** Nachm. 3½ Uhr, bei sehr ermäßigten Preisen: **Die kleinen Michus.**

Theater Centralhalle. Anf. 7½ Uhr. Zum 15. Male: Neueste Sensations-Novität. In glänzender Ausstattung und großer Massen-Entfaltung. **Der Minenkönig v. Transvaal,** gr. Zeitgemälde mit Ballet in 12 Bildern, von Gustav Albert.

Ernst Drucker-Theater. Anfang 7½ Uhr. Zum 23. Male: **Das Originellste, was bisher das Ernst Drucker-Theater geboten. Citronen-Jette,** oder: **Ein weibliches Original,** große Hamburger Volksposse mit Gesang und Tanz in 8 Bildern, von Th. Franke. — Citronen-Jette: **Wilhelm Seybold.**

Sonntag, den 4. Februar:

Stadt-Theater. Mittags-Vorstellung. Anfang 1 Uhr. **5. Vorstellung im „Schiller-Zyklus".** Zu ermäßigten Preisen. **Wallensteins Lager,** dramatisches Gedicht in 1 Akt, von Schiller. Hierauf: **Die Piccolomini,** Schauspiel in 5 Akten, von Schiller. — Abends 7 Uhr: **Tannhäuser,** Oper in 3 Akten, von Wagner. Große Preise.

Thalia-Theater. Nachmittags 3 Uhr: **Kean,** oder: **Genie und Leidenschaft,** Lustspiel in 5 Akten, nach dem Französischen des Dumas, von Barnay. Ermäßigte Preise. — Abends 7½ Uhr: **Der Tugendhof,** Lustspiel in 4 Akten, von Skowronnek. Vorher: **Die stille Wache,** Schwank in 1 Akt, von Skowronnek.

Altonaer Stadt-Theater. Die Bekenntnisse, Lustspiel in 3 Akten, von Bauernfeld. Hierauf, zum 7. Male: **Die Goldgrube,** Schwank in 3 Akten, von Laufs und Jacoby. Mittel-Preise. Anfang 7 Uhr.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 28.

Sonnabend, den 3. Februar 1900.

Redaktion und Expedition: **Hamburg, Große Theaterstraße 44.** — Verantwortlicher Redaktör: **Gustav Wabersky** in **Hamburg.**

Aus den Parlamentskommissionen.

Die Unfallversicherungs-Kommission des Reichstages setzte am Donnerstag ihre Berathungen beim § 5a fort, welcher die Leistungen an den Verletzten aufführt. Hierzu beantragen die Sozialdemokraten den Zusatz: „Die Pflicht zur Gewährung der Heilmittel und der Hülfsmittel umfaßt auch die Pflicht zur Instandhaltung und Erneuerung der Heil- und Hülfsmittel.“ Abgeordneter Stadthagen begründete diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß der Verletzte zwar derartige Hülfsmittel, wie Krücken, geliefert erhalte, daß aber deren Instandhaltung und Erneuerung von den Berufsgenossenschaften abgelehnt worden sei. Der Antrag bezwecke, über die diesbezügliche Pflicht der Berufsgenossenschaften Klarheit zu schaffen. Der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky, erklärte ausdrücklich, daß nach dem Wortlaut und Sinn des Gesetzes in der That der sozialdemokratische Antrag die diesbezügliche Pflicht der Berufsgenossenschaften richtig präzisire. Auf eine Einwendung von nationalliberaler Seite schränkte der Staatssekretär seine Erklärung dahin ein, daß dann, wenn erwiesenermaßen der Verletzte die Krücken u. s. w. vorsätzlich unbrauchbar gemacht habe, ein Ersatz seitens der Berufsgenossenschaft nicht zu verlangen sei.

Die Rente soll „für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit“ gewährt werden. Die Sozialdemokraten verlangen die Rente für die Dauer des Schadens. Ein Unfall habe nicht immer einzig und allein eine Einbuße an Arbeitsfähigkeit zur Folge, so führte der Abgeordnete Stadthagen aus, sondern schädige den Arbeiter auch oft darüber hinaus. Bezüglich der Höhe der Rente verlangen die Sozialdemokraten in erster Linie, daß die Arbeiter genau so entschädigt werden, wie in Deutschland nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch jeder andere Mensch, denn zu einer Benachtheiligung der Arbeiter liege kein Grund vor. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages verlangen die Sozialdemokraten, daß wenigstens bei völliger Erwerbsunfähigkeit eine Rente in der Höhe des bisherigen Lohnes gezahlt werde. Hiergegen wendete sich namentlich der freisinnige Abgeordnete Schmidt-Elberfeld. Die Unfälle seien ganz und gar nicht zu vergleichen mit dem von einem Dritten zugefügten Schaden. Die Rente soll nicht den vollen Arbeitsverdienst erreichen, weil ja die Abnahme des Verdienstes eines Arbeiters bei zunehmendem Alter nicht abgezogen werde. Abgeordneter Hoch erinnerte daran, daß bei der Rente, abgesehen von den jugendlichen Arbeitern, auch nicht die Zunahme des Verdienstes bei günstigen Gelegenheiten berücksichtigt werde und daß ferner nach der ganzen Entwicklungsgeschichte des Unfallgesetzes die Arbeiter in der That einen vollen Ersatz des ganzen Schadens zu verlangen haben. — Die Rente in der Höhe von 66⅔ pZt. des Arbeitsverdienstes soll nach dem Entwurf als „Vollrente“ bezeichnet werden. Die Sozialdemokraten beantragten hierfür die Bezeichnung als Arbeiterrente bezw. Höchstrente. Es sei, betonte der Abg. Stadthagen, gradezu eine Verdrehung der Thatsachen, die im gewerblichen Leben als unlauterer Wettbewerb strafbar wäre, wenn eine ⅔-Rente als Vollrente bezeichnet werde. Die Theilrente soll nach dem Entwurf denjenigen Theil der Vollrente betragen, welche dem Maße der durch den Unfall herbeigeführten Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht. Abg. Hoch beantragte, die alte Fassung beizubehalten, nach welcher als Theilrente gilt ein Bruchtheil der Höchstrente, welche nach dem Maße der verbliebenen Erwerbsfähigkeit zu bemessen ist. Er rechnet vor, daß nach der Fassung des Entwurfs in den meisten Fällen die zum zweiten Male verunglückten Arbeiter schwer geschädigt würden, weil ihnen die durch den ersten Unfall herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit nach dem zweiten Unfall doppelt abgezogen werde. Der württembergische Bevollmächtigte, Ministerialdirektor Dr. Schicker, versicherte, daß eine solche Schädigung nicht die Absicht der Regierung sei. Der Wortlaut des Entwurfs könne vielleicht verbessert werden, jedenfalls würde in der Praxis die Schädigung der betreffenden Arbeiter vermieden werden. Abg. Hoch stellte ausdrücklich fest, daß seine Rechnung auch nach den Ausführungen des Regierungsvertreters richtig sei und daß nach dem Wortlaut des Entwurfs die ausgerechnete Schädigung der betreffenden Arbeiter eintreten müsse. — Die Sozialdemokraten beantragen ferner, daß bei Festsetzung der Rente die Erwerbsfähigkeit des Verunglückten speziell in seinem Berufe berücksichtigt werde. Es sei unbillig, von einem Arbeiter zu verlangen, daß er ohne Weiteres eine ganz ungewohnte, seinen geistigen Fähigkeiten durchaus nicht entsprechende Thätigkeit ergreifen müsse. Der nationalliberale Abgeordnete Möller sprach sich entschieden gegen diesen Antrag aus, weil es nach demselben vorkommen könne, daß in einem oder dem anderen Falle ein verunglückter Arbeiter zu viel Rente bekäme. Außer der Rente verlangen die Sozialdemokraten, daß diejenigen Aufwendungen zu ersetzen seien, die in Folge des Unfalls für Verletzte z. B. durch Annahme eines Pflegers, einer nothwendigen Badekur u. dergl. erwachsen. Eventuell verlangen sie, daß dem Verletzten, der dauernd der Pflege bedarf, die zur Beschaffung dieser Pflege erforderlichen Mittel gewährt werden. Abg. Trimborn (Z.) beantragte prinzipaliter, im Fall völliger Erwerbsunfähigkeit soll die Rente bis zu 100 pZt. des Arbeitsverdienstes erhöht werden, wenn der Verletzte in Folge des Unfalls derart hülflos geworden ist, daß er ohne Pflege nicht bestehen kann. Eventuell beantragte der Abg. Trimborn, diese Erhöhung der Rente den Berufsgenossenschaften als ein Recht, nicht als eine Pflicht aufzuerlegen. Abg. Stadthagen wies nach, daß der sozialdemokratische Antrag erstens weiter gehe als der Zentrumsantrag und dann die Verschiedenheit der einzelnen Fälle besser berücksichtige. Abg. Trimborn hielt grade aus diesem Grunde seinen Antrag für besser. Abg. Hoch rügte es, daß der Zentrumsantrag durch den Eventualantrag abgeschwächt sei. Durch einen solchen Antrag werde die Gewährung einer erhöhten Entschädigung an die betreffenden Arbeiter auf's Aeußerste gefährdet. Auch die Nationalliberalen und Konservativen fordern die Annahme des Trimborn'schen Prinzipalantrages; nur die Regierung ist dagegen. Den Berufsgenossenschaften brauche nur die Befugniß zu einer Erhöhung der Rente auferlegt zu werden. Es sei sicher, daß diese die Erhöhung der Rente doch eintreten ließen. Bei der Abstimmung wurde jedoch der Prinzipalantrag Trimborn einstimmig angenommen, die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt, darunter auch der Antrag auf Verkürzung der Karenzzeit von 13 auf 4 Wochen. Gegen diesen Antrag stimmte außer den Konservativen und Nationalliberalen auch ein Theil des Zentrums und der Freisinnigen.

In der Reichstagskommission für den Patentanwalt-Gesetzentwurf kam es am Donnerstag zu einer interessanten Auseinandersetzung über das Recht der Bethätigung politischer Ueberzeugungen. Der Regierungsentwurf will ein ehrengerichtliches Verfahren einführen, das sogar zur Entziehung der Eigenschaft eines Patentanwalts führen kann, wenn ein Patentanwalt die ihm obliegenden Pflichten verletzt hat, die in gewissenhafter Ausübung der Berufsthätigkeit und der Achtung würdigem Verhalten außerhalb des Berufs bestehen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Genossen Heine und Schmidt (Frankfurt a. M.), hatten einen Antrag eingebracht, der einen Mißbrauch dieser Bestimmung zu politischen Zwecken verhindern sollte. Genosse Heine begründete die Nothwendigkeit namentlich mit den in Preußen vorgekommenen Fällen, in denen die Regierung den Standpunkt vertreten habe, daß die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie und das Bekenntniß zu ihren Grundsätzen als ein der Achtung unwürdig machendes Verhalten anzusehen sei. Dabei berief er sich namentlich auf den Fall des Genossen Arons.

Er verwies darauf, daß auch in das preußische Gesetz über die Aerztekammern eine entsprechende Bestimmung aufgenommen sei, und daß die Reichsregierung keinen Grund hätte, die Aufnahme mindestens derselben Bestimmung in das Patentanwalts-Gesetz abzulehnen.

Darüber entwickelte sich eine längere Debatte. Die Regierungsvertreter, namentlich der Unterstaatssekretär Rothe, bekämpften den sozialdemokratischen Antrag sehr eifrig. Der Unterstaatssekretär erklärte, daß die Regierung keinerlei Absicht habe, mit politischen Maßregelungen gegen Patentanwälte vorzugehen, daß aber das Zustandekommen des Gesetzes sehr zweifelhaft werde, wenn eine solche Klausel hineinkäme. Heine erwiderte, wenn die Regierung es verantworten wollte, das Gesetz scheitern zu lassen, bloß weil es ihr die Möglichkeit zu Verfolgungen nähme, die sie nach ihrer eigenen Erklärung nicht beabsichtige, so möge die Regierung es thun. Man könnte daraus kaum einen anderen Schluß ziehen, als daß die Regierung sich doch solche Verfolgungen politischer Gesinnung und Handlungsweise vorbehalten wolle. Die Vertreter der freisinnigen und der Zentrumspartei stellten sich im Allgemeinen auf den Standpunkten des Genossen Heine und auch der konservative Abgeordnete Dr. Oertel erklärte, daß er für seine Person nichts dagegen einwenden könnte, wenn er auch damit seine Fraktion nicht binden wollte. Nach langer Debatte wurde endlich, entsprechend der Fassung des preußischen Aerztegesetzes, folgender Zusatz angenommen:

> Politische, wissenschaftliche, künstlerische und religiöse Ansichten oder Handlungen eines Patentanwalts als solche können niemals den Gegenstand eines ehrengerichtlichen Verfahrens bilden.

Unsere Genossen in der Reichstagskommission haben sich dem Prinzip des Gesetzes gegenüber, welches eine geschlossene Patentanwaltschaft einrichten will, ihre endgültige Stellung vorbehalten, sie haben aber versucht, Bestimmungen hineinzubringen, die jedenfalls auch einem tüchtigen Techniker ohne akademische Studien die Möglichkeit offen gehalten haben würden, Patentanwalt zu werden. Diese Versuche sind am Widerstand der anderen Parteien gescheitert. Interessant ist es aber, daß die beiden technischen Praktiker in der Kommission Möller-Duisburg und Hoffmeister-Glogau (FVg.) diesen Anträgen unserer Genossen am meisten Anerkennung widerfahren ließen. Abg. Möller-Duisburg hielt sie „in der Theorie für am wichtigsten“, stimmte aber der Regierungsvorlage zu, weil sie praktisch leichter durchzuführen sei, was freilich richtig ist. Nur daß nicht Alles, was leicht ist, auch gut genannt werden kann.

Für die weiteren Berathungen haben unsere Genossen noch Anträge eingebracht, die bezwecken, die büreaukratischen Machtbefugnisse des Regierungsentwurfs zu beschränken und namentlich den heute vorhandenen nicht studirten Patentanwälten und ihren Hülfsarbeitern möglichst günstige Uebergangsbestimmungen zu verschaffen.

Partei-Nachrichten.

Gegen die Flottenvermehrung. Am nächsten Mittwoch werden für Berlin und Vororte 18 öffentliche Volksversammlungen veranstaltet, in denen die Flottenvorlage und die Weltpolitik behandelt werden wird. — Auch in Dresden sind bereits Volksversammlungen mit dem gleichen Thema anberaumt.

Für den Agitationsbezirk Niederrhein fand am Sonntag in Mülheim (Ruhr) ein Parteitag statt, der von 72 Delegirten aus 44 Orten besucht war. Außerdem waren Vertreter der Parteiblätter des Bezirks anwesend. Beschlossen wurde, daß ein Kommunal-Wahlprogramm seitens des Agitationskomites ausgearbeitet und dem nächsten Parteitage zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt wird; daß überall da, wo politische Organisationen sind, die Genossen angehalten werden, bei der Orts-Kommunalverwaltung zu beantragen, den Zensus für die Kommunalwähler auf den niedrigsten Satz von M. 660 Einkommen zu normiren. Zum internationalen Kongreß in Paris wurde Meist-Köln delegirt. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Landmann-Barmen an den internationalen Kongreß, derselbe möge beschließen, daß in allen Kulturländern an einem Tage eine besondere Demonstration für den allgemeinen Völkerfrieden veranstaltet werde, und zwar durch eine allgemeine Volksabstimmung. Durch dieselbe solle zum Ausdruck gebracht werden, daß die Völker in friedlicher Kulturarbeit nebeneinander wohnen und nicht mehr im Interesse einer kleinen kapitalistischen Klique sich gegenseitig zerfleischen wollen.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Vergolder in der Goldleistenfabrik von F. Baake in Brandenburg a. d. Havel ist auf gütlichem Wege beigelegt worden. Die angeordnete Lohnreduktion unterbleibt.

Die Kölner Formstecher hatten am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen die Unternehmer ehrenwörtlich die Versicherung gegeben hatten, um 12 Uhr desselben Tages bei dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu erscheinen, um hier die Bedingungen des Friedensschlusses mit den Formstechern festzusetzen. Da die Unternehmer aber entgegen ihrem Wort nicht erschienen, haben die Formstecher die Arbeit wieder niedergelegt.

Die Mainzer Möbeltischler bereiten eine Lohnbewegung vor. Sie verlangen eine Herabsetzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden pro Tag sowie eine Erhöhung des Lohnes bei Ueberstunden nach Feierabend um 40 pZt. und bei der Sonntagsarbeit um 50 pZt.

Die Lohnbewegung der pfälzischen Flößer war erfolgreich, wenn auch nicht in allen Punkten. Es wurde ihnen ein Tagelohn von M. 4 bewilligt. Die Fahrt von Mannheim nach Mainz wird nunmehr mit M. 16 vergütet, nach Worms mit M. 7, nach Mombach mit M. 18, nach Schierstein mit M. 18, nach Stockstadt mit M. 15.

Ein Arbeitersekretariat für Stadt und Kreis Hohenlimburg (Reg.-Bez. Arnsberg in Westfalen) wird auf Beschluß des dortigen Industrievereins demnächst errichtet.

Betriebswerkstätten im Münchener Schneidergewerbe. Die Kontrolkommission der Münchener Schneider und die Kommission des Arbeitgeberverbandes haben in einer gemeinsamen Sitzung einstimmig die Errichtung einer größeren Zentralwerkstätte beschlossen. Diese soll am 1. März im Zentrum der Stadt eröffnet werden. Die Kosten haben diejenigen Mitglieder des Arbeitgeberbundes aufzubringen, die keine eigenen Betriebswerkstätten haben und ihre Gehülfen in der Zentralwerkstätte arbeiten lassen. Damit ist ein wichtiger Schritt zur Beseitigung des Sitzplatzwesens gethan und es scheint durchaus erwägenswerth, ob in der Errichtung derartiger gemeinsamer Betriebswerkstätten nicht ein Mittel zu sehen ist, den Einwänden der kleinen Unternehmer gegen die „zu theuren Werkstätten“ die Spitze abzubrechen. — Die Münchener Schneidergesellen werden im Frühjahr die Forderung wiederholen und gedenken sie mit aller Energie zur Durchführung zu bringen.

Eine große Aussperrung droht den Steinhauern in Schweden. Die Arbeitgeber weigerten sich, die von den Arbeitern verlangte Lohnregulirung vorzunehmen. Es kam daher in einzelnen Betrieben zum Ausstand. Die Fabrikanten erklärten sich nunmehr solidarisch und stellen die Aussperrung in Aussicht. Die Bewegung ist für Deutschland deswegen wichtig, weil viele deutsche Großstädte einen großen Theil ihrer Pflastersteine von den in Betracht kommenden Fabrikanten beziehen.

Das Arbeitersekretariat Nürnberg wurde im letzten Jahre von 14 527 Personen in Anspruch genommen, 589 mehr als 1898. Die Auskunftsertheilung erstreckte sich auf alle möglichen Gebiete. Obenan stehen wieder die Unfallsachen. In dieser Beziehung haben sich die Klagen der Arbeiter nicht vermindert, es herrscht ein unaufhörlicher Kampf der Verletzten mit den Berufsgenossenschaften um den Rentenbezug, ferner wird über willkürliche Kürzung der Renten geklagt. Aber auch gegen die Behörden liegen begründete Beschwerden vor über ungebührliche Verschleppungen. Zahlreich sind auch die Klagen über die Behandlung der Verletzten durch die Aerzte, die vielfach sehr unangemessen ist, Gutachten können die Verletzten selbst gegen Geld nicht erhalten. Die Abschätzung der Erwerbsunfähigkeit ist gradezu auffällig ungünstig für die Arbeiter. Die Zahl der Betriebsunfälle hat sich im vergangenen Jahre in beklagenswerther Weise vermehrt. Angemeldet wurden 3497 Unfälle, 756 mehr als 1898, davon waren 2316 leichter Natur (340 mehr), 1160 (414 mehr) schwerer Art, 21 (2 mehr) verliefen tödtlich. In der Unfallstatistik ist am meisten das Baugewerbe belastet, woraus resultirt, daß immer und immer wieder die Forderung auf besseren Schutz der Bauarbeiter erhoben werden muß, namentlich bezüglich einer schärferen Baukontrole, wofür nur praktisch erprobte Arbeiter die Gewähr bieten. Nach den Beobachtungen des Sekretariats gewinnt die Invaliditätsversicherung immer mehr an Bedeutung, während die Altersversicherung mehr und mehr zurücktritt. Nicht ohne Interesse sind die Ursachen, die die Invalidität der Industriearbeiter herbeiführen. Die 1153 im Jahre 1898 bewilligten Invalidenrenten vertheilen sich auf die Invaliditätsursachen wie folgt: Lungenschwindsucht 256, andere Lungenkrankheiten 183, Entkräftung, Blutarmuth 134, Gelenkrheumatismus, Gicht 88, Augenkrankheiten 47, Krebs 2c. 43, Gehirnkrankheiten 43, Magenkrankheiten 27, Unterleibsbrüche 30, Nervenkrankheiten 22 2c. Von großer Bedeutung für die Versicherung ist die soeben vom Magistrat bethätigte Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne. Die Lohnbewegungen waren auch im verflossenen Jahre zahlreich. Mit dem Erfolg können die Arbeiter im Großen und Ganzen zufrieden sein. Bemerkenswerth ist, daß die Unternehmer die Arbeiterorganisationen mehr und mehr anerkennen und mit ihnen verhandeln, wodurch die pessimistische Auffassung, als ob gegen die Unternehmerkoalitionen nichts auszurichten sei, ad absurdum geführt ist. Die Erfolge würden noch größer sein, wenn die Arbeiter sich daran gewöhnen könnten, nicht planlos in die Bewegung einzutreten, sondern die Gewerkschaftsverbände erst zu unterrichten. Die Gewerkschaften selbst haben einen erfreulichen Zuwachs zu verzeichnen. Ueber den Verkehr mit dem Fabrik-Inspektor ist zu melden, daß ihm durch das Sekretariat 67 Beschwerden übermittelt wurden, wovon bis zum Jahresschlusse 42 erledigt wurden. Davon wurden 24 für begründet, 1 für theilweise begründet und 11 für unbegründet befunden, in 12 Fällen wurde das Einschreiten der Distriktspolizei veranlaßt. Ueber die Art der Erledigung der Beschwerden wird von den Beschwerdeführern geklagt, da die Inspektionen erst beim Unternehmer angemeldet werden. Die Handwerker-Gesetzgebung hat das Sekretariat ebenfalls erheblich belastet, ebenso die Herbergsfrage und der Arbeitsnachweis, wofür ein Normalstatut ausgearbeitet wurde. In dem im Druck befindlichen Jahresbericht wird der Bauarbeiterschutz eingehend dargestellt, die Bestrebungen der Bauarbeiter, eine bessere Baukontrole zu erzielen, finden darin aktenmäßige Schilderung. Der Jahresbericht wird außerdem bereichert durch die sozialpolitische Abtheilung, deren größere statistische Arbeiten in Sonderberichten erscheinen. Die Kassenverhältnisse sind trotz des geringen Wochenbeitrages von 2 ₰ pro Gewerkschaftsmitglied günstig. Es wurden eingenommen M. 13 946,43, ausgegeben M. 13 324,72.

Statistisches aus den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Kupferschmiede im Jahre 1898. Im „Kupferschmied“ wird das Resultat dieser Anfangs April veranstalteten Erhebungen wiedergegeben. Von 254 Orten wurde das Bestehen von 672 Betrieben gemeldet, von diesen sind jedoch 206 als Nebenbetriebe zu betrachten. In der Gesammtzahl der in der Statistik vertretenen Kupferschmiedereien waren 2948 Gehülfen beschäftigt; von denselben gehörten 2046 dem Unterstützungsvereine der Kupferschmiede Deutschlands an, 41 dem Metallarbeiterverbande, 33 hatten zur Fahne Hirsch-Duncker geschworen, 12 trieben sich in sonstigen „Organisationen“ herum und 789 waren unorganisirt. Daneben waren noch 948 Hülfsarbeiter in diesen Betrieben vorhanden. (Wie mangelhaft derartige höchst wichtige Bestrebungen von den betr. Branchenarbeitern unterstützt werden, kann man auch an dieser Statistik wieder deutlich ersehen. Während insgesammt nur 2948 Gehülfen ermittelt wurden, gehörten nach dem 1898er Jahresberichte dem Unterstützungsvereine der Kupferschmiede indeß 3287 Berufsgenossen an; nach dem Berichte für 1897 gab es derzeit überhaupt 9769 Berufsangehörige — darunter 103 weibliche — das Organisationsverhältniß betrug damals 33,51 pZt., wäre also nach der neuesten Statistik fast unverändert geblieben.) Lehrlinge wurden insgesammt 747 gezählt; zum Theile herrscht Lehrlingszüchterei, jedoch sind Vergleiche mit früheren Zahlenverhältnisse nicht gezogen. Ueber die Lohnverhältnisse wird angegeben das Vorhandensein von Akkord in 81, von Lohnarbeit in 473 Fällen. Von 120 der in der Statistik aufgeführten Betriebe war nicht einmal darüber nähere Mittheilung gemacht! Einen Stundenlohn bis zu 20 ₰ hatten 4, bis zu 25 ₰ 38, bis zu 35 ₰ 611, bis zu 40 ₰ 877, bis zu 45 ₰ 777, bis zu 50 ₰ 357, bis zu 55 ₰ 77, bis zu 60 ₰ 28 und über 60 ₰ 14 Kupferschmiede. 115 derselben schwiegen sich über diesen Punkt vollständig aus. Der Aufschlag für Ueberstunden schwankt zwischen 5 bis zu 50 Prozent, den gewerbsüblichen 25prozentigen Zuschlag zahlen 153 Geschäfte. Die Arbeitszeit beträgt in 12 Betrieben 9 Stunden, in 21 9½, in 427 10, in 20 10½, in 72 11 und in 5 Kupferschmiedereien wurde noch länger als 11 Stunden gearbeitet. Ueber 100 Betriebe ist auch hier wieder nichts Näheres mitgetheilt. Wegen Arbeitsmangel waren 109 Gehülfen 665 Wochen hindurch zum „Privatisiren gezwungen. Ob und wieviel davon auf Streiks oder Maßregelungen zurückzuführen sind, konnte ebenfalls nicht ermittelt werden.

Der Ausstand der Bergleute im Wurmrevier hat begonnen. Wie aus Höngen, Morsbach und Kohlscheid berichtet wird, fuhren am 1. Februar die Belegschaften der Gruben „Maria“, „Teut“ und „Lauerweg nicht ein, auf anderen Gruben wird der Ausstand erwartet. Es ist abermals Gensdarmerieverstärkung eingetroffen; alle Gruben wurden mit Gensdarmerie besetzt.

Im Kampf der österreichischen Kohlengräber um die Achtstundenschicht ist noch keine Aussicht auf Beendigung vorhanden. Auch das Einigungsamt für Ostrau-Karwin ist gescheitert. Wieder waren es die Gewerke, die die Friedensverhandlungen vereitelten, die den angeknüpften Faden brutal zerrissen, die den Arbeitern, die ihnen loyal und ehrlich entgegenkamen, eine trotzige und überdies höhnende Abweisung widerfahren ließen. Wie in Kladno, wie in Brüx, wie in Pilsen hieß es auch in Teschen: Unbedingte Unterwerfung, Aufnahme der Arbeit — dann erst wollen wir sehen, was sich machen läßt. Die Vertreter der Rothschild und Konsorten wagten es, ihren Widerstand damit zu motiviren, daß sie daran zweifeln, ob die Arbeiter ihren gewählten Vertrauensmännern Gefolgschaft leisten würden, und verlangen vorerst eine Probe der Festigkeit der Organisation, des Einflusses der Vertrauensmänner; diese Probe aber soll darin bestehen, daß die Vertrauensmänner den Bergleuten das Unmögliche zumuthen, die bedingungslose Unterwerfung, und daß die Masse das Unmögliche thue, sich dieser wahnwitzigen Zumuthung zu fügen! Die Herren Ostrauer haben die Regierung, die Oeffentlichkeit und die Arbeiter zum Narren gehalten, sie haben den Vorsitzenden Herrn d'Elvert in die peinlichste Lage gebracht; sie haben diese raffinirte Komödie aufgeführt, die von den Gewerken gewählten Beisitzer des Einigungsamtes durch die von denselben Gewerken gewählten Vertrauensmänner desavouiren zu lassen. Und diese ganze perfide Farce haben die noblen, vornehmen und reichen Leute aufgeführt, um dreißigtausend arme, darbende Menschen, die Mark und Blut für sie opfern müssen, einzuschüchtern, zu verblüffen, zu überrumpeln und ihnen so noch ein paar Kreuzer von ihrem gerechten Lohn abzwacken, noch ein paar Stunden ihrer schweren Arbeit mehr abpressen zu können. Eine Erpresserkomödie ist es, nichts weiter. Nicht die Festigkeit der Organisation wünschen sie bethätigt zu sehen, sondern die Sprengung der Organisation versuchen sie; nicht das Vertrauen, das die Führer genießen, wollen sie auf die Probe stellen, sondern Mißtrauen wollen sie in die Massen tragen. Das ist der Sinn ihres perfiden Manövers, das allein. Die Regierung, die mit dazu helfen mußte, die man offenbar direkt getäuscht hat, mag sich gratuliren zu diesen Stützen des Staates. — Die Zahl der Streikenden beträgt nach offiziellen Angaben allein im Ostrauer Revier 28 000, auch in den böhmischen Revieren nimmt der Ausstand noch zu. — In einer von 6000 Arbeitern besuchten Versammlung zu Ostrau erging sich ein Theilnehmer des Einigungsamtes in heftigen Ausfällen gegen die Werksbesitzer, anerkannte jedoch wärmstens die Haltung des Vorsitzenden Baron d'Elvert an. Die Versammlung beschloß einstimmig, auszuharren im Ausstande, und wenn es bis Mai dauern sollte. — In Kladno fängt man jetzt mit den Maßregelungen nach Karwiner Muster an. Die täglich erscheinende „Svoboda“ wurde zwei Tage nacheinander konfiszirt. Eine Versammlung wurde wegen einer Aeußerung des Referenten Auft, worin das Verhalten der Regierung kritisirt wurde, aufgelöst; aber noch mehr: Auft wurde an Ort und Stelle verhaftet und in Ketten geschlossen weggeführt, wodurch offenbar die Arbeiter provozirt werden mußten. — Wie man der „Frkf. Ztg.“ aus Wien berichtet, scheint der Wind in den höheren Regionen umgeschlagen zu haben. Die anfänglich arbeiterfreundliche Haltung der Regierung wird an sehr einflußreichen Stellen als gefährliche Schwäche angesehen. Die Scharfmacher drohen die Oberhand zu gewinnen, namentlich unter den mächtigen Gewerken des mährisch-schlesischen Reviers. Die ablehnende Haltung vor dem Einigungsamt in Teschen in ein Anzeichen dafür. Da der Streik noch immer an Ausdehnung zunimmt, wird der nächsten Woche mit Besorgniß entgegengesehen. — Die Einwirkung des Ausstandes auf den Kohlenbedarf in Deutschland tritt immer stärker hervor. Vor Allem ist es die sächsische Industrie, die in große Verlegenheit geräth und die Zahl der Betriebe, die gezwungen sind, die Fabrikation zu unterbrechen, nimmt fortgesetzt zu. Aus Baiern wird berichtet, daß die baierische Eisenbahnverwaltung, speziell das Bahnamt Würzburg, lebhaft bemüht ist, den Kohlenbedarf Baierns zu befriedigen. Nahezu alle Güterzüge ab Gustavsburg und Frankfurt a. M. über Aschaffenburg nach Baiern erhielten Nachläufer, Ruhrkohlen führende Sonderzüge. Trotzdem ist die Verkehrsbewältigung kaum möglich.

Auswärtiges.

In der Majestätsbeleidigungsaffäre Müller-Schmidt in Magdeburg fand vor dem dortigen Landgericht der letzte Akt statt. Genosse Harbaum, der Verleger der „Volksstimme“, wurde zu M. 100 Geldstrafe verurtheilt, weil er in der Zeit vom 23. bis 28. Juli 1898 den Genossen Müller als verantwortlichen Redaktör angegeben hat, obgleich derselbe an der Herstellung der Zeitung nicht betheiligt war. Der Staatsanwalt hatte M. 150 Geldstrafe beantragt.

Wie die bürgerliche Justiz ihre Lieblinge, die Arbeitswilligen, schützt. Als Schriftführer des Porzellanarbeiter-Verbandes hatte der Parteigenosse Redaktör Richard Jahn im vorigen Jahre ein Zirkular mit der Ueberschrift: „Mittheilungen an unsere Mitglieder, insbesondere die Verwaltungen,“ herausgegeben, das in mehr als 1000 Exemplaren an die Zahlstellen des Verbandes verschickt wurde. Das Schriftstück enthielt etwa 170 Namen von Personen, die als diejenigen bezeichnet wurden, welche „anläßlich der letzten Streiks und Differenzen in unverantwortlicher Weise gegen die Interessen der Organisation und Allgemeinheit verstießen“. Es heißt dann weiter in dem Rundschreiben, es solle bezwecken, daß die Verwaltungen bei Anmeldungen von Mitgliedern nach Durchsicht der untenstehenden Namen wüßten, ob die Betreffenden würdig seien oder nicht, in die Organisation aufgenommen zu werden. Ferner werde bezweckt, daß solchen Arbeitswilligen, die gegen die Kollegenschaft und die Organisation sich ver-

---

[28] (Nachdruck verboten.)

Dragan Bratow.

Ein Roman aus Bulgarien von **Adolf Flachs.**

XVI.

„Ich gratulire . . . Als Minister des Innern haben Sie einen großen Wirkungskreis, weitreichenden Einfluß . . . ich wollte Ihnen jetzt, am frühen Vormittag und innerhalb der vier Mauern Ihrer Privatwohnung, meinen Glückwunsch darbringen, um Sie im Amte nicht zu stören.“

Ruschkin forschte in Sabanieffs Augen und in dem Tonfall seiner Rede nach dem tieferen Sinn dieses unerwarteten Besuches und es fielen ihm zwei Momente auf: erstens der Hinweis auf den „weitreichenden Einfluß“, zweitens die Betonung des Gegensatzes zwischen den Amtslokalitäten und der Privatwohnung.

„Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, Herr Lugin . . . Sabanieff . . . Oder Fürst Murowsky?“

Ruschkin wollte ihm damit andeuten, daß ihm Alles, Alles bekannt sei. Sabanieff lächelte.

„Nennen Sie mich, wie Sie wollen . . . Ich bleibe nicht mehr lange in Bulgarien; ich gehe fort, um nie zurückzukehren, vorausgesetzt, daß es mir gelingt, hier noch einige Privatangelegenheiten zu ordnen . . . wozu ich eben Ihres klugen Rathes bedarf.“

Ruschkin bot seinem Gaste eine Zigarette an und benutzte die Pause, um seinem ungeduldigen Kombinationsdrange gerecht zu werden. Sabanieff zündete langsam seine Zigarette an und machte einige Züge; inzwischen überlegte er, wie die ihm peinliche Angelegenheit am raschesten zu gutem Ende geführt werden könnte. Dann erhob er sich und sagte:

„Ich will Ihre knappe Zeit nicht lange in Anspruch nehmen . . . Sie wissen — denn Sie wissen ja fast Alles — daß ich ein ganz hübsches Vermögen besitze. Ehe ich dieses Land für immer verlasse, möchte ich eine halbe Million Franks einem öffentlichen Zwecke zuwenden . . . Bratow hat mich auf diese gute Idee gebracht.“

„Bratow? Wenn Sie mich früher mit Ihrem Besuche erfreut hätten, Herr Sabanieff, so wäre ich vielleicht mit dieser Anregung gekommen.“

„Bratow hat ja nur die Idee gegeben; wenn Sie, Herr Minister, mir einen konkreten guten Vorschlag machen könnten, so wäre doch die ganze Sache Ihr Verdienst!“

„Verdienst! Nach äußeren Ehren strebe ich nicht . . . Ich meine nur so, daß ich überhaupt an Aehnliches schon gedacht habe. Und wenn Sie, Herr Sabanieff, daran gehen wollen, so stehe ich Ihnen gern zur Verfügung . . . wie immer, wenn es sich um patriotische, gemeinnützige Dinge handelt.“

„Ich nehme Ihren liebenswürdigen Vorschlag dankend an, Herr Minister. Ich hatte Anfangs die Absicht, ein Preisausschreiben von 50 000 Franks für die beste Idee zu veranstalten, allein . . .“

„O, schade um's Geld, Herr Sabanieff! . . . Lassen Sie mich nur machen!“

„Gut, Herr Minister. Ich werde also noch fünf, sechs Wochen hier bleiben müssen, um bei der Inszenirung mitzuhelfen. Sonst werde ich — Sie können sich darauf verlassen . . . mein Wort — gar nichts unternehmen. Dann reise ich ab und nehme die Giamboni mit, meine alte Freundin, und ihren neuen Freund Carré auch . . . Sie sind doch nicht böse, daß ich Ihnen diese Beiden entführe?“

„Durchaus nicht!“

„Wie gesagt, ich werde Ihnen für All' das dankbar . . . sehr dankbar sein . . . also abgemacht! . . . Ich habe die Ehre!“

„Adieu, Herr Sabanieff! Besuchen Sie mich doch einmal wieder.“

Ruschkin eilte zum Ministerpräsidenten und berichtete, diese unangenehme Angelegenheit Sabanieff sei in Ordnung gebracht. Er habe dem Russen die Verpflichtung abgenommen, spätestens innerhalb sechs Wochen das Land für immer zu verlassen, bis dahin aber sich völlig ruhig zu verhalten. Ueberdies sei es ihm gelungen, dem vor Kurzem wieder reich gewordenen Sabanieff das Versprechen abzunehmen, daß er gleichsam zur Sühne für die Affaire von Palanka eine halbe Million Francs für einen noch zu präzisirenden gemeinnützigen Zweck in Bulgarien auswerfe. Dagegen habe er, Ruschkin, seinerseits versichern müssen, daß gegen die ohnehin geistesverwirrte Italienerin kein Prozeß geführt werden soll. Sie habe die Absicht, mit Carré in ihre Heimath zurückzukehren. Und dafür, daß Alles das ganz genau eingehalten wird, stand Ruschkin auf eine Bemerkung des Ministerpräsidenten hin ein. Der Minister des Innern konnte dies unbesorgt thun, er war ein Kenner der menschlichen Seele und baute fest auf Sabanieffs Versprechungen.

Der Ministerpräsident, dem Ruschkin die freudige Genugthuung darüber, daß Sabanieff nicht nur nichts „unternehmen“, sondern sogar für immer weggehen wird, am Gesichte ablas, dankte seinem Minister des Innern für den „neuen Beweis von diplomatischer Geschicklichkeit“ und sagte dann, sich im Kopfhaar krauend:

„Ja, aber was thun wir jetzt mit Bratow? Ich fürchte, der gewinnt in Palanka keinen Einfluß. Das wäre mir unangenehm, wir brauchen dort einen verläßlichen Mann!“

„Es ist Bratows Schuld . . . ich wollte ihm helfen und er lehnte es ab!“

„Wissen Sie was, Herr Ruschkin? Ueberreden Sie ihn . . . o, das führen Sie schon aus. Fahren Sie mit ihm hinüber und sorgen Sie dafür, daß er dort als „Unabhängiger“ festen Fuß fasse. Wie ich ihn kenne, wird er uns feindlich entgegentreten . . . er hat seine Prinzipien . . . Allein in großen Fragen wird er ja doch auf unserer Seite stehen!“

„Gut! . . . Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen eine Mittheilung machen. Ich habe ganz zufällig von einer englischen Firma erfahren, welche vorzügliches Kriegsmaterial zu staunend billigen Preisen erzeugt. Sollte man nicht schon daran gehen . . . damit uns die Ereignisse nicht überraschen . . .“

Der Ministerpräsident gab keine Antwort, ging zum Fenster und lächelte. Das Lächeln bedeutete: Die Lieferung beläuft sich auf 20 Millionen Franks, das würde Dir, lieber Ruschkin, ein Milliönchen abwerfen. Ich würde Dich für mein Leben gern zum Teufel jagen, allein ich brauche Dich, Du bist sonst ein tüchtiger, geriebener Kerl, da muß ich wohl oder übel ein Auge, sogar beide zudrücken. Ich hätte ja jetzt keinen Ersatz für Dich, Du Lump. Schade, daß Bratow noch zu jung ist . . . Uebrigens lassen wir ihn erst älter werden, vielleicht streift er bis dahin die phantastische Naivetät, mit der er seine mitunter recht gut und klug angelegten Pläne verpfuscht, gänzlich ab; dann habe ich an ihm einen tüchtigen und ehrlichen Kollegen.

Ruschkin wurde es bei dem langen Stillschweigen bang zu Muthe. Jetzt drehte sich der Ministerpräsident um, trat an ihn heran und sagte, ihm fest in's Auge sehend:

„Ich habe nachgedacht . . . Jetzt geht's noch nicht, wir müssen erst wieder Geld im Staatssäckel sammeln. Aber die Bestellung machen wir im März oder April . . . spätestens Mai bestimmt! Und wir werden dann wahrscheinlich Ihrer Fabrik den Auftrag geben . . . was Sie empfehlen, ist gewiß gut . . . Sie können also fast mit Bestimmtheit darauf rechnen . . . aber, wie gesagt, März . . . April . . . oder Mai!“

— — — — — — — —

Ruschkin sandte durch einen Amtsdiener Bratow eine liebenswürdig abgefaßte Einladung zu einem „Schluck Thee, heute Abend 9 Uhr; bei mir zu Hause; keine Gäste; eine politisch wichtige Angelegenheit“ und arbeitete überhaupt nicht mehr; denn beim Lesen der zu erledigenden Schriftstücke flimmerte zwischen den schwarzen Zeilen in goldenen Lettern die Ziffer 1 mit sechs Nullen daran.

Dragan war aus seiner Heimathstadt niedergeschlagen zurückgekehrt und hielt sich instinktiv an Kruse als denjenigen, der allein ihn aufzurichten im Stande war. Sie verbrachten, die ärztlichen Visiten Dr. Kruses abgerechnet, fast den ganzen Tag miteinander und es gelang den bald scherzhaften, bald ernsten Worten des Freundes, den gesunkenen Muth Dragans ein wenig zu heben. Dadurch daß Dr. Kruse Dragans Mißerfolg als die zweite Etappe eines offenbar ihm vom Schicksale bestimmten „Emporstolperns zur Größe“ deutete, brachte er ihn sogar zum Lachen.

Sie spazierten eben, es war vor Abend eines trockenen, kalten Januartages, durch den ärmeren Stadttheil Utschpona, um nicht jeden Augenblick gegrüßt zu werden und grüßen zu müssen; hier stößt man seltener auf Mitglieder der sogenannten guten Gesellschaft.

„Du hast mir so wenig von Ivanka erzählt!“

„Ivanka? Doktor, ich sage Dir, es ist das herrlichste Weib auf Erden. Ganz meine Mutter . . . ihre kluge, sanfte Art, ihre felsenfeste Treue, ihre Gebärden selbst! Allein ich weiß nicht, was ihr das Herz beklemmt! Sie hat jetzt etwas Schwermüthiges im Blick. Sie versinkt manchmal in tiefes Sinnen . . . minutenlang . . . und da breitet sich über ihr Gesicht ein geisterhafter Schein, sie gleicht einer Seherin, die in die verschleierte Zukunft zu schauen vermag. Ich kann das Gefühl nicht abschütteln, als ob sie ein großes Unheil ahne . . . Unheil für mich, für sich? Ich weiß es nicht; vermuthlich gilt es mir. Wenn ich sie aus dieser unheimlichen Starre weckte, lächelte sie wie geistesabwesend, kam dann plötzlich zu sich und drückte mich mit überströmender Wärme an sich, als wollte sie mich vor einem Angriff schützen. Sie klagte, sie könne manchmal die Farben nicht unterscheiden — der Himmel, die Luft, der Erdboden erscheine ihr wie von Blut geröthet, Nachts sehe sie blutrothe Wellen durch die Finsterniß fließen. Sie wollte mir davon nicht erzählen, weil sie wußte, daß dies auf meine sensitive Natur beängstigend wirken würde; aber sie konnte nicht an sich halten, es drängte sie, all' das zu schildern, wie wenn sie mir damit verblümt sagen wollte: Dragan, gieb Acht! Diese mysteriöse Stimmung Ivankas bedrückte mich mehr, als der unglückliche Verlauf der Wahlbesprechung, und legte sich wie ein Dämpfer auf mein ohnedies empfindliches Gemüth, das jetzt traurig ist wie ein uraltes Gebirge, das Jahrtausende an sich vorbeiziehen sah und der unaufhörliche Wiederkehr von Sonnen- und Mondschein, von Tag und Nacht, von Schnee, Regen und Sturm überdrüssig geworden ist . . . Ach, das Leben mit seinem stets bunten Wechsel ist doch eintönig: wieder Sonnenschein nach Regen und umgekehrt . . . bald Trauer, bald Freude . . . hier Haß, dort Liebe, da Gleichgültigkeit — es sind aber immer wieder dieselben Dinge, dieselben Gefühle und Stimmungen! Selbst die unwandelbare, aber stets in anderen Nüancen schimmernde Liebe Ivankas zu mir erfüllt mich fast mit Ingrimm; es ist ja doch nur menschliche Liebe, wie sie auch in dem Herzen Anderer glüht . . . ich sehne mich nach etwas Neuem, nach Etwas, das noch nicht dagewesen ist, nach erhabener göttlicher Liebe oder nach einer Liebe mit dem lodernden Feuer der Hölle . . . um Gottes willen, nur nichts Menschlich-Banales!“

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Globus-Kalender 1900. (Wilh. Bauer u. Co., Nürnberg.) Dieser in tadellosem Einband erschienene Kalender ist für Markt- und Meß-Reisende, Schausteller 2c. bestimmt und wird vom Verlage des „Globus“, offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Händler, Markt- und Meßreisender, herausgegeben. Der über 500 Seiten starke Band enthält Alles, was für den reisenden Geschäftsmann zu wissen nöthig ist, in sorgfältiger, sachkundiger Bearbeitung. Beigegeben ist noch eine vorzügliche Eisenbahnkarte von Deutschland. Die betheiligten Kreise seien hiermit auf den Kalender, welcher M. 2 pro Exemplar kostet, aufmerksam gemacht, dem durch die Beigabe eines Verzeichnisses der wichtigsten Meß- und Markttage vom ganzen Deutschen Reich, welche sowohl in alphabetischer Reihenfolge als auch in chronologischer Uebersicht aufgeführt sind, noch ein ganz besonderer Werth innewohnt.

Das Gewerbegericht, Monatsschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. Herausgeber Stadtrath Dr. Flesch, Frankfurt a. M. Die jetzt in den Verlag von Georg Reimer in Berlin übergegangene und zu einer selbstständigen Monatsschrift umgestaltete Zeitschrift enthält in Nr. 5 des 5. Jahrganges außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbegerichten und Berufungsgerichten und ausländischen Gewerbegerichten u. A.: Das Interesse der Arbeiter am Bürgerlichen Gesetzbuch. Vom neuen Recht (B.G.-B): Die Prozeßfähigkeit der Minderjährigen. Von Stadtschultheiß Dr. Hartenstein. — Verfassung und Verfahren: Kompetenz-Erweiterung und Gewerbegerichts-Novelle. Von Stadtrath Cuno. — Allgemeines über Gewerbegerichte und Arbeitsvertrag: Arbeiterbeisitzer-Konferenz; Akkordarbeit und Kündigung. Arbeitsordnung und Polizei. I. Von O. Weigert, Arbeitgeber-Beisitzer. II. Zusatz der Redaktion. — Verbandsangelegenheiten.

gangen haben und die weit öfter als andere Kollegen in ihrer moralischen und geschäftlichen Qualifikation arbeitslos würden, nicht auch noch aus Unkenntniß auf Reisen die Unterstützung der Kollegen zu Theil werde. Eine der in dem Zirkular genannten Personen, die am 7. April ein Exemplar in die Hand bekommen hatte, stellte am 25. April gegen Jahn Strafantrag wegen Beleidigung. Genosse Jahn wurde denn auch vom Schöffengericht auf Grund des § 186 des Strafgesetzbuchs zu zwei Wochen Gefängniß verurtheilt, während das Berufungsgericht später die Strafe in eine Geldstrafe von M. 150 umwandelte. Das Landgericht führte in der Hauptsache aus: Das Gericht nehme im Gegensatz zur ersten Instanz an, daß der Angeklagte beim Erlaß des Zirkulars an sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Denn als Schriftführer des Verbandes sei er in erster Reihe berufen gewesen, die Verbandsinteressen wahrzunehmen und zum Beispiel Schritte zu thun, um Leute vom Verbande fernzuhalten, welche den Bestrebungen des Verbandes zuwiderhandeln. J. sei aber insoweit über die Wahrnehmung berechtigter Interessen hinausgegangen, als er von allen Arbeitswilligen behaupte, daß sie bekanntlich weit öfter wie Andere „in Folge ihrer moralischen und geschäftlichen Qualifikation arbeitslos würden". Diese Wendung enthalte eine Beleidigung der davon Betroffenen, insbesondere des Antragstellers. Mit Rücksicht darauf, daß die Beleidigung nicht zu den schweren gehöre, daß aber andererseits der Angeklagte wegen Preßvergehen und Beleidigung schon vorbestraft sei, erscheine eine Geldstrafe von M. 150 angemessen. — Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision mit folgender Begründung zurück: Der Schutz des § 193 sei dem Angeklagten mit Recht versagt worden, denn J. habe die beleidigenden Worte über die angebliche moralische und geschäftliche Minderwerthigkeit der Arbeitswilligen nicht in Wahrnehmung, sondern nur bei Gelegenheit der Wahrnehmung berechtigter Interessen gebraucht. Grade jene Worte seien nicht nöthig gewesen, wenn er auch den Zahlstellen Mittheilungen über die Leute hätte machen dürfen, die er zur Aufnahme in den Verband für ungeeignet hielt.

„W. T. B." contra „H. T. B." Ein Prozeß, dem in weiteren Kreisen mit Interesse entgegengesehen wurde, gelangte am 1. Februar vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zur Verhandlung. Die Direktoren der Kontinental-Telegraphen-Compagnie-Aktiengesellschaft (Wolffs Telegraphen-Büreau) wollen längere Zeit hindurch die Beobachtung gemacht haben, daß offizielle Nachrichten, die ihnen allein zugegangen waren, vom spanisch-amerikanischen Krieg, von der Börse u. s. w. auch vom Hirsch'schen Telegraphen-Büreau und zum Theil sogar eher veröffentlicht wurden, als dies von „Wolff" geschehen war. Einem Zufall war es zu verdanken, daß die Ursache dieses Vorkommnisses ermittelt wurde. Im März v. J. trat ein Redaktör des mit dem Hirsch'schen Büreau verbundenen Büreau „Herold" in die Redaktion des Wolff'schen Büreaus ein. Durch diesen erfuhren die Direktoren des letzteren, daß zwei seit vielen Jahren bei ihnen angestellte Boten, Namens Fritz Dörfert und Hugo Schmiedel mit dem Hirsch'schen Büreau Durchstechereien betrieben. Die beiden Genannten hatten in dem Wolff'schen Büreau die Aufgabe, Nachrichten, die für die Berliner Abonnenten bestimmt waren, theils auf hektographischem Wege zu vervielfältigen, theils bei der Drucklegung derselben mitzuwirken. Insbesondere gehörte aber zu ihren Obliegenheiten, die Depeschen zu falzen und mit Umschlägen zu versehen, dieselben dann an die Abonnenten auszutragen und endlich dann die an der Börse festgestellten Kurse dem Wolff'schen Telegraphen-Büreau zu übermitteln. Der Mitinhaber des Telegraphen-Büreaus von Louis Hirsch, Kaufmann Kurt Hirsch, soll, wie die Anklagebehörde behauptet, Dörfert und Schmiedel durch Geldversprechungen veranlaßt haben, ihm wichtige Nachrichten, die für Wolff bestimmt waren, telephonisch oder auf andere Weise zugängig zu machen. Dies sollen Dörfert und Schmiedel längere Zeit hindurch gethan haben. Wenn Nachrichten nicht telephonisch übermittelt werden konnten, so sollen die beiden Boten hektographische, bezw. gedruckte Exemplare sich angeeignet und theils in einer Zigarrenhandlung, theils in einem in der Zimmerstraße gelegenen Restaurant in Briefumschlägen abgegeben haben. Hier wurden die Sachen dann von Angestellten des Hirsch'schen Büreaus abgeholt. Nachdem Dörfert ein volles Geständniß abgelegt hatte, Schmiedel und Kurt Hirsch dagegen die That entschieden in Abrede gestellt hatten, wurde gegen alle drei Anklage erhoben. Dörfert und Schmiedel sind wegen Diebstahls und Verletzung des Gesetzes betreffend unlauteren Wettbewerb, Kurt Hirsch ist wegen Anstiftung zu diesem Vergehen und wegen Hehlerei unter Anklage gestellt. Der Angeklagte Schmiedel ist geständig, Unregelmäßigkeiten begangen zu haben, er habe dafür von Dörfel monatlich M. 10 erhalten. Der Angeklagte Hirsch bestreitet jede Schuld. Die Verhandlung wurde um 4 Uhr abgebrochen.

Die Magdeburger Polizei contra Friedrich Hebbel. Aus Magdeburg wird berichtet: „Das Abschiedsgastspiel von Fräul. Irene Triesch an unserm Stadttheater (die Künstlerin spielte als letzte Gastrolle die Klara in Hebbels „Maria Magdalena") hat noch ein mehraktiges Nachspiel in den Büreauräumen unseres Polizeipräsidiums gehabt. In der 8. Szene des 3. Aktes in genanntem bürgerlichen Trauerspiele befindet sich u. A. der folgende Passus:

Klara: Karl, trink nicht so viel! Der Vater sagt, im Wein sitzt der Teufel!

Karl: Und der Priester sagt, im Wein sitzt der liebe Gott! (er trinkt.) Wir wollen sehen, wer Recht hat!

In der eben mitgetheilten Antwort Karls auf die wohlgemeinte Ermahnung seiner unglücklichen Schwester hat die hiesige Polizei etwas Anstößiges erblickt und eine Improvisation des betreffenden Darstellers vermuthet. Dieser, Herr Herrmann, wurde zur Polizei zitirt und dort über den fraglichen Gegenstand einem Verhör unterzogen. Zum Glück war der genannte Darsteller, dem man ausdrücklich versicherte, daß man ihm in Erinnerung eines Impromptus in der „Geisha" auch den betreffenden „ärgerlichen" Satz in „Maria Magdalena" als Beweis seiner geschickten Stegreifreiterei zutraue, in der Lage, an der Hand seiner Rolle den Nachweis zu führen, daß er lediglich die Worte des Dichters gebracht habe, eines Dichters, der allerdings, mag er auch im Uebrigen den Ruf verbriefter Klassizität genießen, unserer Polizei unbekannt zu sein scheint. Man hätte sich sonst doch durch eigenen Augenschein davon überzeugen können, daß die betreffenden Worte Karls in „Maria Magdalena" nichts weniger als apokryph sind und auf Grund dieser Erkenntniß die Sache auf sich beruhen lassen. Man konnte das um so leichteren Herzens, als an der inkriminirten Stelle des Trauerspiels bis jetzt keine Bühne, die „Maria Magdalena" gegeben hat und noch giebt, Anstoß genommen bezw. einen Strich anzubringen versucht hat. Bei uns ließ man es mit der Erklärung des Hauptinkulpaten, der nichts Anderes verbrochen hatte, als dem Dichter zu geben, was des Dichters ist, nicht bewenden. Auch die Souffleuse wurde zitirt, und schließlich noch Direktor Cabisius aufgefordert, an amtlicher Stelle das zu bestätigen, was Schauspieler und Souffleuse ausgesagt hatten." — Von einer preußischen Polizei, und besonders von der Magdeburger, ist eben nichts Anderes zu erwarten.

Ein merkwürdiges Gerichtsurtheil über gewerkschaftlichen Terrorismus wurde gegen den Redaktör des „Vorwärts", Robert Schmidt, gefällt. Im August v. J. hatte die katholische „Märkische Volks-Zeitung" berichtet, der Zimmerer Karbe, welcher beim Zimmermeister Walther in Arbeit stand, sei deshalb entlassen worden, weil die übrigen bei Walther beschäftigten Zimmerer, die dem Zentralverbande angehören, sich geweigert hätten, mit Karbe, weil dieser Mitglied des christlichen Vereins „Arbeiterschutz" war, zusammenzuarbeiten. Der „Vorwärts" bezeichnete die Angaben des christlichen Blattes als erfunden, denn er hatte festgestellt, daß Karbe nur wegen Mangels an Arbeit entlassen worden ist. Als Erklärung für die unwahren Behauptungen, die Karbe der „Märkischen Volkszeitung" aufgetischt hatte, fügte der „Vorwärts" die Bemerkung hinzu, Karbe habe wohl von seinem Verein eine Unterstützung ergattern wollen. Wegen dieser Bemerkung hat K. die Beleidigungsklage erhoben. Sowohl der Zimmermeister Walther, wie die Poliere Golz und Strömann bekundeten eidlich, daß kein Arbeiter die Entlassung des K. von ihnen verlangt habe, daß ihnen auch vor der Veröffentlichung durch die „Märk. Volkszeitung" von einer Weigerung der übrigen Gesellen, mit Karbe zusammenzuarbeiten, nichts bekannt geworden ist, und K. nur wegen Mangel an Arbeit und weil er der jüngste und am wenigsten leistungsfähige Arbeiter war, entlassen worden war. Einige Zimmerer, die im Sinne der Behauptungen des K. einen Druck auf diesen ausgeübt haben sollen, bekundeten unter ihrem Eide, daß sie wohl über die Organisation mit K. gesprochen, ihn vielleicht auch in ganz loyaler Weise zum Eintritt in den Verband zu überreden versucht, aber keinen Druck auf ihn ausgeübt hätten; auch wüßten sie nichts davon, daß ihre Kameraden sich geweigert hätten, mit K. zusammen zu arbeiten, oder daß sie dessen Entlassung gefordert hätten. — Zeuge Weigel, ein Vorstandsmitglied des Vereins „Arbeiterschutz", sagte aus, er habe gleich nach dem Erscheinen des Artikels der „Märk. Volksztg." Recherchen in der Angelegenheit Karbe angestellt; er habe aber nichts erfahren können, was die Angaben Karbes stützen könnte. Auch ein Kriminalschutzmann trat als Zeuge auf. Derselbe ist, wie er bekundete, von seiner Dienststelle mit Recherchen in dieser Sache beauftragt worden, hat aber auch nichts von einer Terrorisirung des Karbe erfahren können. Auch ihm wurde vom Polier, der die Entlassung verfügte, gesagt, daß K. wegen Mangel an Arbeit entlassen sei. Der Angeklagte Schmidt berief sich in seinem Plädoyer darauf, daß die Beweisaufnahme auch nicht eine einzige Thatsache ergeben habe, welche dafür spreche, daß Karbe wegen seiner Zugehörigkeit zum Verein „Arbeiterschutz" und auf Verlangen seiner im Zentralverband organisirten Kameraden entlassen worden sei. Der Wahrheitsbeweis sei also vollkommen gelungen. Auch stehe ihm (dem Angeklagten) als Redaktör eines Arbeiterblattes und Ausschußmitglied einer der größten Gewerkschaften, nämlich des Holzarbeiter-Verbandes, der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite, so daß seine Freisprechung erfolgen müsse. Nach längerer Berathung verkündete der Vorsitzende des Gerichts folgendes Urtheil: Die Zeugen hätten zwar im Wesentlichen gesagt, daß der Grund zur Entlassung des Klägers nicht der von Letzterem angegebene sei. Das Gericht habe aber die Ueberzeugung erlangt, daß Mangel an Arbeit oder mindere Leistungsfähigkeit des Klägers nicht der wahre Entlassungsgrund sei. Es sei aus den Aussagen der Zeugen, gewissermaßen zwischen den Worten, herauszufühlen gewesen, daß noch ein anderer Grund vorhanden war, und daß die Arbeiter direkt oder indirekt zu erkennen gegeben hätten, sie wollten nicht mit dem Kläger zusammen arbeiten. Der Wahrheitsbeweis sei nicht gelungen. Der Angeklagte habe den § 186 Str.-G.-B. verletzt. Der Schutz des § 193 könne ihm nicht zugebilligt werden. Als Milderungsgrund nehme das Gericht an, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe, indem er sich auf seine Information berufen konnte. Es sei deshalb auf eine Geldstrafe von M. 50 eventuell fünf Tage Gefängniß und Publikationsbefugniß des Klägers erkannt worden. Die Begründung des Urtheils muß nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme auf's Höchste überraschen. Das Gericht ist zu der Meinung gekommen, daß überhaupt die Angaben des Klägers richtig sind. Zwar haben sechs Zeugen ohne Widerspruch bekundet, daß Niemand auf K. dahin eingewirkt hat, er solle die Arbeit aufgeben, noch hat irgend ein Zeuge behaupten können, ein solches Verlangen wäre an den Meister oder die Poliere gestellt worden. Trotzdem kommt das Gericht zu der Annahme, daß „zwischen den Worten herauszufühlen" sei, daß ein anderer Grund für die Entlassung maßgebend war. Gegen solche Gefühle läßt sich allerdings nicht ankämpfen. Bisher glaubten wir, daß die Gerichte auf der Grundlage von Thatsachen urtheilten.

Die Frau als Handelsobjekt. Recht interessant ist ein Prozeß, der deutlich lehrt, auf welche Weise die „Stellung der Frau erschüttert" und das „Heiligste, was der Deutsche kennt", in der bürgerlichen Gesellschaft genau so als Gegenstand des Schachers betrachtet wird, wie Stiefelwichse, Schmalz oder Elektrizitätsaktien. Wegen Unterschlagung eines Wechsels von M. 1500 hatte sich Dienstag der Heirathsvermittler und Verleger der „Heiraths-Zeitung", Fritz Podszus, vor der 136. Abtheilung des Amtsgerichts I in Berlin zu verantworten. Der Angeklagte ist wegen Beleidigung mit 6 Wochen Gefängniß vorbestraft; die Beleidigung war darin gefunden worden, daß er dem Präsidenten eines Amtsgerichts eine Nummer seiner „Heiraths-Zeitung" zugeschickt hatte. Im Jahre 1897 trat der Angeklagte mit dem Kaufmann Max Struwe in Verbindung, dem er eine reiche Frau vermitteln sollte; nach seiner Behauptung sollte die Mitgift anderthalb Millionen Mark betragen; er habe Struwe auch eine Anzahl Damen vorgestellt. Da dem Angeklagten ein Provisionsschein über 5 pZt. vom Vermögen der vermittelten Frau nicht genügende Sicherheit bot, ließ er sich von Struwe einen Wechsel über M. 1500 und einen solchen über M. 50 000 geben. Den letzteren habe er erst nach der standesamtlichen Trauung verwenden dürfen; anders verhalte es sich mit dem M. 1500-Wechsel; „an" diesem Wechsel habe er „arbeiten" dürfen, er habe nämlich viele Reisen machen müssen, baares Geld habe er von Struwe nicht erhalten können, der zwar im Adreßbuch als Rittergutsbesitzer bezeichnet gewesen sei, bei dem aber die Gerichtsvollzieher häufige Gäste waren. Er habe bei solchen Sachen viele Verluste, da die Herren nicht gern zahlten; Der Zeuge Struwe bestritt, daß er eine so reiche Dame verlangt habe, M. 80 000—100 000 Mitgift genügten, so viel Vermögen habe er damals ebenfalls besessen. Oft sei er zu dem Angeklagten hingegangen, um zu sehen, ob der für ihn „etwas auf Lager habe". Die Höhe der Akzepte sollte sich nach der in Vorschlag gebrachten Dame richten. Erst habe er den Wechsel über M. 1500 gegeben, dann — als eine sehr reiche Dame in Vorschlag gebracht wurde — den über M. 50 000. Aus der Sache sei aber nichts geworden. Den Wechsel über M. 1500 habe er aus Leichtsinn nicht zurückgezogen; er habe nämlich bei dem Angeklagten mindestens 100 solcher Sichtwechsel von Offizieren u. s. w. gesehen und daher den Angeklagten für sicher gehalten. Mit Bestimmtheit behauptet der Zeuge, daß auch von dem 1500 Mark-Akzept erst nach der Trauung Gebrauch gemacht werden sollte. Der Staatsanwalt hielt die Sache, da der Zeuge Struwe nicht ganz einwandsfrei sei, für sehr wenig aufgeklärt und beantragte daher die Freisprechung, welchem Antrage sich die Vertheidiger, Rechtsanwälte Chodziesner I und Danelius, anschlossen. Der Gerichtshof erkannte demgemäß, da nicht feststehe, wann der Wechsel von dem Angeklagten weitergegeben worden sei.

Aus dem Gerichtssaal.

Verhandlungen des Seeamts zu Hamburg.

Sitzung vom 2. Februar.

Vorsitzender: Rath Dr. Schön.

Beisitzer: Admiralitätsrath Koldewey, sowie die Kapitäne Cl. Matthiessen, Meßtorff und Polis.

Protokollführer: Behrens.

Reichskommissar: Kontreadmiral z. D. Przewisinski.

Das Seeamt setzt heute die Verhandlung fort, betreffend die Kollision, welche sich am Abend des 31. März v. J. unweit Hastings im englischen Canal zwischen dem deutschen Dampfer „Pontos" und dem englischen Dampfer „Star of New Zealand" stattfand. Der „Pontos" sank in Folge der Kollision, und zwei Viehwärter, welche sich auf dem Dampfer befanden, werden vermißt, während die übrige Mannschaft und die Passagiere gerettet werden konnten. Die Hauptverhandlung fand am 11. April v. J. statt.

Der englische Richter hat in seinem Urtheil ausgesprochen, daß beide Schiffe gegen die Vorschriften des Art. 16 der Kaiserlichen Verordnung verstoßen und dadurch die Kollision herbeigeführt haben.

Der Reichskommissar führt aus: Die Kollision zwischen dem deutschen Dampfer „Pontos" und dem englischen Dampfer „Star of New Zealand" ist in erster Reihe auf den zur Zeit des Unfalles herrschenden dichten Nebel zurückzuführen. Auf dem „Pontos" hat man den Fehler begangen, daß man auf das bloße Hören des Nebelsignales hin, ohne etwas von dem Gegendampfer zu sehen oder zu wissen, welchen Kurs derselbe steuerte, das Ruder Backbord gelegt hat. Ob man auf dem „Star of New Zealand" auch Fehler begangen und namentlich ob dieser Dampfer eine zu rasche Fahrt gehabt hat, hat sich bei dem Fehlen jeglichen Aktenmaterials über die Aussagen der englischen Schiffsmannschaft nicht nachweisen lassen.

Das Seeamt giebt folgenden Spruch ab:

„Die Kollision zwischen den Dampfern „Pontos" und „Star of New Zealand" am 31. März 1899 im Kanal unweit von Royal Sovereign Skrals Feuerschiff ist in erster Linie auf den herrschenden dicken Nebel zurückzuführen. Beide Schiffe haben aber gegen den Art. 16 der Kaiserlichen Verordnung verstoßen, indem sie, nachdem sie die Nebelsignale des Gegendampfers passirt hatten, ohne die Lage desselben ausmachen zu können, ihre Fahrt beibehielten, anstatt, wozu sie nach Art. 16 verpflichtet waren, zu stoppen. Die Führung des „Pontos" trifft der besondere Vorwurf, daß sie auf das Hören des Nebelsignals hin, ohne das Schiff zu sehen, Ruder gab.

Nach der Kollision ist zweckentsprechend verfahren."

Die fernere Verhandlung betrifft den Selbstmord des Schiffsjungen Carl Reschreiter von der deutschen Viermastbark „Alsterufer", Kapitän Neef.

Der aus München gebürtige Junge war in Hamburg an Bord der der hiesigen Aktiengesellschaft „Alster" gehörenden Bark gekommen, aber schon auf der Reise nach Cardiff zeigte sich, daß er durchaus keine Lust zum Schiffsdienst hatte. Auch auf der Weiterreise zeigte der Junge sich unlustig, obgleich der Kapitän versuchte, ihn durch gütiges Zureden umzustimmen. Als dies aber nicht half, ließ der Kapitän ihm völlige Freiheit und hielt ihn zu keiner Arbeit an. Auch die Steuerleute hatten Ordre, den Jungen schonend zu behandeln und ihn nicht in die Masten zu schicken. Am 12. August v. J., Morgens um 4 Uhr, war R. im Logis, wusch Teller und verrichtete allerlei kleine Arbeiten, bis um 6½ Uhr plötzlich die Meldung gemacht wurde, der Junge sei über Bord gesprungen. Man legte das Ruder sofort in Lee und brachte das Schiff zum Stehen. Der zweite Steuermann Kolster war nachgesprungen und hatte den Jungen auch erfaßt, doch war es ihm nicht möglich, ihn so lange zu halten, bis man ihn an Bord gezogen hatte, weil ihn die Kräfte verließen und auch das Hemd des Jungen zerriß, an welchem der Steuermann ihn gefaßt hatte. Der Junge trieb dann in das Kielwasser des Schiffes und man sah nur noch ein Mal seinen Hinterkopf. Eine Rettungsboje, die man dem Jungen nachwarf, erfaßte derselbe nicht. Es wurde auch ein Boot ausgesetzt, welches zwei Stunden lang die Unfallstelle absuchte, ohne eine Spur von dem Jungen entdecken zu können.

Es werden eine ganze Reihe von Zeugenaussagen verlesen, welche vor auswärtigen Behörden gemacht wurden. Hieraus ergiebt sich, daß R. das Abiturientenexamen gemacht hatte. Wegen seines Verhaltens wurde er von seinen Eltern zur See geschickt. An Bord hat er ein ausführliches Tagebuch geführt, in welchem er zwar häufig davon spricht, daß es besser wäre, todt zu sein, doch beklagt er sich nirgend über schlechte Behandlung an Bord. Schon am 12. Juni hat er einen Brief an seine Eltern geschrieben, in welchem er die Befürchtung ausspricht, daß er sie wohl nicht wiedersehen werde und sie um Verzeihung bittet, daß er ihnen so viel Kummer gemacht hat. Von mehreren Zeugen wurde behauptet, daß R. mehrfach geschlagen worden ist, doch seien es keine Mißhandlungen gewesen, die einen vernünftigen Menschen hätten veranlassen können, sich da Leben zu nehmen.

Der heute vernommene Steuermann Kolster weiß jedoch von solchen Mißhandlungen nichts und hebt besonders hervor, daß die auswärts von den Zeugen aufgestellten Behauptungen, er habe den Jungen geschlagen, unwahr und auf einen Racheakt zurückzuführen seien. Außer Kolster ist heute kein Zeuge vor dem Seeamt erschienen.

Der Spruch des Seeamts lautet:

„Der Schiffsjunge Carl Reschreiter ist am 12. August 1899 an Bord des Schiffes „Alsterufer" über Bord gesprungen und hat seinen Tod durch Ertrinken gefunden. Reschreiter ist anscheinend ein überspannter Junge gewesen, der in einem Anfalle von Schwermuth Selbstmord verübt hat.

Die Beweisaufnahme hat nicht ergeben, daß der Junge an Bord schlecht behandelt worden oder mit Arbeit überbürdet worden ist.

Rettungsversuche sind prompt und in völlig genügender Weise unternommen, jedoch ohne Erfolg geblieben.

Das Verhalten des zweiten Steuermanns Kolster, welcher dem Jungen nachgesprungen ist, um ihn zu retten, verdient Anerkennung."

Gewerbegericht.

Vorsitzender: Dr. v. Leesen.

Beisitzer: Rugenstein und Meulke.

Der Musiker K. klagte gegen R., Besitzer eines Variété-Theaters, auf Bezahlung verdienter Gage von M. 30, M. 1,50 Auslagen für Notenpapier und auf Rückzahlung von M. 25 Kaution, zusammen M. 56,50. Der Beklagte bestritt erstens die Forderung für Auslagen, da der Kläger für solche Ausgaben M. 10 pro Monat extra bezog, und führte des Ferneren aus, daß derselbe noch einige Strafen verwirkt habe, nämlich sechs Proben versäumt à M. 1, für eine Verspätung 30 ₰ und für ungebührliches Betragen gegen den Regissör und Beschimpfung des Chefs in Gegenwart der Mitglieder, da er erklärt: „Ich mache von jetzt ab keine Orchesterprobe mehr, die kann der Alte selbst machen", M. 6, so daß ihm nur noch M. 42,85 zustehen. Die Ansetzung solcher Strafen stehe ihm, dem Beklagten, nach der Geschäftsordnung, welche einen Bestandtheil des Kontrakts bilde, zu. Die vom Beklagten vorgelegte Geschäftsordnung zählt in 22 Paragraphen etwa 20 verschiedenartige Strafen auf in Höhen von einer bis zu hundert Mark, zusammengenommen M. 100 bis M. 200; nach § 5 bleibt die Verwendung der Strafgelder der „Direktion", d. h. dem Beklagten, überlassen. Der Kläger erklärte, er sei bei dem Beklagten Kapellmeister gewesen und habe die Proben für unnöthig erachtet; die Strafe für sein Nichterscheinen bei solchen könne er daher nicht anerkennen, ebenso wenig aber die letzte Strafe, da er nicht unter der Botmäßigkeit des Regissörs gestanden, auch in der erwähnten Bemerkung über den Beklagten, die er zugebe, gemacht zu haben, eine Beleidigung, oder gar Beschimpfung durchaus nicht finden könne. Uebrigens hätten solche Strafen schon bei der Gagezahlung am 16. Dezember in Abzug kommen müssen, da die betreffenden Vorfälle vor diesem Tage datiren. Die Auslagen-Forderung wolle er fallen lassen, müsse auch zugeben, daß der Beklagte nach der Geschäftsordnung Strafen erheben dürfe. Der Beklagte bemerkte noch, daß er von den Strafgeldern keinen Nutzen hätte, dieselben kämen vielmehr später den Mitgliedern zu Gute. Am 16. Dezember habe er die betreffenden Strafgelder von der Gage des Klägers nur deshalb nicht gekürzt, weil dieser nicht selbst zur Empfangnahme des Geldes erschienen, sondern einen Anderen damit beauftragt halte; er sei aber nach dem Kontrakt-Nachtrag berechtigt, die Strafen von dem Depot des Klägers in Abzug zu bringen; den diesem noch zukommenden Betrag von M. 42,85 würde er ihm sofort gezahlt haben, wenn derselbe sich zur Empfangnahme bei ihm nur gemeldet hätte. Das Gewerbegericht sprach dem Kläger nur die vom Beklagten anerkannten M. 42,85 zu, wies ihn mit seiner Mehrforderung ab und verurtheilte ihn in die Kosten. Seine Einrede, daß er die Abhaltung der Proben nicht für erforderlich erachtet habe, sei nicht stichhaltig. Als Angestellter des Beklagten habe er sich dessen Anordnungen, soweit sie die Vorbereitung der Aufführungen betrafen, unbedingt zu fügen und, da er das nicht gethan, die ihm auferlegte Strafe verwirkt, ebenso sei in der von ihm zugegebenen Aeußerung, die Orchesterproben könne der Alte selbst machen, ein ungebührliches Verhalten seinem Vorgesetzten gegenüber zu erblicken, für das die angesetzte Strafe von M. 6 berechtigt erscheine. Da der Kläger bei der vorletzten Gagezahlung nicht selbst erschienen, habe der Beklagte damals eine Abrechnung mit ihm nicht vornehmen können, der Einwand des Klägers dieserhalb sei demnach hinfällig.

Landgericht.

2. Februar.

Strafkammer II. Vorsitzender: Direktor Dr. Goberts. Staatsanwalt: Assessor Dr. Vorwerck.

Wegen bandenmäßigen Diebstahls sind der mehrfach vorbestrafte Koch Robert August Carl Stein, der ebenfalls vorbestrafte Gelegenheitsarbeiter Heinrich Bernhard Friedrich Wilhelm Bossow und der Schlosser Carl Wilhelm Erich Busse, der nur einmal wegen Diebstahls mit 4 Monaten Gefängniß bestraft ist, angeklagt. Stein that sich zuerst mit Busse, den er in der „Konkordia" kennen gelernt hatte, zusammen und verübte mit ihm in Eppendorf und Winterhude verschiedene Einbrüche. Als Busse dann aber beim Verkauf einer am Winterhuderweg gestohlenen Meerschaumpfeife „verschütt" ging, suchte Stein sich einen neuen Komplicen, den er in der Person des schwer vorbestraften Bossow sehr bald fand. Die Beiden haben dann theils einzeln, theils gemeinschaftlich eine Reihe von Einbrüchen in der Stadt, in den Vororten und auch auf preußischem Gebiet verübt. Was sie erbeutet haben, war selten etwas Besonderes. Meist waren es Gold- und Silbersachen, die nicht allzuviel werth waren, Garderobe, Wäsche, kleine Geldbeträge, ein Opernglas, Zigarren, Eßwaaren u. s. w. Sie sind völlig geständig, wenn sie auch bestreiten, in den einzelnen Fällen alle die Dinge genommen zu haben, von denen es behauptet wird. Das Urtheil lautet gegen Stein auf 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht, gegen Bossow auf 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und ebenfalls Polizeiaufsicht, und gegen Busse auf 2½ Jahre Gefängniß und 3 Jahre Ehrverlust.

Aus den Schöffengerichten.

2. Februar.

Kurze Herrlichkeit eines Stellenvermittlungsschwindlers. Der 22jährige Krämerkommis Werner Karl Adolf Paul Rüterbusch aus Swinemünde hatte keinen Gefallen an seinem Beruf. Er verließ deshalb im Oktober v. J. seine Stellung bei einem Kolonialwaarenhändler in Ueckermünde, wanderte über Land und nahm schließlich auf dem Zementwerk „Rhenania" in Beckum bei Essen Arbeit. Doch auch dort gefiel es ihm nicht besonders. Er kam deshalb nach Hamburg, wo er bei einem Bäcker in Borgfelde Stellung als Hausdiener fand. Auch das paßte ihm nicht, sondern er wollte sich selbstständig machen. Er ging deshalb hin und gründete ein Stellenvermittlungsbüreau, das er auf den schönen Namen „Alliance" taufte. Da das Geschäft, reell betrieben, nicht recht gehen wollte, warf der Herr Stellenvermittler sich nach berühmten Mustern auf den Schwindel. Obwohl er nicht den allergeringsten Auftrag hatte, hat er im hiesigen „General-Anzeiger" inseriren lassen, daß er Arbeiter, hauptsächlich Maurer, für das Zementwerk „Rhenania" suche. Es begaben sich darauf Maurer zu ihm, und denen versprach Rüterbusch, sie würden auf der „Rhenania" mit 45 ₰ bezahlte Innenarbeit erhalten. Auch würden sie die Hälfte der Reisekosten ersetzt bekommen. Daraufhin zahlten ihm 11 Maurer je M. 2 Kourtage und unternahmen auf ihre Kosten die Reise nach Westfalen. Als sie dort ankamen, mußten sie erfahren, daß sie von Rüterbusch schändlich angelogen waren. Sie sollten nicht 45 ₰ Stundenlohn, sondern nur 33 bis höchstens 40 ₰ haben, Innenarbeit war gar nicht vorhanden, Reisekosten sollten sie nicht ersetzt erhalten, Logis war absolut nicht zu bekommen; und schließlich hatte Rüterbusch überhaupt keinen Auftrag von der „Rhenania" erhalten. Die 11 Leute hatten mit den allerschlimmsten Entbehrungen zu kämpfen, so mußten sie z. B. in der strengkalten Januarnacht auf freiem Felde zubringen und sich ein paar Groschen zusammenbetteln, um nothdürftig den Hunger zu stillen, denn ihre Geldmittel waren durch Bestreitung der Reisekosten aufgebraucht. Auf erstattete Anzeige wurde Rüterbusch verhaftet. Er giebt zu seiner Entschuldigung an, er habe geglaubt, daß auf der „Rhenania" Arbeiter gebraucht würden, denn dort brauche man stets Arbeiter. Der Amtsanwalt beantragt 3 Wochen Gefängniß. Das Gericht erkennt jedoch auf 6 Wochen Gefängniß, unter Anrechnung von 2 Wochen der Untersuchungshaft.

Wegen Vergehens gegen § 153 Gewerbe-Ordnung hat sich vor dem Schöffengericht III, unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. von der Meden, der Maurer M. zu verantworten. M. war bei den Maurerarbeiten am Jungfernstieg beschäftigt, wo auch der Maurer Hermann Adolf Klein arbeitete. Klein, ein früherer Maurerpolier, gehörte dem „Bund der Maurerpoliere" an, der dem „Zentralverband der Maurer", dem die übrigen auf der Arbeitsstelle beschäftigten Maurer angehörten feindlich gegenübersteht. Um ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit Klein herbeizuführen, forderten die übrigen Maurer denselben mehrfach auf, doch ebenfalls dem Verbande beizutreten. Klein weigerte sich, und da soll eines Tages der Angeklagte M. zu ihm gesagt haben, als er ihn nochmals vergeblich aufgefordert hatte, dem Verbande beizutreten: „Na, dann werden wir darüber Beschluß fassen!" Durch freundliche Vermittlung des „Bundes der Maurerpoliere" wurde, wie im Gericht festgestellt wurde, diese angebliche Aeußerung des M. der Polizei und Staatsanwaltschaft mitgetheilt, und letztere erhob Anklage gegen M. Der Angeklagte sagt, er habe den Kl. höflich aufgefordert, doch dem Verbande beizutreten und habe die Weigerung des Kl. den grade zum Mittag in der Baubude versammelten übrigen Arbeitern mitgetheilt. Es sei dann der Polier Schneider geholt und dem die Angelegenheit mitgetheilt. Weiter sei nichts geschehen. Weder hätten er, noch die anderen Maurer die Entlassung des Kl. gefordert, noch sei dieser überhaupt entlassen. Diese Angaben werden von Schneider bestätigt. Der Zeuge Klein behauptet, der Angeklagte habe die inkriminirte Aeußerung ihm gegenüber gethan. Er habe geglaubt, daß die übrigen Maurer ihn aus der Arbeit bringen würden, habe aber die Aeußerung des M. nicht als eine dahingehende Drohung aufgefaßt. Trotzdem hält der Amtsanwalt, Freiherr Dr. von Löffl den Angeklagten, für schuldig. Da dem Terrorismus organisirter gegen nicht organisirte Arbeiter entschieden entgegen getreten werden müsse, sei auch eine erhebliche Strafe am Platze. Er beantrage deshalb 1 Monat Gefängniß. Das Gericht erkannte auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten. Es nimmt zwar als festgestellt an, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Aeußerung gethan hat, glaubt aber nicht, daß er dadurch den Klein zum Beitritt zum Zentralverband hat veranlassen wollen. Es sei die Aeußerung wohl mehr ein Ausdruck des Unwillens über die Weigerung des Klein gewesen.

Vereine und Versammlungen.

(Die Herren Schriftführer werden ersucht, nur schmales Papier zu verwenden und auf einer Seite zu beschreiben.)

Eine öffentliche Versammlung der Konditoren von Hamburg-Altona mit der Tagesordnung: „Mißstände in unserem Berufe und die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer", tagte am 23. Januar bei Horn, Hohe Bleichen. Kollege Völck deckte an der Hand eines reichhaltigen Materials die Mißstände in dem Konditorgewerbe auf, als: schlechte Arbeits- und Schlafräume, schlechte oder halbe Kost, dazu lange Arbeitszeit und sehr niedrigen Lohn. Selbst da, wo ausnahmsweise ein älterer, in allen Fächern der Konditorei bewanderter Gehülfe den höchsten Lohn erhalte, verdiene derselbe, die Woche mit nur 80 Arbeitsstunden berechnet, 26½ ₰ pro Stunde, also einen Lohn, wofür in Hamburg kein ungelernter Arbeiter arbeitet. Durch den 1898er Streik seien wenigstens in vielen Bäckereien bessere Lohnbedingungen errungen worden; und was in Bäckereien möglich, das müsse in Konditoreien erst recht durchführbar sein. Die Kollegen, die dem Verbande sonst indifferent gegenüberstehen, empfinden wohl das Angenehme der Stellen, wo keine Kost und Logis beim Meister ist, denn überall drängen sie sich in diese geregelten Betriebe hinein. Es sei nun aber auch nicht mehr als Pflicht dieser Kollegen, sich dem Verbande anzuschließen, der diese Vortheile erkämpft hat, und dann vermöge einer großen Mitgliederzahl auch mit den mittelalterlichen Zuständen in den Konditoreien aufräumen wird. Der Referent entwirft dann noch ein Bild von den verschiedenen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie erstere durch Bildung von Ringen, sowie Anschluß an den Arbeitgeberverband sich ihre Vortheile sowohl den Konsumenten als auch den Arbeitnehmern gegenüber zu wahren wissen, während sich die Organisationen der Arbeitnehmer gegenseitig bekämpfen oder nur dem Vergnügen huldigen und deshalb bald wieder eingehen, wie der große von 2000 Mitgliedern begründete Frankfurter Verband. Nur der von vier Mitgliedern in's Leben gerufene Zentralverband der Konditoren fasse immer festeren Fuß, so daß man sagen könne, derselbe sei jetzt unausrottbar. Im Sinne des Referenten sprechen dann noch mehrere Kollegen. Schmiede erklärt, daß er und der größte Theil der Mitglieder des Hamburg-Altonaer Vereins von 1878 mit diesem nicht mehr zufrieden seien, da derselbe gar keine ernstliche Aufgabe mehr erfülle; nichts als Vergnügen mit Defizit, und um dieses zu decken, wird wieder ein Vergnügen arrangirt, ebenfalls mit Defizit. Früher habe die Stellenvermittlung des Vereins die Mitglieder zusammengehalten, aber jetzt scheine es, als wenn gewisse Arbeitgeber mit der Stellenvermittlung des 78er Vereins einen Pakt geschlossen hätten, arbeitslosen Gehülfen das letzte Geld für die Ueberschüsse der Eisenbahn zu entlocken, denn „kommen, sehen und ausrücken" sei in den meisten Fällen das Resultat einer vom 78er Verein bezogenen Stelle. Der Verein gehe deshalb auch seiner Auflösung entgegen, weshalb er mit Hülfe mehrerer Kollegen die abtrünnigen Mitglieder in einem neu gegründeten Verein gesammelt hätte, welcher die Bestrebungen des Zentralverbandes unterstütze, eventuell später sich ganz in dem letzteren auflöse. Folgende Resolution wurde dann einstimmig angenommen: „Die heute, am 23. Januar, im Hammonia-Gesellschaftshaus tagende öffentliche Versammlung der Konditoren erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Völck einverstanden. Die Versammelten hoffen eine Besserung ihrer Lage nur durch eine starke Organisation, erkennen die Prinzipien des Zentralverbandes als die einzig richtigen an und versprechen, durch Masseneintritt in denselben die Mißstände in unserem Berufe baldigst beseitigen zu helfen." Der Vorstand des Verbandes selbstständiger deutscher Konditoren war auch in dieser Versammlung erschienen. Die Tellersammlung ergab M. 10,30. Darauf Schluß der von etwa 150 Kollegen besuchten Versammlung.

Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion". Das Gewerkschaftskartell von Schiffbek hatte zum 27. Januar eine Volksversammlung nach Kirch-Steinbek bei Kratzmann einberufen, zwecks Gründung einer Verkaufsstelle der „Produktion" für Schiffbek und Umgegend. Ueber vierhundert Arbeiter und Arbeiterinnen füllten den Saal bis auf den letzten Platz. Reichstagsabgeordneter v. Elm erwähnte u. A.: Ein Theil unserer Gegner glaube, die von uns gewählte Form einer eingetragenen Genossenschaft sei verfehlt, weil dadurch den Mitgliedern eine Haftung auferlegt werde, man könne das auch in freier Vereinsform machen; Diejenigen, die so sprechen, kennen entweder die Gesetze nicht oder sie machen sich einer Vorspiegelung falscher Thatsachen schuldig. Derartige freie Vereine können nach dem am 1. Januar 1900 in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuch nicht das Recht einer „juristischen Person" erlangen und somit ihrerseits nicht bei Gericht klagen, wohl aber verklagt werden, so daß für irgendwelche Verbindlichkeiten, welche ihr Verein durch die Geschäftsleitung eingegangen ist, wenn derselbe diesen seinen Verbindlichkeiten etwa nicht nachzukommen vermag, die sämmtlichen Mitglieder event. mit ihrem ganzen Vermögen solidarisch haftbar sind. Da nun in jedem derartigen Verein erfahrungsgemäß eine ganze Reihe von Mitgliedern sind, die gar kein Vermögen besitzen, so müssen alle Diejenigen, die etwas haben, für die Anderen mitbezahlen: Das ist thatsächlich unbeschränkte Haftung, und deshalb haben wir die „Produktion" in Form einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht errichtet, wo doch Jeder von vornherein weiß, daß er im allerunglücklichsten Fall nicht mehr zu zahlen hätte als die in unserem Statut festgelegte, gesetzlich kleinste Summe in Höhe des Antheilscheines. von Elm erläutert sodann in eingehender Weise die materiellen Vortheile, welche die Arbeiter durch Konsum-Vereine erlangen könnten und betont besonders, daß die Organisation des Konsums für ihn nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sei. Auf Grund des organisirten Konsums müsse zur Eigenproduktion geschritten werden. Dieselbe müsse planmäßig betrieben werden, und zwar auf Grund des Zusammenschlusses sämmtlicher Konsum-Vereine zu einer Großeinkaufsgesellschaft. Die Artikel, die in allen Konsum-Vereinen gebraucht würden, müssen in von der Großeinkaufsgesellschaft zu errichtenden Fabriken angefertigt werden. Was lokal produzirt werden müsse, z. B. Brot, werde durch die Genossenschaft selbst am Orte hergestellt werden müssen. Durch solch' planmäßiges Vorgehen könne für die arbeitende Klasse in wirthschaftlicher Beziehung Bedeutendes geleistet werden. Die Konsumvereine seien allerdings nicht das Mittel, die soziale Frage zu lösen; ein solches Allheilmittel gebe es überhaupt nicht, nur die Konzentration der Kräfte auf politischem, wirthschaftlichem und auch genossenschaftlichem Gebiete werde schließlich das Ziel, die Befreiung der Arbeit aus den Fesseln der Lohnsklaverei, herbeiführen. Nach einigen anfeuernden, noch weiter aufklärenden Worten an die besonders zahlreich erschienenen Frauen durch die Genossin Frau Steinbach beschloß die Versammlung einstimmig, mit voller Energie einzutreten für die Heranziehung einer so großen Anzahl von Mitgliedern, daß in möglichst kurzer Zeit die Errichtung einer Verkaufsstelle für Schiffbek und Steinbek stattfinden könne. Zu diesem Zweck gaben sofort bei Schluß der Versammlung 75 der Anwesenden ihre Beitrittserklärung ab.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Gustav Johannes Siegel mit Anna Amalie Alma Schlenker. — Johannes Wilhelm Martin Theodor Busecke mit Anna Marie Louise Ditz. — Heinrich Grell mit Martha Schmahl. — Karl Friedrich Wilhelm Ried mit Ernstine Emilie Goebel. — Wilhelm August Heinrich Christoph Rose mit Wilhelmine Magdalena Auguste Theodora Buddenbaum. — Hugo Theodor Georg Groth mit Anna Maria Sofia Elisabeth Lendt.

Standesamt Nr. 2.

Friedrich Adolph Otto Zichel mit Anna Catharine Elise Piper. — Emil Franz Gustav Volck mit Anna Alwine Bertha Fandrich. — Aron Werker (Berker) mit Sara Hurtig. — Rudolph Nowoldt mit Anna Johanna Henrika Schöning. — Ernst Karl Wilhelm Bode mit Emma Doris Minna Rabe.

Standesamt Nr. 3.

Karl Wilhelm Turban mit Anna Alina Daniels. — Heinrich Otto Ernst Lühring mit Anna Catharina Henriette Bollert. — Johann Weidenfeller mit Anna Catharina Elise Schacht.

Hamburg, den 1. Februar 1900.

Standesamt Nr. 21.

Johann Heinrich Wilhelm Dohrmann mit Catharina Maria Beck. — August Langloh mit Elsa Martha Frieda Hermine Harbeck. — Johann August Glied mit Frieda Anna Marie Friederike Neick. — Wilhelm Sieveling mit Ida Burchard.

Standesamt Nr. 22.

Fritz Friedrich Hinsch mit Dorothea Maria Franziska Kahl.

Standesamt Nr. 23.

Joachim Wilhelm Gustav Mewes mit Amalie Auguste Scharmacher. — Theodor Heinrich Riebeling mit Anna Thorack.

Hamburg, den 31. Januar 1900.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Krämers Jürgen Jacob Sudhoff in Döse, Bernhardstraße 71, ist heute am 31. Januar 1900, Vormittags 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann Johann Paul Sievert Döscher ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 6. März 1900 bei dem Gerichte anzumelden.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntniß gegeben wird.

Vereine:

Sonnabend, den 3. Februar, Abends 8½ Uhr: **II. Wahlkreis, 1. Distrikt,** bei Hilmer, „Lessinghalle", Gänsemarkt 35. — **Oeffentliche Versammlung in Geesthacht,** bei Jobers. — **Distrikt Bergedorf,** bei Wwe. Wandke, „St. Petersburg". — Abends 9 Uhr: **Bildhauer,** bei Hüttmann, Poolstraße. — **Gärtner,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Gärtner Altonas,** bei Wüpper, Holstenstr. 133. — **Sattler und Tapezierer,** bei v. Salzen, Caffamacherreihe 6/7.

Sonntag, den 4. Februar, Vormittags 11½ Uhr: **Rammer,** bei Hannemann, Bankstr. 51/53. — Nachmittags 3 Uhr: **Ewerführer,** bei Tütge, Valentinskamp.

Montag, den 5. Februar, Abends 9 Uhr: **Schuhmacher Barmbek,** bei Michel, Hamburgerstraße 161.

Dienstag, den 6. Februar, Abends 8½ Uhr: **Glaser,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **1. Wahlkreis, 3. Distrikt,** bei Bernau, Bei den Mühren 81. — **5. Distrikt,** bei Kröger, Brennerstraße.

Mittwoch, den 7. Februar, Abends 8½ Uhr: **Konditoren,** bei Keßler, Neuer Steinweg 49.

Krankenkassen:

Sonnabend, den 3. Februar, Abends 8½ Uhr: **Tischler, Zahlstelle Barmbek,** bei Blesgen, Oberaltenallee 76, Barmbek.

Sonntag, den 4. Februar, Nachmittags 3½ Uhr: **Kranken- und Sterbekasse Nr. 112, Freie Genossenschaft der Hauszimmerleute,** Spitalerstr. 61. — Nachmittags 4 Uhr: **Böttcher u. s. w.,** bei Fick, Rosenstraße 37.

Auktionen.

3. Februar.

10 Uhr: St. Pauli, Neue Rosenstr. 6, I., Thiem's Hotelmobiliar (Johs. Thiessen)
10 „ Grimm 3, Steinwärder, Schuppen B der Export- und Lagerhaus-Gesellschaft, leere Zündholzschachteln (Böcker).
10 „ Kaiser Wilhelmstr. 58, Pfänder (Gerichtsv.).
10½ „ Catharinenstr. 40, Wild, Geflügel ꝛc. (Fromm).
11 „ Silospeicher beim Magdeburger Hafen, ca. 120 000 Kilogramm Blauholz (Walther & Lühmann).

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 2. Februar, 12 Uhr Mittags.

Thermometer (° C) Mittags	Maxim.	Minim.	Barom. (mm)	Wind	Atmosph.
+ 0,2	+ 1,4	÷ 0,8	760,9	O.	bedeckt

Eintritt der Fluth und Ebbe in Hamburg

am 3. Februar:

Fluth: 3 Uhr 15 Min. | Ebbe: 7 Uhr 45 Min.

Wasserstand der Oberelbe.

In Aussig	1. Februar	+ 2,95 m.
„ Dresden	1. „	+ 1,65 m.
„ Barby	1. „	+ 4,63 m.
„ Magdeburg	1. „	+ 4,20 m.
„ Wittenberge	1. „	+ 3,67 m.
„ Dömitz	31. Januar	+ 2,70 m.
„ Lauenburg	1. Februar	+ 2,78 m.

Allgemeine Prognosen der Wetterkarten der Seewarte:

Am 3. Februar.

Nordwestdeutschland: Meist trübes Wetter mit schwachen Winden aus östlichen Richtungen. Stellenweise Niederschläge. Temperatur wenig verändert oder steigend.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.